



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Wahlenthaltung und Prekarisierung

NichtwählerInnen im Kontext sozialer Unsicherheit

Verfasser

Christoph Saiger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Januar 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaften

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert

„Müsste ich eine Metapher für Demokratie finden, so wäre die stetige Suche eine solche. Die stetige Suche nach Lösungen und Verbesserungsvorschlägen“ (Michael Manfé)

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle all jenen Personen meinen Dank aussprechen, die mich während meines gesamten Studiums und beim Verfassen meiner Diplomarbeit unterstützt haben. Insbesondere richtet sich mein Dank an Univ.-Prof Dr. Dieter Segert, der mich beim Verfassen meiner Diplomarbeit betreut hat. Ebenso gebührt Dr. Stefanie Wöhl ein großes Dankeschön, da sie meine Denkprozesse unterstützt hat.

Außerdem möchte ich mich herzlich bei meinen Eltern für die finanzielle Unterstützung bedanken und bei meinem Onkel Horst Saiger für die interessanten Beiträge und Änderungsvorschläge. Vielen Dank auch an Sylvie Pfeiffer und Rebecca Biberich, die mir bei der Korrektur und bei Problemen mit der Formulierung zur Seite standen. Besonderer Dank gebührt meiner Familie, die mir den nötigen Rückhalt für das Absolvieren meines Studiums gab.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Einführung.....	7
1.2 Problemstellung.....	8
1.3 Forschungsfragen und Methodik.....	12
2. Demokratie und politische Partizipation	16
2.1 Repräsentative Demokratie.....	16
2.2 Politische Partizipation.....	17
2.2.1 Die Wahl.....	20
2.2.2 Wahlenthaltung.....	23
2.2.3 Folgen der Wahlenthaltung.....	24
2.2.4 Wahlpflicht.....	27
2.2.5 Unkonventionelle Partizipation.....	27
2.3 Bedeutung politischer Unterstützung für die Demokratie.....	30
2.3.1 Eastons Theorie der politischen Unterstützung.....	31
3. NichtwählerInnen	35
3.1 Einführung.....	35
3.1.1 Methodische Vorgehensweise.....	36
3.2 Theorien und Erklärungsmodelle der Wahlforschung.....	38
3.2.1 Der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School.....	40
3.2.2 Die Theorie des Wertewandels.....	41
3.2.3 Politische Entfremdung.....	42
3.2.3.1 Politikverdrossenheit.....	44
3.2.3.2 Parteien- und Politikerverdrossenheit.....	44
3.3 Erklärungsfaktoren I: Sozialstrukturelle Merkmale.....	45
3.3.1 Alter.....	46
3.3.2 Familienstand.....	48
3.3.3 Gewerkschaftsmitgliedschaft.....	49
3.3.4 Parteimitgliedschaft.....	50
3.3.4.1 Partei-Wähler Bindung.....	53

3.4 Erklärungsfaktoren II: Politische Einstellung.....	54
3.4.1 Politisches Interesse.....	55
3.4.2 Demokratiezufriedenheit.....	57
3.4.3 Vertrauen in politische Institutionen.....	59
3.4.4 Politische Kompetenz.....	61
3.5 Erklärungsfaktoren III: Sozioökonomischer Status.....	62
3.5.1 Sozioökonomische Merkmale.....	62
3.5.1.1 Bildung.....	63
3.5.1.2 Erwerbsstruktur und Einkommen.....	63
3.6 Erklärungsfaktoren IV: Prekarisierung.....	65
3.6.1 Bedeutung und Begrifflichkeit.....	67
3.6.2 Sozioökonomischer Status.....	70
3.6.3 Sozioökonomischer Wandel.....	70
3.6.4 Erwerbsarmut.....	75
3.7 Zwischenbilanz.....	77
3.7.1 Zusammenfassung: Die Erklärungsfaktoren.....	79
 4. Prekarisierung und NichtwählerInnen – Eine Gefahrenquelle für die Demokratie?	85
4.1 Auswirkungen fehlender Unterstützung auf das politische System.....	85
4.2 Soziale Unsicherheit und politische Partizipation.....	87
4.2.1 Auswirkungen auf das Wahlverhalten.....	88
4.2.2 Entkoppelt Prekarisierung?.....	92
 5. Resümee	97
 6. Quellenverzeichnis	101
6.1 Literatur.....	101
6.2 Internetquellen.....	106
 7. Verzeichnisse	108
7.1 Abkürzungen.....	108
7.2 Länderkürzel (ISO 3166).....	108
7.3 Verzeichnis der Abbildungen.....	109

7.4 Verzeichnis der Tabellen.....	109
8. Anhang	110
8.1 Abstract (deutsch).....	110
8.2 Abstract (english).....	110
8.3 Lebenslauf.....	111

1. Einleitung

1.1 Einführung

Ein Begriff wie Politikverdrossenheit gehört bereits seit längerer Zeit zum Jargon politischer Diskussionen und steht für nahezu alles, was den BürgerInnen an nationaler und internationaler Politik missfällt. Auch wenn mit solchen Begrifflichkeiten nicht immer am ersten Blick ersichtlich ist, welche Missstände damit umschrieben werden sollen, so scheint doch seit geraumer Zeit kein Zweifel darüber zu bestehen, dass eine zunehmende Unzufriedenheit vor dem Hintergrund einer sinkenden Wahlbeteiligung Fragen über die Funktionsfähigkeit repräsentativer Demokratien aufwirft. Es sind Fragen wie die folgende, die für diese Arbeit wichtig sind: befinden sich Demokratien bereits in einer Krise, wenn ein nicht zu vernachlässigender Teil der BürgerInnen den Wahlurnen fernbleibt und somit nicht an der Legitimation politischer HerrschaftsträgerInnen mitwirkt?

Die Funktionslogik einer repräsentativen Demokratie ist nur dann intakt, wenn die politischen Interessen aller wesentlichen sozialen Gruppen einer Gesellschaft auch tatsächlich durch die von ihnen durch die Wahl legitimierten RepräsentantInnen vertreten werden. Wenn sich NichtwählerInnen in ihren sozialstrukturellen Merkmalen wie Bildung, Alter oder Geschlecht als auch in ihren politischen Einstellungen von den WählerInnen grundlegend unterscheiden, ist diese Funktionslogik gestört. In diesem Fall werden auf der Input-Seite (Wahlen) nicht alle Interessen mit eingebunden. Dies führt unweigerlich zu einem Legitimationsverlust auf der Output-Seite (politische Agenda). Da somit ein Demokratiedefizit besteht, liegt augenscheinlich ein Problem vor, das unsere Aufmerksamkeit erfordert. Diese Thematik verlangt umso mehr Beachtung, als in sehr vielen Demokratien zur Zeit die Wahlenthaltung deutlich zugenommen hat.

Die aktive politische Partizipation der BürgerInnen, vor allem die Teilnahme an Wahlen, ist ein essentieller Aspekt für eine Demokratie hinsichtlich ihrer Legitimation durch das Volk. Die Wahl als konventionelle Beteiligungsform stellt die weit verbreitetste Möglichkeit der politischen Partizipation der BürgerInnen dar und kann aufgrund ihrer geringen erforderlichen Ressourcen die größtmögliche politische Gleichheit in einer Demokratie erzeugen.¹ Dies bedeutet, dass allgemeine

¹ Die Teilnahme an Wahlen gilt als einfache Möglichkeit politischer Partizipation und ist von äußerst geringem Aufwand. Informationsbedarf, Zeit- und Kostenaufwand sind verglichen mit anderen Partizipationsformen minimal. Zivilgesellschaftliches Engagement beispielsweise ist nicht mit dem Gang zur Wahlurne vergleichbar, da es sich

und freie Wahlen aufgrund des geringen erforderlichen Aufwandes für den größten Teil der Bevölkerung wahrnehmbar sind. Jedoch sollte der Fehler vermieden werden, die Teilhabe an freien und fairen Wahlen als einzig bedeutsames Element in einer Demokratie zu benennen.

Von der These ausgehend, dass eine höhere Ressourcenverfügbarkeit der BürgerInnen auch mit einer erhöhten Bereitschaft politischer Partizipation einhergeht, ist die Betrachtung einer zunehmenden Prekarisierung von besonderer Bedeutung. Die materielle Ressource Einkommen und die kognitive Ressource Bildung sind zum Beispiel relevante Faktoren für die Betrachtung der Ursachen von Wahlenthaltung. Sind diese Ressourcen nur in geringem Maße vorhanden oder zugänglich, dann kann dies auch die Bereitschaft politischer Partizipation der Betroffenen einschränken. Da eine prekäre Lebenslage auch zur Verarmung der Betroffenen führen kann und die individuelle Ressourcenverfügbarkeit einschränkt, kann dies zu einer politischen Entfremdung der Betroffenen beitragen. Wie bereits Anfang der 1990er Jahre nachgewiesen wurde, hat die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation bedeutenden Einfluss auf die politische Einstellung der Betroffenen, welche sich aus Demokratiezufriedenheit, dem Vertrauen in Institutionen sowie in deren politische HerrschaftsträgerInnen zusammensetzt (vgl. Kleinhenz 1995). Wenn Wahlen einen Inklusionsmechanismus im Sinne einer Integration der Interessen aller BürgerInnen darstellen, dann müssen Exklusionsmechanismen, wie zum Beispiel eine prekäre Lebenslage, genauer untersucht werden, da diese dem Ideal von politischer Gleichheit aller BürgerInnen entgegenwirken. Exklusionsmechanismen können demnach die Funktionslogik der repräsentativen Demokratie stören. Das Thema der Prekarisierung erfährt in Zeiten eines größer werdenden Sektors atypischer Beschäftigungsformen einen Bedeutungszuwachs, den es zu untersuchen gilt.

1.2 Problemstellung

Wahlen haben in den Augen vieler BürgerInnen immer mehr an Anziehungskraft verloren. Diese Entwicklung lässt sich vor allem seit den 1980er Jahren anhand der Wahlbeteiligungsraten einzelner Länder verfolgen und empirisch nachweisen. Auch wenn der Rückgang der Wahlbeteiligung in manchen Ländern Europas weniger stark ausfällt als in anderen (Tab. 1), so handelt es sich dennoch um das gleiche Phänomen. Es sind lediglich die Geschwindigkeiten des Phänomens steigender Wahlenthaltung, die sich voneinander unterscheiden. Selbst in Ländern mit einer gesetzlich

hierbei um eine Selbstorganisation von Menschen handelt (vgl. Schaller 2002).

vorgeschriebenen Wahlpflicht lässt sich die gleiche Entwicklung beobachten, wenn auch in einem geringeren Ausmaß.²

Zwischenzeitliche Anstiege der Wahlbeteiligung, wie etwa im Falle Griechenlands in den 1990er Jahren, können das Gesamtbild eines anhaltenden Abwärtstrends der Wahlbeteiligung für alle in dieser Arbeit untersuchten europäischen Demokratien nicht ändern. Die Schweiz hat von allen westeuropäischen Demokratien die mit Abstand geringsten Wahlbeteiligungsraten. Dies liegt mitunter daran, dass direkt-demokratische Elemente eine viel größere Bedeutung haben als in den meisten anderen europäischen Ländern. Dadurch kann die Bedeutung der Wahlen schwinden und zu einer geringen Wahlbeteiligung führen. Die in dieser Arbeit untersuchten postsozialistischen Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn, haben eine durchschnittlich geringere Wahlbeteiligung als die untersuchten westeuropäischen Länder. Gründe hierfür sind unter anderem enttäuschte Erwartungen vieler BürgerInnen über den Transformationsprozess nach 1989. Wenn die subjektive Leistungsbilanz von Frustration über das politische System der Demokratie und dessen politischen Output geprägt wird, dann können zum Beispiel Phänomene wie eine Politikverdrossenheit zu einer geringeren Wahlbeteiligung beitragen.

2 Siehe Tabelle 1.

Tab. 1: Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen (Alle Angaben in Prozent)³

	1980er	1990er	2000er
Belgien	94.1	91.5	90.0
Bulgarien	----	77.2	60.9
Dänemark	87.2	84.4	86.1
Deutschland	87.3	79.7	75.9
Estland	----	64.7	59.6
Finnland	73.9	67.4	67.3
Frankreich	71.9	68.5	60.4
Griechenland	80.5	81.2	74.1
Großbritannien	74.0	74.5	60.4
Irland	73.1	67.3	64.8
Italien	89.0	85.5	81.8
Island	89.4	86.4	85.5
Lettland	----	77.9	66.8
Litauen	----	66.6	51.0
Luxemburg	88.1	87.4	88.5
Malta	95.4	96.2	95.1
Niederlande	83.5	76.0	79.8
Norwegen	83.1	77.1	76.1
Österreich	91.6	83.6	80.5
Polen	----	47.7	46.9
Portugal	78.0	65.2	62.5
Rumänien	----	79.5	54.3
Schweden	89.1	85.0	81.1
Schweiz	48.2	43.8	47.0
Slowakei	----	84.9	62.4
Slowenien	----	79.8	64.7
Spanien	73.4	76.9	72.8
Tschechische Republik	----	82.8	61.3
Ungarn	----	63.4	59.2
Zypern	95.2	92.2	90.4

Quelle: Parties and Elections in Europe (online Datenbank): <http://www.parties-and-elections.de>. Alle Angaben beziehen sich auf nationale Parlamentswahlen. Es wurden alle Wahlergebnisse miteinbezogen, die bis zum 31.12.2009 veröffentlicht wurden. Dargestellt sind alle jene Länder, die im Rahmen dieser Arbeit behandelt werden. Angaben in Prozent der registrierten WählerInnen. Eigene Darstellung.

3 Präsidentschaftswahlen wurden hier bewusst nicht in die Berechnungen miteinbezogen, da sie nur in den seltensten Fällen als „first-order“ Wahlen bezeichnet werden können. Alle Angaben beziehen sich auf die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen.

Eine zunehmende Vielfalt an unkonventionellen Partizipationsformen führt dazu, dass die omnipräsente Bedeutungskraft der Wahl als substantiellste politische Partizipationsform im Zuge der Legitimation der politischen HerrschaftsträgerInnen durch das Volk, verblasst. Paul Nolte postulierte Anfang des Jahres 2011 eine absehbare Transformation der repräsentativen Demokratie hin zu einer „multiplen Demokratie“⁴, innerhalb welcher die Zivilgesellschaft und direkt-demokratische Elemente an Gewicht gewinnen würden (Nolte 2011). Er übersieht jedoch nicht einen wesentlichen Aspekt, der auch für diese Arbeit von enormer Bedeutung sein wird: es ist nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung europäischer Demokratien, die unkonventionelle Partizipationsformen aktiv nützt. Unkonventionelle Partizipationsformen erfordern ein höheres Maß an materiellen und kognitiven Ressourcen und benachteiligen somit im Vorhinein bestimmte soziale Gruppen. Infolge dessen lässt sich die Schlussfolgerung ziehen: „Zwar hat sich die Vielfalt der Beteiligungsformen erweitert, nicht – oder nicht wesentlich – aber ihr Nutzerkreis“ (Böhnke 2011, 19). Da die Wahl die am weitesten verbreitete Form politischer Partizipation darstellt, eine zunehmende Anzahl an BürgerInnen der Wahl fernbleibt und unkonventionelle Beteiligungsformen nur von einem überschaubaren Teil der Bevölkerung tatsächlich genutzt werden, besteht ein Demokratiedefizit. Dieses Demokratiedefizit entsteht durch die mangelnde Repräsentation nicht partizipierender BürgerInnen. Die Hypothese, dass ungleiche Teilnahme zu ungleicher Repräsentation führt, stützt sich auf die Untersuchung von Griffin und Newmann⁵ die mit der „reelection hypothesis“ zum Ergebnis kamen, dass die RepräsentantInnen eher dazu geneigt sind, die Interessen der WählerInnen als die der NichtwählerInnen zu vertreten um wiedergewählt zu werden (vgl. Griffin / Newmann 2005; In: Zeglovits 2011, 4). Darüber hinaus wird die Funktionslogik der repräsentativen Demokratie gestört und das Mehrheitsprinzip muss in Frage gestellt werden.

Prekarisierung muss im Kontext dieser Problemstellung ebenso betrachtet werden, da das Auftreten neuer Beschäftigungsformen Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft der BürgerInnen hat. Ebenfalls hat Prekarisierung Auswirkungen auf das Normalarbeitsverhältnis, da die damit einhergehende soziale Unsicherheit auch BürgerInnen, die in einem nicht-prekären Arbeitsverhältnis stehen, betreffen kann. Die dem Normalarbeitsverhältnis zugeschriebene Fähigkeit, dass es die eigene Existenz und die der Familie absichert, kann in dieser Weise heute nicht mehr garantiert werden. Hier sind Formen atypischer Beschäftigungsverhältnisse oder das

4 Paul Nolte verwendet diesen Begriff auch um die aus seiner Sicht dringliche Abkehr von dem alten „Gerüst der repräsentativen Demokratie“ zu prognostizieren (Nolte 2011, 11).

5 Griffin/Newmann 2005.

Phänomen der Erwerbsarmut („Working Poor“) zu nennen. Prekäre Beschäftigungsformen erhöhen das Risiko einer prekären Lebenslage, welche die materiellen und kognitiven Ressourcen der BürgerInnen einschränkt. Da diese Trends in den Arbeitsverhältnissen mit sozialer Unsicherheit einhergehen, müssen Veränderungen der politischen Einstellung, der sozialstrukturellen Merkmale und der politischen Partizipationsbereitschaft der BürgerInnen untersucht werden.

1.3 Forschungsfragen und Methodik

Wenn BürgerInnen vermehrt von Wahlen fernbleiben, dann wird die Gruppe nicht-repräsentierter BürgerInnen innerhalb der Demokratie immer größer. Dies stellt vor allem dann ein Krisenphänomen dar, wenn sich die NichtwählerInnen in ihren sozialstrukturellen Merkmalen oder in ihren politischen Einstellungen von den WählerInnen unterscheiden. Um etwaige Unterschiede zwischen NichtwählerInnen und WählerInnen aufzeigen zu können, werden in dieser Arbeit unterschiedliche Erklärungsfaktoren für die Wahlenthaltung näher beleuchtet.

Die Analyse des Zusammenhangs von Wahlenthaltung und Prekarisierung geht davon aus, dass ein geringer sozioökonomischer Status beziehungsweise die Verarmung von Personen, Einfluss auf ihre Bereitschaft politisch zu partizipieren hat. Prekarisierung führt zu einem geringen sozioökonomischen Status und kann somit zu einer geringeren Wahlbereitschaft der Betroffenen führen. Die Veränderung der politischen Partizipationsbereitschaft der BürgerInnen aufgrund sozialer Unsicherheit würde wiederum zusätzlich neben anderen Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung, wie zum Beispiel einem geringen politischen Interesse, das Szenario eines Krisenphänomens der Demokratie verschärfen.

Die beiden zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit lauten daher wie folgt:

1. Welche Erklärungsfaktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung?
2. Welchen Einfluss nimmt Prekarisierung auf das politische Partizipationsverhalten der BürgerInnen? Wie wirkt sich Prekarisierung auf das Wahlverhalten der BürgerInnen aus?

Des Weiteren ist es ein Teilziel dieser Arbeit der Frage nachzugehen, ob und warum es aufgrund von Wahlenthaltung und Prekarisierung zu einem möglichen Krisenphänomen der Demokratie kommen kann.

Die beiden Forschungsfragen werden anhand einer Literaturanalyse untersucht, die sich auf folgende vier ausgewählte Werke der Wähler- und Partizipationsforschung beschränkt:

- Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Völker, Marion / Völker, Bernd (1998): Wahlenthaltung: Normalisierung oder Krisensymptom?, DUV, Wiesbaden.
- DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009.
- De Nève, Dorothee (2009): NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.

Die Literatúrauswahl begründet sich darin, dass diese vier Werke grundlegende Informationen über bisherige Untersuchungen auf diesem Gebiet beinhalten und eine große Hilfe für die Umsetzung der Ideen darstellen. Darüber hinaus wurden mit diesen vier Werken bereits gute Erfahrungen im Zuge von vorhergehenden Untersuchungen gemacht. Alle relevanten Aspekte für die Untersuchung der beiden Forschungsfragen werden durch die ausgewählte Literatur abgedeckt.

Thomas Kleinhenz betrachtet die Gruppe der NichtwählerInnen im Zeitraum von 1982 bis 1993. Seine Analysen beziehen sich ausschließlich auf Deutschland. Marion und Bernd Völker ergänzen dies durch eine Analyse der Ursachen und Folgen von Wahlenthaltung innerhalb Deutschlands für den Zeitraum von 1980 bis Mitte der 1990er Jahre. Kleinhenz und Völker / Völker ermöglichen mit ihren Arbeiten eine kritische Auseinandersetzung mit zahlreichen Theorien und Erklärungsmodellen der WählerInnenforschung. Joan DeBardeleben und Jon H. Pammet hingegen, untersuchen in ihrem Sammelband neben der Wahlbeteiligung auch andere Formen politischer Partizipation. Sie beziehen ihre Analysen auf Europa und Kanada für den Zeitraum der 1970er Jahre bis 2008. DeBardeleben und Pammet erlauben uns eine umfassende Betrachtung des politischen Partizipationsverhalten der BürgerInnen und bieten uns zugleich die aktuellsten Datenmaterialien, welche bis in das Jahr 2008 reichen. Der Sammelband enthält zahlreiche Beiträge über das Thema der steigenden Wahlenthaltung in europäischen Demokratien. Der zeitliche Rahmen der Untersuchungen Dorothee de Nève erstreckt sich von den frühen 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Untersuchung sozialstruktureller Merkmale von NichtwählerInnen und deren politischer Einstellung.

Die empirischen Befunde aus diesen vier Werken werden dabei miteinander verglichen und im Zeitverlauf betrachtet. Erklärungsfaktoren für eine mögliche Wahlenthaltung werden demnach vom frühest möglichen Zeitpunkt bis in die Gegenwart in Hinblick auf Veränderungen des NichtwählerInnenanteils analysiert. Dieses Vorgehen ermöglicht einerseits die Interpretation des Bedeutungsverlustes oder des Bedeutungszuwachses eines Erklärungsfaktors für die Wahlenthaltung und andererseits wird dadurch die Grundlage für die Untersuchung des Zusammenhangs von sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation geschaffen. Um aussagekräftige Erklärungsfaktoren für die Wahlenthaltung einer Vielzahl an BürgerInnen sichtbar zu machen, werden die sozialstrukturellen Merkmale, die politischen Einstellungen und der sozioökonomische Status der NichtwählerInnen betrachtet. Welche Erklärungsfaktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen, soll anhand einer Betrachtung folgender Variablen erfolgen: Alter, Familienstand, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Parteimitgliedschaft, politische Einstellung, politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die politischen Institutionen, politische Kompetenz, Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen. Wenn sich im Zuge dieser Untersuchung signifikante Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen ergeben sollten, dann können Erklärungsfaktoren für die Wahlenthaltung von BürgerInnen bestimmt werden. Prekarisierung als möglicher Erklärungsfaktor nimmt hierin eine Sonderrolle ein und wird hinsichtlich der zweiten Forschungsfrage in einer eigenen Betrachtung in ausführlicherer Form untersucht. Eine klar umrissene begriffliche Bestimmung und die Betrachtung des Ausmaßes der Prekarisierung innerhalb der untersuchten Länder ist Voraussetzung für die Untersuchung dieses Prozesses als möglichen Erklärungsfaktor für die Wahlenthaltung von BürgerInnen.

Sozioökonomische Merkmale bilden den sozioökonomischen Status der BürgerInnen. Eine Auswahl an sozioökonomischen Merkmalen (Bildung, Einkommen, Erwerbsstruktur) bildet die Grundlage für die Betrachtung des Zusammenhangs von sozialer Unsicherheit und Wahlenthaltung und wird aufgrund des Umfangs und in Hinblick auf die zweite Forschungsfrage in einer von den sozialstrukturellen Merkmalen getrennten Darstellung untersucht.

Ausgewählte theoretische Konzepte der Wahlforschung erlauben es, die Heterogenität der Gruppe der NichtwählerInnen weitestgehend abzubilden.⁶ Die hierfür genutzten Ansätze sind das sozialpsychologische Modell der Michigan-School, die Theorie des Wertewandels, das Konzept der politischen Entfremdung und das Modell politischer Unterstützung David Eastons. Damit sollen relevante Erklärungsfaktoren für die Wahlenthaltung von BürgerInnen und die Folgen einer

6 Siehe Kapitel 3.

fehlenden politischen Unterstützung für das Funktionieren von Demokratie beschrieben werden. Die ausgewählten Theorien und Erklärungsmodelle bieten jeweils für bestimmte Aspekte der Wahlenthaltung eine Erklärung, können jedoch isoliert voneinander nicht die Gesamtheit des Phänomens steigender Wahlenthaltung erfassen.

Die Untersuchung bezieht sich auf folgende 30 europäischen Staaten: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Es handelt sich somit bis auf Island, Norwegen und Schweiz, um Mitglieder der Europäischen Union. Die Literaturanalyse ermöglicht darüber hinaus eine vertiefende Untersuchung der beiden Forschungsfragen für Deutschland. Wenn nicht anders gekennzeichnet, richten sich die in dieser Arbeit verwendeten Länderkürzel nach ISO 3166⁷, einem Standard für die Kodierung geographischer Einheiten. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1980 bis 2009. Diese zeitliche Eingrenzung ist vor allem deshalb sinnvoll, da ein kontinuierlicher Rückgang der Wahlbeteiligung seit den 1980er Jahren für die Mehrheit der europäischen Länder nachweisbar ist und bis heute anhält. Das Thema der Prekarisierung ist ebenfalls seit den 1980er Jahren von zunehmender Bedeutung und seither ein relevantes Thema für die Sozialwissenschaften.

Um Aussagen über das Wahlverhalten einzelner Individuen treffen zu können, müssen sozialstrukturelle Merkmale wie Alter, soziale Integration und der sozioökonomische Status betrachtet werden. Da die Untersuchung relevanter Variablen im Zeitverlauf sinnvoll erscheint und sich der hierfür vorgesehene Zeitraum von den frühen 1980er Jahren bis 2009 erstreckt, muss stets der Bedeutungsverlust sowie der Bedeutungszuwachs einer Variable berücksichtigt werden. Gesellschaftliche Veränderungen sowie ein nachweisbarer Wertewandel haben beispielsweise dazu geführt, dass der sozioökonomische Status heute eine größere Rolle spielt als vor rund 30 Jahren. Umgekehrt kann von einem Bedeutungsverlust der Konfessionszugehörigkeit ausgegangen werden.

⁷ Siehe Kapitel 7.2.

2. Demokratie und politische Partizipation

2.1 Repräsentative Demokratie

Bevor die Ursachen und Folgen der Wahlenthaltung untersucht werden, muss zuerst die Bedeutung von politischer Partizipation, insbesondere der Wahl, für das politische System der repräsentativen Demokratie veranschaulicht werden. Nachdem eingangs ausgehend von Demokratietheorien das Demokratiemodell der repräsentativen Demokratie betrachtet wird, sollen anschließend die Bedeutung der politischen Partizipation, der Wahl, Wahlenthaltung und deren Folgen für das politische System dargestellt werden. Welche Auswirkungen das Fernbleiben einer Vielzahl an BürgerInnen von den Wahlen haben kann, wird anhand der Theorie der politischen Unterstützung von David Easton untersucht werden.

Die meist verbreitetste Demokratieform, die liberale Demokratie, ist auch immer gleichzeitig eine repräsentative Demokratie. Die direkte Demokratie, wie sie oftmals mit der attischen Demokratie im Athen der Antike beschrieben wird, wurde als solche von dieser Form eines Repräsentativsystems abgelöst.⁸ Bereits James Madison betrachtete die Repräsentation als ideales Demokratiemodell, da „die Stimme des Volkes, wenn sie von seinen Vertretern erhoben wird, eher zum Wohl des Ganzen ertönt, als wenn sie aus dem Volk selber spricht, das zu diesem Zweck zusammentritt“ (Madison Federalist 10; In: Manin 2007, 9). Auch Abbé Sieyès erkannte bereits die Notwendigkeit der Wahl von RepräsentantInnen anstelle der direkten Demokratie, da die zunehmende Komplexität öffentlicher Angelegenheiten Zeit, die der Einzelne nicht hat, erfordere (vgl. Manin 2007, 9). Neben den Wahlen als zentrales Element der repräsentativen Demokratie unterscheidet sich diese von der direkten Demokratie prinzipiell durch ihre „indirekte Form der Regierung durch das Volk“ (ebd., 12). Aus demokratietheoretischer Betrachtung stellt der Übergang von (direkter) Demokratie hin zur repräsentativen Demokratie eine Transformationsphase dar. Hauptverantwortlich für diesen Wandel ist die faktisch unmögliche Teilhabe aller BürgerInnen innerhalb eines flächen- und bevölkerungsmäßig großen Landes: „In den modernen Territorialstaaten mit großen Bevölkerungen hat Demokratie die Gestalt von Repräsentativverfassungen angenommen“ (Rosenberger / Seeber 2008, 87).

⁸ Die attische Demokratie Athens gilt als bekanntestes Beispiel klassischer Demokratie. Es wird jedoch oftmals übersehen, dass die Demokratie nur für BürgerInnen der Stadtstaaten zugänglich und somit nicht universell war. Auch unterlag das in Athen bei der Bestellung öffentlicher Ämter übliche Losverfahren einer gewissen Willkür und unterscheidet sich von der Wahl vor allem in seiner Form (direkt).

Eine bestehende Kritik an der repräsentativen Demokratie lautet, dass Demokratie in „ihrer reinsten Form [...] mit Repräsentation unvereinbar“ ist. Diese Kritik beruht auf dem Argument, dass es keine „qualitative Verschiedenheit“ zwischen den politischen HerrschaftsträgerInnen und den BürgerInnen geben soll (Manin 2007, 208). Des Weiteren wird kritisiert, dass die repräsentative Demokratie kein System ist, „in dem die Gemeinschaft sich selbst regiert, sondern ein System, in dem die Politik und öffentliche Entscheidungen zum Gegenstand des Urteils der Wähler gemacht werden“ (ebd., 262). Jedoch wird das Repräsentationssystem der liberalen Demokratien von vielen Theoretikern bevorzugt und seine Vorteile betont. Es kompensiere fehlende politische Unterstützung auf der Ebene des politischen Systems, indem es der sozialen Vielfalt (social diversity) und den politischen Lagern (political cleavage) innerhalb der Gesellschaft ein Forum für öffentliche Diskussionen bietet: „It provides those who are affiliated with groups an opportunity to meet each other in a common forum so as to undertake negotiations to discover the exact nature of their differences [...]“ (Easton 1967, 252, 233ff.).

2.2 Politische Partizipation

Fragt man nach den Minimalkriterien einer Demokratie, wird meist zuallererst an freie und faire Wahlen gedacht. Diese gelten nach Wolfgang Merkel et al. als Kernprinzip der Demokratie.⁹ Jedoch müssen freie und faire Wahlen als eine politische Partizipationsform unter vielen betrachtet werden. Neben der Wahl als am häufigsten wahrgenommene Beteiligungsform zählen zum Beispiel die Mitgliedschaft in einer Partei zu den konventionellen Partizipationsformen. Unterschiedliche Demokratietheorien messen der politischen Partizipation der BürgerInnen unterschiedliche Bedeutungen für die Demokratie bei. Tatsache ist, dass die Wahlbeteiligung durch jegliche andere Form politischer Partizipation begünstigt wird: „those who engage in one kind of participation are more likely to engage in another“ (Pammet 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 205). Daher scheint es von besonderer Wichtigkeit, sich das tatsächliche Ausmaß unkonventioneller Partizipationsformen vor Augen zu führen.¹⁰ Aspekte die politische Partizipationsbereitschaft im Allgemeinen fördern, sind auch für das Wählen von Bedeutung.

Die klassische Demokratietheorie zum Beispiel, mit Jean-Jacques Rousseau als einen ihrer

⁹ Merkel/Puhle/Croissant 2003.

¹⁰ Eine detaillierte Untersuchung unkonventioneller Partizipationsformen erfolgt in Kapitel 2.2.5.

berühmtesten Vertreter, misst der politischen Partizipation möglichst vieler BürgerInnen einen hohen Stellenwert bei. Die Selbstbestimmung des Volkes erfolgt durch die direkte Teilnahme aller BürgerInnen am politischen Prozess. Wenn durch den Verzicht, freiwillig oder nicht, keine Repräsentation aller sozialen Gruppen einer Gesellschaft aufgrund mangelnder Partizipationsbereitschaft möglich ist, herrscht der klassischen Demokratietheorie zufolge eine Legitimationskrise vor. Ein Bedeutungsverlust der politischen Identitäten der BürgerInnen äußert sich in einer zunehmenden politischen Apathie, die wiederum die Stabilität eines demokratischen Systems gefährdet (vgl. Schoof 1980).

Die elitetheoretische Demokratietheorie¹¹ hingegen sieht in einer hohen Wahlbeteiligung eine Gefährdung der Stabilität eines demokratischen Systems, da dadurch stets Konfliktlinien im Vordergrund stehen. Wie bereits in der Antike wird hier auf das irrationale Handeln der Bevölkerung hingewiesen, welches dem Allgemeinwohl mehr schade als nutze (vgl. Manin 2007). Es sollten daher nur informierte und verantwortungsvolle Eliten politisch partizipieren (vgl. Schoof 1980). Im Gegensatz zur klassischen Demokratietheorie ist also ein geringes Ausmaß an politischer Partizipation der BürgerInnen positiv zu bewerten. Somit stellt politische Apathie kein Problem dar und führt auch nicht zu der oben erwähnten Legitimationskrise.

„Good citizenship“, ein weiteres demokratietheoretisches Konzept, beschreibt die Rechte und Pflichten der StaatsbürgerInnen innerhalb einer Demokratie und impliziert Wählen als staatsbürgerliche Pflicht. Jedoch betont der Begriff der „good citizens“ auch die direkte Anteilnahme an anderen Formen demokratischer Prozesse (Pammet 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 199, 210, 214).¹² Innerhalb dieses Konzepts wird die auch heute im allgemeinen als politikverdrossen geltende Jugend als „less good citizens“ beschrieben. Doch wird damit die Tatsache eines zunehmenden politischen Interesses innerhalb der Gruppe von Jugendlichen verschleiert (vgl. Saunders 2009; In: DeBardeleben / Pammet, 257). Der „good citizen“ hat gegenüber dem politischen System eine Verantwortung, der er durch politische Unterstützung nachkommt. Er orientiert sich dabei am Allgemeinwohl der Bevölkerung. Diese politische Unterstützung erfolgt einerseits durch die Wahrnehmung seiner bürgerlichen Pflichten (Steuern etc.) und andererseits durch die Inanspruchnahme von sowohl konventionellen als auch unkonventionellen Partizipationsformen.

11 Die auch als Elitentheorie zu bezeichnende Demokratietheorie wurde unter anderem von Josef Schumpeter und Max Weber vertreten.

12 „[...] participation is not only a right, but an obligation“ (vgl. Barber 1984; Held 1996; In: DeBardeleben/Pammet 2009, 197).

Eine Kritik an der Überhöhung der Wahl als zentrale Form politischer Partizipation innerhalb liberaler Demokratien lautet, dass „the liberal pluralist tradition tends to make elections into virtually absolute trumps: the only legitimate method of ascertaining the will of the only defineable cast of characters known as 'the People'“ (Green 1990). Die Wahl sollte nicht die einzige Möglichkeit des Volkes darstellen, seinen Willen und seine Interessen öffentlich zu äußern. Die Wahl rückt vor allem in Zeiten von Wahlkämpfen in den Vordergrund und erweckt durch ihre dominante Stellung innerhalb der Medien und in den öffentlichen Diskussionen bei manchen BürgerInnen ein gewisses Misstrauen gegenüber der tatsächlichen Wirksamkeit von Wahlen. Unkonventionelle Partizipationsformen werden oftmals nur von einem äußerst geringen Anteil der Bevölkerung wahrgenommen und rücken trotz ständiger öffentlicher Forderungen einer Ausweitung dieser in den Hintergrund. Diese Kritik fließt in ein bereits bestehendes nicht zu vernachlässigendes Paradoxon ein: junge BürgerInnen (≤ 30 Jahre) sind unter den NichtwählerInnen die am stärksten überrepräsentierte Bevölkerungsgruppe. Gleichzeitig hat das politische Interesse bei keiner anderen Gruppe einen so enormen Anstieg verzeichnen können.¹³ So nimmt nicht nur die Anzahl der NichtwählerInnen zu, sondern auch die Anzahl der politisch interessierten NichtwählerInnen. Dies zeigt sich unter anderem durch die weit verbreitete Forderung eines Wandels von konventionellen Partizipationsformen, hin zu unkonventionellen Partizipationsformen. Hier greift, wie sich im Laufe dieser Arbeit zeigen wird, die Theorie des Wertewandels mit dem Phänomen der politischen Entfremdung ineinander und schafft somit möglicherweise neue Erklärungsansätze für die Thematik der Wahlenthaltung.

Anhand des Grades der politischen Partizipation, kann vor allem die „Gesundheit“ einer demokratischen Gesellschaft gemessen werden (vgl. Pammet 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 205). Eine Demokratie hat dann Integrations- und Legitimationsprobleme, wenn der Zusammenhalt zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten fehlt. BürgerInnen distanzieren sich durch einen Mangel an politischem Interesse von der Politik. Denn die politische Partizipation als ein grundlegendes Merkmal einer Demokratie ist bei sinkendem politischem Interesse der BürgerInnen ebenfalls rückläufig.¹⁴ Diese Beobachtung und viele weitere empirische Befunde¹⁵ weisen auf einen gesellschaftlichen Wandel und somit auch auf einen Wandel des Verständnisses politischer Beteiligungsformen hin. Erfordern gesellschaftliche Veränderungen Umdenk- und Umstellungsprozesse der Individuen, so gilt dies ebenso für die

13 Eine ausführlichere Untersuchung des politischen Interesses der BürgerInnen erfolgt in Kapitel 3.4.1.

14 Dieser Befund wird an einer anderen Stelle dieser Arbeit genauer untersucht werden.

15 Empirische Befunde werden im Zuge der Untersuchung von Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten der BürgerInnen in Kapitel 3 veranschaulicht.

Ebene der Politik.

Die repräsentative Demokratie steht heute vor großen Herausforderungen. Theorien wie zum Beispiel die „Postdemokratie“ (Colin Crouch) beschreiben eine defizitäre Demokratie und postulieren eine „Endzeit“-Stimmung (Nolte 2011, 8). Jedoch unterliegen gesellschaftliche Wandel im 21. Jahrhundert einer solchen Dynamik, dass es nur schwer möglich sein wird präzise Prognosen tätigen zu können.

Der Begriff der politischen Partizipation soll im Sinne dieser Arbeit auf konventionelle Partizipationsformen, mit dem Schwerpunkt auf der Wahlbeteiligung bei „first-order elections“ („first-order“ Wahlen) angewandt werden. „First-order“ Wahlen sind alle Wahlen, die ihre Bedeutung auf der nationalen Ebene innehaben (vgl. Norris 2004). „First-order“ Wahlen sind somit, vereinfacht formuliert, nationale Wahlen (Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen etc.). Als konventionell werden in diesem Kontext „diejenigen Beteiligungsformen bezeichnet, die mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere die Wahl bezogen sind, auch wenn diese Formen selbst nicht institutionalisiert sind“ (Kaase 1997, 162). Des Weiteren können „alle Aktivitäten der Beteiligung, die direkt oder indirekt mit dem Wahlvorgang in Verbindung stehen“ als konventionelle Beteiligungsformen bezeichnet werden (Völker / Völker 1998, 38). Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt in der Wahl als bedeutendste Möglichkeit politischer Partizipation der BürgerInnen.

2.2.1 Die Wahl

Die Wahl als Stimme des Volkes ist das entscheidende Merkmal eines Repräsentativsystems und veranlasst politische HerrschaftsträgerInnen dazu, sich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen, da der periodische Charakter der Wahl eine kontrollierende und sanktionierende Wirkung impliziert. Wahlen sind „periodisch, verrechtlicht, konventionell und setz[en] wenig Ressourcen“ wie „Zeit, Bildung und Geld“ voraus (Rosenberger / Seeber 2008, 22). Die Wahl ist jene politische Partizipationsform, die den geringsten sozioökonomischen Aufwand erfordert. Wahlen gelten als „quantitativ wichtigste und gleichzeitig auch sozial egalitärste politische Partizipationsform“ (ebd.). Anstatt das Wählen auf die bloße Stimmabgabe der BürgerInnen zu reduzieren, sollen sich BürgerInnen „an der Idee, eine Stimme zu haben, sie

erheben zu können und deshalb gehört zu werden“, orientieren (ebd., 7, 9). Die Wahl hat darüber hinaus das Verständnis von Volkssouveränität grundlegend verändert: „Die beschränkte, kontrollierte Herrschaft durch gewählte VertreterInnen ist zur Alternative der Direktherrschaft geworden. Demokratie ist indirekte Demokratie“ (ebd., 16).

Die drei zentralen Merkmale des Verhältnisses zwischen BürgerInnen und politischen HerrschaftsträgerInnen sind *Verantwortung*, *Kontrolle* und *Repräsentation*. Die *Verantwortung* impliziert, dass BürgerInnen Politikinhalte klar zuordnen können. Dies kann durch Minderheitenregierungen oder Koalitionen, sowie durch den Einfluss der Medien erschwert werden.¹⁶ Die *Kontrolle* erfolgt in Form der Stimmabgabe, um zum Beispiel eine bestimmte Partei zur Verantwortung zu ziehen. Politische HerrschaftsträgerInnen sind rechtlich jedoch nicht an den Wählerwillen gebunden. Lediglich aus „machtegoistischen Gründen“, um in Schumpeters Worten zu sprechen, wird der Wählerwille auch tatsächlich ausgeführt. Der dritte Aspekt, die *Repräsentation*, besagt prinzipiell dass die durch die Wahl legitimierten HerrschaftsträgerInnen die Interessen der Bevölkerung (Wahlbevölkerung) repräsentieren sollen. Im Idealfall bilden die legitimierten RepräsentantInnen ein soziales Abbild der Gesellschaft. Jedoch nehmen viele BürgerInnen eine Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen RepräsentantInnen und Repräsentierten wahr (vgl. ebd., 19-21).

Es ist wichtig zwischen der Gesamtbevölkerung und der Wahlbevölkerung zu unterscheiden. Ohne den Begriff der Gesamtbevölkerung erklären zu müssen, soll der Terminus Wahlbevölkerung mit allen BürgerInnen gleichgesetzt werden, die aufgrund der Staatsbürgerschaft und des Alters dazu legitimiert sind, ihren Wählerwillen, also ihre Interessen, durch die Teilnahme an Wahlen zum Ausdruck zu bringen.

Betrachtet man die politische Gleichheit der Menschen in der liberalen Demokratie, so entspricht diese lediglich der „Gleichheit der WählerInnen“ (ebd., 33).¹⁷ Das Wahlrecht ist gerade deshalb mit Überzeugung einer der bedeutendsten Inklusionsmechanismen demokratischer Systeme. Die Thematik der größtmöglichen Egalität durch die Wahl erfährt im Zuge der Diskussion um die

16 „Durch Minderheitsregierungen, Teilnahme der Opposition an der Regierung, Koalitionsregierungen etc. können die Verantwortungsstrukturen verschwimmen, kann Kontrolle also nur reduziert ausgeübt werden“ (Rosenberger/Seeber 2008, 20).

17 Nicht alle Personen in einem Staat besitzen bürgerliche Rechte wie zum Beispiel das Wahlrecht. Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber meinen hierzu: „In ethnisch-pluralistischen Einwanderungsgesellschaften wird über das Wahlrecht der folgenschwere Unterschied zwischen StaatsbürgerInnen und Fremden hergestellt“ (Rosenberger/Seeber 2008, 33).

Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft einen kontroversen Beigeschmack: „Mit wachsender Zuwanderung wächst die Zahl der Menschen, die von Wahl- und somit Legitimationsvorgängen ausgeschlossen sind“ (ebd., 40). Es wächst also die Anzahl der in einem Staat lebenden BürgerInnen, die kein Recht darauf haben, ihren Interessen durch die Wahl eine Stimme zu verleihen. Die Staatsbürgerschaft als größter Exklusionsmechanismus¹⁸ lenkt den Blick einiger BeobachterInnen auf die Tatsache, dass in den „Debatten zur sinkenden Wahlbeteiligung, die in den Kontext von Apathie, Verdrossenheit und Krise der Demokratie gestellt wird, [...] nur selten ein Zusammenhang mit der Verweigerung des Wahlrechts aufgrund der Staatsbürgerschaft“ in Betracht gezogen wird (ebd., 48). Auch wenn das Thema der Wahlberechtigung ausländischer BürgerInnen im Laufe dieser Arbeit nicht untersucht werden soll, so muss an dieser Stelle auf das Konfliktpotential dieser Thematik für das Demokratieverständnis hingewiesen werden. Hierbei lautet ein essentielles Paradoxon: junge MigrantInnen wachsen „in einem demokratischen Land auf und werden durch das Bildungssystem zu mündigen BürgerInnen erzogen, auf der anderen Seite ist ihnen die Teilnahme am politischen Leben nicht gestattet“ (Büttner / Meyer 2001, 62). Dies verschärft die Divergenz zwischen Beteiligten und Betroffenen und soll noch einmal an anderer Stelle aufgegriffen werden.¹⁹

Da der Schwerpunkt des ersten Teils dieser Arbeit auf der Untersuchung der Folgen und Erklärungsfaktoren einer steigender Wahlenthaltung liegt, ist es wichtig die zentralen Funktionen der Wahl und somit die Bedeutung der Wahlbeteiligung für die repräsentative Demokratie aus einer Input-orientierten Perspektive zu betrachten (vgl. Scharpf 1975):

1. Der für das Demokratieverständnis zentrale Gedanke eines politischen und gesellschaftlichen Pluralismus wird durch den *Wettbewerbscharakter* der Wahl garantiert.
2. Die *Legitimation* der politischen HerrschaftsträgerInnen und ebenso deren politischer Agenda ist ein weiteres zentrales Merkmal der Wahl.
3. Die *Kontrollfunktion* von Wahlen drückt sich unter anderem durch die sanktionierenden Möglichkeiten der WählerInnen aus (Nichtwahl, Protestwahl etc.).
4. Neben der Legitimation der politischen HerrschaftsträgerInnen schafft die Wahl Möglichkeiten für die *Herausbildung politischer Körperschaften*.
5. Wahlen dienen darüber hinaus der *Entscheidungsfindung* auf Basis des Mehrheitsprinzips

¹⁸ Es kann aufgrund der minimalen Anzahl an Wahlausschlussgründen davon ausgegangen werden, dass es sich in allen untersuchten Ländern bei der Vielzahl an nicht Wahlberechtigten um ausländische BürgerInnen ohne Staatsbürgerschaft für das Land in dem sie leben handelt.

¹⁹ Siehe Kapitel 2.2.2.

und üben somit direkten Einfluss auf die Auswahl der politischen Agenda aus.

6. Die durch die Wahl ermöglichte *Repräsentation* führt dazu, dass BürgerInnen „einerseits als sozialstrukturelle Gruppe (deskriptive Repräsentation), andererseits als VertreterInnen spezifischer Interessen, Präferenzen und Einstellungen (substanzielle Repräsentation) durch die gewählten HerrschaftsträgerInnen vertreten“ werden (de Nève 2009, 46).
7. Keine andere Form politischer Partizipation erfüllt die *Integrationsfunktion* so umfassend wie die Wahl. Darüber hinaus gilt die Wahl als die primäre *konventionelle Partizipationsform* in einer Demokratie (vgl. de Nève 2009, 45f.).

Zusammenfassend, in vereinfachter Form und in Abgrenzung zur direkten Demokratie lässt sich die Wahl wie folgt beschreiben: „Wahlen setzen keine Programme in Kraft, sondern sie entscheiden, wer das tun wird. Wahlen entscheiden keine Sachprobleme, sondern sie entscheiden, wer sie entscheidet“ (Sartori 1997, 119; In: Rosenberger / Seeber 2008, 88).

2.2.2 Wahlenthaltung

„Wahlenthaltung ist kein 'Privileg der Randständigen' mehr“ (Hoffmann 2007, 85). Dieses einleitende Zitat verweist bereits auf die Tatsache, dass die Nichtwahl kein Phänomen bestimmter Bevölkerungsgruppen ist, sondern auf einen äußerst breit gefächerten Teil der Gesellschaft zutrifft. Die steigende Anzahl an NichtwählerInnen wirft schon seit längerem Fragen auf wie „Wer wählt wen/nicht?“ oder „Warum wählt wer wen/nicht?“ und veranlasst dazu, neben den Ursachen der Wahlenthaltung auch mögliche Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie zu untersuchen (Völker / Völker 1998).

Wenn eine vermehrte Anzahl an BürgerInnen nicht mehr zur Wahl geht, besteht durchaus die Möglichkeit dass sich ein Teil der politischen HerrschaftsträgerInnen nicht mehr für die Interessen der NichtwählerInnen einsetzt. Dadurch kann für Nichtwählerinnen das Gefühl erzeugt werden, nicht repräsentiert zu werden. Doch wo nimmt dieser vermeintliche Teufelskreis seinen Anfang? Ist hierfür die schwindende Identifikation der BürgerInnen mit den Parteien, den MandatsträgerInnen und der politischen Agenda verantwortlich? Oder erweist sich das Fehlen eines imperativen

Mandats²⁰ (rechtliche Bindung) bei politischen Sachverhalten als Ursache für eine fehlende Repräsentation einer Vielzahl an BürgerInnen? Ein fehlendes imperatives Mandat zeigt sich darin, dass „ParlamentarierInnen bei den Entscheidungen für das Gemeinwohl nur ihrem eigenen Gewissen“ gegenüber verantwortlich sind (vgl. Rosenberger / Seeber 2008, 20). Jedenfalls kann von einer „Kontroverse um die Bedeutung der Wahlbeteiligung in demokratischen Systemen“ gesprochen werden (Völker / Völker 1998, 3).

Für fast alle westlichen Demokratien beginnt der Rückgang der Wahlbeteiligung in den 1980er Jahren.²¹ Trotz der enormen Quantität an Daten und einer Vielzahl an Untersuchungsmaterialien lässt sich kein allgemeingültiger und länderübergreifender Befund über die Ursachen steigender Wahlenthaltung tätigen. Ebenso ist die Frage nach der Mindesthöhe einer Wahlbeteiligung für eine legitimierte und stabile Demokratie nicht zu beantworten. Zu dieser Problematik kommt das methodische Problem hinzu, das die Untersuchung des Wahlverhaltens der BürgerInnen erschwert: das so genannte Overreporting (vgl. de Nève 2009, 25ff.). Das methodische Problem des Overreportings entsteht aufgrund der Tatsache, dass Bevölkerungsumfragen noch bis heute die bedeutendste Stütze der Wahlforschung darstellen. Im Zuge der Erhebungen kommt es vor, dass BürgerInnen angeben, bei der letzten Wahl gewählt zu haben, obwohl sie tatsächlich der Wahl ferngeblieben sind. Auch wenn die dadurch entstehenden Verzerrungen der Umfragedaten minimal und somit nicht als tatsächlich signifikant eingeschätzt werden können, so weisen diese Verzerrungen und die Tatsache, dass die Methodik der Stichprobenauswahl auf die individuelle Bereitschaft der BürgerInnen angewiesen ist, auf die Schwierigkeit repräsentativer Aussagen hin.²²

2.2.3 Folgen der Wahlenthaltung

Um nun mögliche Folgen einer Wahlenthaltung in einer repräsentativen Demokratie zu benennen soll darauf hingewiesen werden, dass eine Wahlenthaltung im Generellen einerseits „als Zustimmung“ und andererseits als „Krisensymptom“ innerhalb einer Demokratie gedeutet werden kann (Subileau 1999, 16). Eine spezifische Typologie von NichtwählerInnen geht davon aus, dass die „Nichtwahl in jedem Fall [...] ein bewusstes politisches Verhalten“ darstellt und dass von all

20 Das Fehlen eines imperativen Mandats verschafft den MandatsträgerInnen gegenüber den Repräsentierten Unabhängigkeit in ihren politischen Handlungen.

21 Vgl. etwa Kleinhenz 1995; Völker/Völker 1998; Rosenberger/Seeber 2008; DeBardeleben/Pammet 2009.

22 Dies stellt einen der Hauptbeweggründe dafür dar, anstelle von eindeutigen Faktoren der Gruppe der NichtwählerInnen eher von beteiligungsfördernden oder beteiligungshemmenden Faktoren zu sprechen.

den zu unterscheidenden Typen von NichtwählerInnen eine „potenzielle Gefahr für die Demokratie ausgeht, wobei diese sowohl in der systemfeindlichen Grundeinstellung als auch in der Unterstützung blinder beziehungsweise naiver Unterstützung antidemokratischer Akteure bestehen kann“ (vgl. Bennet / Resnick 1990; In: de Nève 2009, 36f.). Diese Gefahr muss jedoch in dem Sinne relativiert werden, dass das Phänomen der zunehmenden Wahlenthaltung auch mit einer bewussten Abkehr bestimmter Bevölkerungsgruppen von der konventionellen Politik zusammenhängt. Das soll in keiner Weise mit einer rückläufigen politischen Unterstützung gleichgesetzt werden, sondern vielmehr auf das Potenzial neuer Formen politischer Partizipation aufmerksam machen.²³

„Je höher der Anteil der BürgerInnen ist, der über das Recht zu wählen verfüg[t], desto inklusiver ist ein politisches System“ (Dahl 1971, 4). Diese Schlussfolgerung besitzt jedoch nur dann Gültigkeit, wenn diese BürgerInnen das Wahlrecht auch aktiv nutzen. Geschieht dies nur teilweise, erfährt die Politik eine Veränderung im Sinne einer zunehmenden Neigung „Bedürfnisse des Augenblicks“ zu befriedigen um Wählerstimmen zu gewinnen (Schmidt 2000). Die potenziellen Folgen einer steigenden Wahlenthaltung der BürgerInnen stellen dann eine Gefahr für eine Demokratie dar, wenn die damit einhergehenden Repräsentationsdefizite Auswirkungen auf den politischen Output haben. Dies bedeutet, dass manche gesellschaftliche Gruppen und deren Interessen im ungünstigsten Fall nicht mehr repräsentiert werden. Dem zufolge entsteht ein sichtbarer Legitimationsverlust im Bereich der politischen HerrschaftsträgerInnen und den von ihnen gefällten Entscheidungen. Somit sind destabilisierende Folgen für die Demokratie nicht mehr ausgeschlossen. Die Funktionslogik und das Mehrheitsprinzip der repräsentativen Demokratie müssten in weiterer Folge in Frage gestellt werden.

Die systematische Exklusion der BürgerInnen vom Wahlrecht, zum Beispiel durch die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft oder durch die Festlegung einer Wahlaltersgrenze²⁴, erzeugt das Bild einer Art exklusiven Demokratie, welche einen „Subtyp defekter Demokratien“ darstellt (vgl. Merkel / Croissant 2000, 10). Wie bereits erwähnt, gilt es die Infragestellung des Mehrheitsprinzips aufgrund einer sinkenden Wahlbeteiligung zu untersuchen, da zunehmend „künstliche Mehrheiten“ entstehen, was „sowohl den Wettbewerb und die Auswahl der

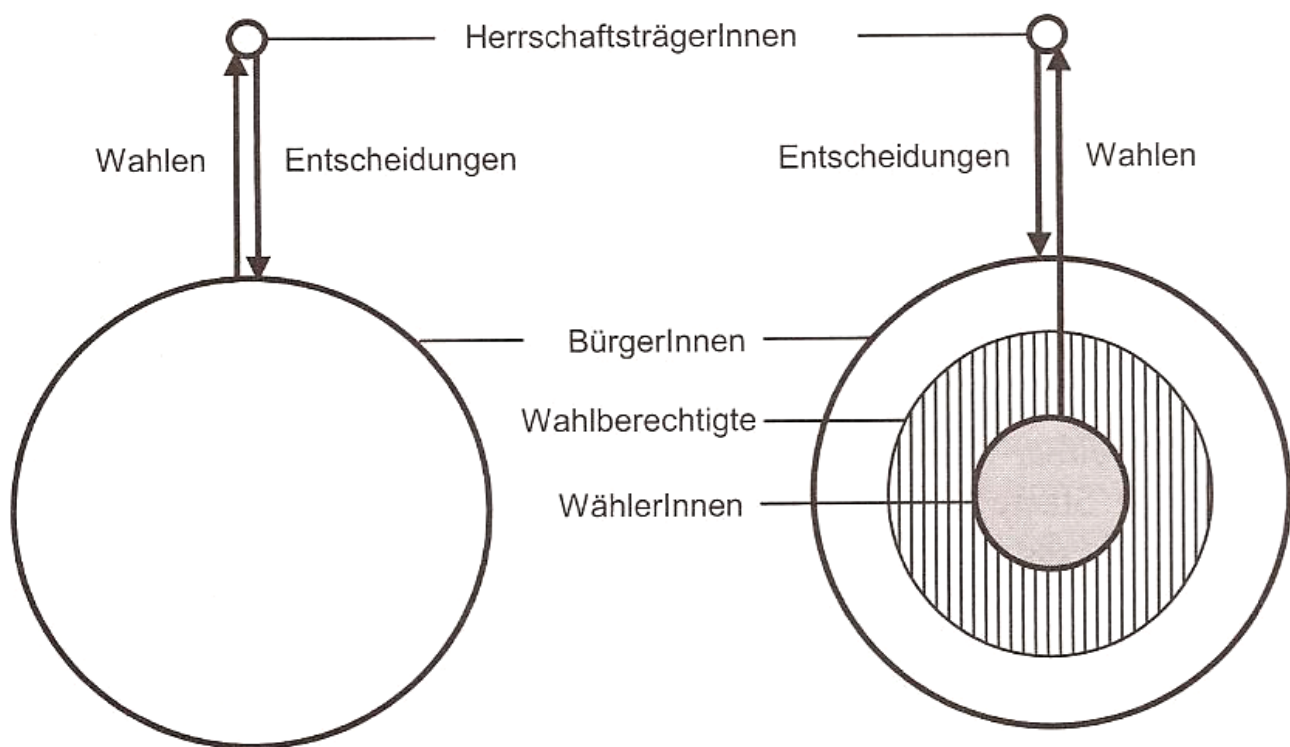
23 Wie sich zeigen wird ist vor allem unter den jüngeren BürgerInnen eine Abkehr von den konventionellen Beteiligungsformen hin zu den unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten nachweisbar. Jugendparlamente in etwa veranschaulichen das vorhandene Potenzial für neue Wege politischer Mitsprache (siehe Kapitel 3.3.1).

24 Mit Ausnahme von Österreich (Wahlrechtsreform 2007), liegt die Wahlaltersgrenze in den europäischen Ländern bei nationalen Wahlen bei 18 Jahren.

HerrschaftsträgerInnen als auch die Legitimationsfunktion, die Entscheidungsfindung und die Repräsentationsfunktion“ einer repräsentativen Demokratie beeinträchtigt (de Nève 2009, 54).

Es wurde bereits ausgeführt, dass freie und faire Wahlen die politischen HerrschaftsträgerInnen und deren politischen Entscheidungen legitimieren. Diese politischen Outputs, also die Umsetzung der Interessen der BürgerInnen, betreffen die gesamte Bevölkerung. Wenn es aber aufgrund struktureller Exklusionsmechanismen oder rechtlicher Bestimmungen²⁵ zu einem steigenden NichtwählerInnenanteil kommt, dann verschwimmt diese Logik des Mehrheitsprinzips (Abb. 1).

Abb. 1: Erosion des Mehrheitsprinzips



Quelle: De Nève 2009, 51.

Aus diesen Überlegungen resultiert, dass nicht alle BürgerInnen an der politischen Agenda mitwirken beziehungsweise teilhaben können. Somit wird die „in einem demokratischen System angestrebte Kongruenz zwischen den Beteiligten und Betroffenen aufgelöst“ (ebd., 59). Eine

²⁵ Als die zwei zentralen rechtlichen Beschränkungen seien hier die Festlegung eines Wahlrechtsalters und die Koppelung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft zu nennen.

logische Schlussfolgerung lautet: die Entscheidungen beziehungsweise die Verwirklichung der politischen Agenda, durch die von den WählerInnen legitimierten HerrschaftsträgerInnen, betreffen alle BürgerInnen. Also auch jene, die nicht an der Legitimation durch die Wahl mitgewirkt haben. Sie werden demnach im ungünstigsten Fall nicht vertreten, sprich, ihre Interessen finden keine Berücksichtigung und spiegeln sich nicht im politischen Output (Entscheidungen) wieder.

2.2.4 Wahlpflicht

Länder mit einer gesetzlich verankerten Wahlpflicht weisen eine etwas höhere Wahlbeteiligung als Länder ohne Wahlpflicht auf. Viele Faktoren haben jedoch Einfluss auf das Ausmaß der Wahlenthaltung, sodass die Wahlpflicht keine geeignete Gegenmaßnahme für eine sinkende Wahlbeteiligung sein könnte. Die Beobachtung, dass es auch in Ländern mit einer gesetzlich verankerten Wahlpflicht zu einer steigenden Anzahl an NichtwählerInnen gekommen ist, bestätigt diese Annahme. Am Beispiel Belgien lässt sich anhand einer konkreten Vorgehensweise der BürgerInnen veranschaulichen, weshalb eine Wahlpflicht keine geeignete Lösung darstellt: in Belgien werden bei Wahlen oftmals viele ungültige Stimmzettel abgegeben, um sich so auf legalem Wege der Wahlpflicht zu entziehen. Die Nichtausübung der Wahlpflicht scheint somit entweder keine sanktionierenden Konsequenzen mehr zu haben oder es handelt „sich wohl faktisch um totes Recht“ (de Nève 2009, 23). Insgesamt weisen Demokratien mit einer Wahlpflicht einen höheren Anteil an ungültigen Stimmen bei „first-order“ Wahlen auf.²⁶

Aus einer anderen Perspektive kann die Wahlpflicht theoretisch als ein Faktor für eine größere Bereitschaft politischer Partizipation der BürgerInnen betrachtet werden, da ohne Pflichtcharakter die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung sinkt (vgl. Elklit / Togeby 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 95f.). Die Funktionsfähigkeit der Wahlpflicht ist umstritten.

2.2.5 Unkonventionelle Partizipation

Die Betrachtung des Ausmaßes unkonventioneller Partizipation ist aus zwei Gründen unerlässlich.

²⁶ Um beim Beispiel Belgien zu bleiben sei gesagt, dass bei den letzten beiden Wahlen des Senats 5,7 Prozent (2007) und 6,6 Prozent (2010) „Blank and Invalid Votes“ gezählt wurden. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer waren es 5,1 Prozent (2007) und 5,8 Prozent (2010) (online unter: <http://www.electionresources.org/be/>).

Erstens stellt sich die Frage, ob die durch einen steigenden NichtwählerInnenanteil nicht geäußerten Präferenzen mancher BürgerInnen durch die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen kompensiert werden. Zweitens ist die Frage nach den möglichen Ursachen für eine europaweit geringe Nutzung der enormen Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten von besonderer Wichtigkeit.

Das Ausmaß unkonventioneller Beteiligung ist in ausgewählten europäischen Demokratien im Verhältnis zur Wahlbeteiligung äußerst gering. In Tabelle 2 werden neben der Wahlbeteiligung als konventionelle Form politischer Partizipation, weitere sechs unkonventionelle Beteiligungsformen dargestellt. Auch wenn teilweise große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich des Ausmaßes unkonventioneller Beteiligung bestehen, weisen die Mittelwerte für west- und osteuropäische Länder auf insgesamt minimale Anteile unkonventioneller Partizipationsformen der BürgerInnen hin. Wie sich im Laufe dieser Arbeit zeigen wird, liegen vor allem die Anteile der NichtwählerInnen unter den BürgerInnen, die zumindest eine unkonventionelle Beteiligungsform nutzen, unter dem Durchschnitt. Der Bedeutungsverlust konventioneller Partizipationsformen, der zum Beispiel in Deutschland verstärkt bei jungen BürgerInnen nachgewiesen wurde²⁷, wird, wie Tabelle 2 veranschaulicht, auch nicht durch die Inanspruchnahme unkonventioneller Beteiligungsmöglichkeiten kompensiert. Die Ausmaße der Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen müssten weitaus höher liegen, als in Tabelle 2 veranschaulicht wird.

27 Ingrid Burdewick führte eine Untersuchung über ein in Deutschland abgehaltenes Jugendparlament durch. Die für diese Arbeit zentralen Befunde lauten, dass das politische Interesse vor allem unter den ganz jungen Teilnehmenden (11-18 Jahre) überdurchschnittlich groß war, konventionelle Politikformen jedoch verstärkt abgelehnt wurden (Burdewick 2003).

Tab. 2: Ausmaß unkonventioneller Partizipation (Alle Angaben in Prozent)

	Wahlbeteiligung		Kontakt zu Politikern		Mitarbeit Partei/pol. Gruppierung		Mitarbeit andere Organisa		Abzeichen Getragen/Aufkleber befestigt		Unterschriften-sammlung		Genehm. Demonstrationen	
	02/03	04	02/03	04	02/03	04	02/03	04	02/03	04	02/03	04	02/03	04
Belgien	79	85	18	14	5	4	23	15	7	5	34	22	8	7
Dänemark	88	85	18	19	4	5	17	24	5	8	28	29	8	5
Deutschland (West)	80	76	13	11	4	4	19	22	7	5	30	33	10	8
Deutschland (Ost)	78	71	14	13	4	4	20	20	5	3	34	33	14	13
Finnland	72	73	24	22	4	4	31	31	16	14	24	26	2	2
Griechenland	83	85	15	14	5	6	6	5	3	3	5	3	5	5
Großbritannien	67	62	18	15	3	2	9	8	10	8	40	36	4	4
Luxemburg	51	61	18	22	4	5	16	24	5	6	29	21	21	15
Norwegen	80	78	23	23	9	9	28	25	22	23	36	39	8	11
Österreich	81	66	19	19	10	11	19	24	8	9	27	25	10	7
Polen	61	60	10	7	3	3	6	6	3	4	7	9	1	2
Portugal	69	65	12	6	4	2	4	3	7	2	7	5	4	4
Schweden	81	81	17	14	5	3	25	24	11	13	41	49	6	8
Schweiz	54	56	17	14	8	7	17	13	9	9	39	38	8	9
Slowenien	74	66	12	11	4	3	2	2	2	2	12	6	3	2
Spanien	71	77	12	13	6	7	17	18	10	12	24	25	18	34
Tschechische Republik	63	52	23	17	5	3	15	8	5	5	16	14	5	3

Quelle: APuZ 30-31/2006, 33. Die hier abgebildeten Werte basieren auf dem Datensatz des European Social Survey (ESS) 2002/2003 und 2004. Alle Angaben zur Wahlbeteiligung beziehen sich auf die Teilnahme an der jeweils zuletzt stattgefundenen nationalen Wahl. Die Angaben zu den unkonventionellen Partizipationsformen ergeben sich aus folgendem Fragetext: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in <Land> zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?“ (ebd., 33f.). Eigene Darstellung.

2.3 Bedeutung politischer Unterstützung für die Demokratie

Welche Relevanz politische Unterstützung für die Demokratie hat, soll anhand des Modells David Eastons verdeutlicht werden. Nachdem nun die Bedeutung der politischen Partizipation, insbesondere der Wahl, für die repräsentative Demokratie veranschaulicht wurde, ist es für die beiden Forschungsfragen dieser Arbeit wichtig, einen theoretischen Rahmen für die Betrachtung der Auswirkungen fehlender Unterstützung zu erarbeiten. Insbesondere soll auf die Operationalisierbarkeit geachtet werden, damit die Untersuchung von Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung konkret in ein theoretisches Fundament eingeordnet werden kann.

Eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen hat Auswirkungen auf die Funktionslogik der repräsentativen Demokratie. Eine Annahme lautet daher: „From a normative perspective, governments are in democratic deficit when political arrangements fail the expectation that participation should elicit government responsiveness. From an empirical perspective, governments are in democratic deficit when their citizens come to believe that they cannot use their participatory opportunities and resources to achieve responsiveness“ (Warren 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 17). Demokratiedefizite werden vor allem bei Wahlen sichtbar, da diese die transparenteste Verbindung zwischen den BürgerInnen und den legitimierten HerrschaftsträgerInnen innerhalb einer repräsentativen Demokratie darstellen. Ein Demokratiedefizit herrscht in diesem Kontext dann vor, wenn die Wahl nicht mehr

- a.) die Herrschaftslegitimation der RepräsentantInnen erzeugt,
- b.) die Egalität und Inklusion aller StaatsbürgerInnen garantiert oder
- c.) die Verantwortlichkeit der RepräsentantInnen für ihre politische Agenda verspricht (vgl. Warren 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 23).

Vor allem die beiden erstgenannten Aspekte können durch die Untersuchung von Erklärungsfaktoren für eine Wahlenthaltung überprüft werden. Das Modell David Eastons ist leicht operationalisierbar und das mit Abstand am häufigsten angewandte Konzept in der NichtwählerInnenforschung. Es soll vor allem deshalb in diese Arbeit miteinbezogen werden, da gesellschaftliche Veränderungen im Zeitverlauf analysiert werden können.

2.3.1 Eastons Theorie der politischen Unterstützung

Die politische Unterstützung durch die BürgerInnen ist für Easton der bedeutendste Input-Faktor innerhalb eines politischen Systems. Die drei zentralen Formen politischer Unterstützung ergeben folgendes Bild: „First, without support for some of the authorities, at least, demands could not be processed into outputs [...]. Second, without support it would be impossible to assure some kind of stability in the rules and structures through the use of which demands are converted into outputs [...]. And third, support is vital in order to maintain minimal cohesion within membership [...].“ (Easton 1967, 157). Ohne ein bestimmtes Maß an Unterstützung der politischen HerrschaftsträgerInnen können Forderungen der BürgerInnen nicht umgesetzt werden. Unterstützung ist ebenfalls deshalb von so großer Wichtigkeit, da diese die strukturellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der von den BürgerInnen geäußerten Forderungen stabilisiert. Drittens ermöglicht politische Unterstützung den notwendigen Zusammenhalt innerhalb der politischen Gemeinschaft. Erstgenannte wird vom Autor als „set of *authorities*“ (political authorities), zweite als das „*regime*“ (political regime) und letztere als „*political community*“ bezeichnet (ebd.).

David Easton setzt ein Minimum an Unterstützung für das Bestehen eines politischen Systems voraus. Die Unterschreitung eines bestimmten Unterstützungsgrades erzeugt eine destabilisierende Gefahr (vgl. ebd., 157f.). Daher ist es sinnvoll, unterschiedliche Unterstützungsgrade näher zu betrachten. Der Unterstützungsgedanke kann wie folgt bildlich gedacht werden: Unterstützungsgrade sind entlang einer Skala angeordnet, an deren Anfang eine rein positive (z.B. zivilgesellschaftliches Engagement) und am Ende eine rein negative (politische Apathie) Unterstützungsform zu verorten ist. Zwischen diesen beiden Polen befindet sich ein rückläufiger Unterstützungsgrad, der noch immer im positiven Bereich verharnt (vgl. ebd., 163f.). Zum Beispiel befindet sich eine politisch nicht partizipierende Person, die jedoch großes Vertrauen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen hat, in der Mitte der Skala. Diese Person unterstützt das politische System in zumindest einer Form.

Im Folgenden werden für die drei zentralen angeführten Unterstützungsformen die von Westle benutzten Bezeichnungen verwendet (Westle 1989).²⁸ Bezüglich der „*political community*“, welche als politische Gemeinschaft bezeichnet werden soll, kann über den Grad an Unterstützung folgendes

²⁸ Die Begriffe „*political community*“, „*regime*“ und „*political authorities*“ sollen durch die Begriffe politische Gemeinschaft, politische Ordnung und politische HerrschaftsträgerInnen ersetzt werden (Westle 1989, 52).

gesagt werden: „Langfristig gefährde [...] die Abwesenheit von politischem Gemeinschaftssinn die Stabilität einer politischen Gemeinschaft“ (Völker / Völker 1998, 12). Easton definiert die politische Gemeinschaft als die Gesamtheit aller in einem Staat lebenden BürgerInnen, die durch ihre Partizipation beziehungsweise ihr Handeln innerhalb gemeinsamer Strukturen und Prozesse in Beziehung zueinander stehen. Die dafür relevante Kategorie lautet Solidaritäts- beziehungsweise Gemeinschaftsgefühl. Das „regime“, oder die politische Ordnung, stützt sich unter anderem auf die Identifikation der politischen Gemeinschaft mit den vorhandenen Werten der politischen Ordnung. Diese Werte können sich in einem Veränderungsprozess befinden, wenn zum Beispiel eine signifikante Anzahl an Mitgliedern der politischen Gemeinschaft diese Werte nicht befürworten kann oder diesen sogar mit Ablehnung gegenübersteht. Die Unterstützung durch die politische Gemeinschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit der politischen Ordnung. Easton benennt drei zentrale Komponenten, aus welchen sich die politische Ordnung als Ganzes zusammensetzt: „values (goals and principles), norms, and structure of authority“ (vgl. Easton 1967, 193). Demnach lässt sich der Grad an Unterstützung für die politische Ordnung am besten mit der Variable der Demokratiezufriedenheit messen, da sie alle drei Komponenten umfasst.

Die Legitimierung der Machtverteilung beziehungsweise der Machtanwendung spielt im Kontext des dritten Bereiches, den „political authorities“, also bei den politischen HerrschaftsträgerInnen, eine bedeutende Rolle. Die Legitimierung entsteht in der Regel durch die Unterstützung von der politischen Gemeinschaft. Verliert sie an Bedeutung, zum Beispiel durch eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen, verlieren HerrschaftsträgerInnen und die ihnen zugeschriebenen Herrschaftsverhältnisse ihre Existenzberechtigung (vgl. Easton 1975/1979). Der Begriff der politischen HerrschaftsträgerInnen muss jedoch in einem breiteren Kontext betrachtet werden. Easton fasst unter diesem Begriff folgende Merkmale zusammen: „[...] the personality of leaders, the nature of the issues, and identification with party, primary groups and other units“ (Easton 1967, 218). Die für unsere Untersuchung relevante Variable ist demnach das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Institutionen.

Nachdem nun die drei Ebenen politischer Unterstützung skizziert wurden, sollen die zwei zentralen Unterstützungsarten dieses systemtheoretischen Modells veranschaulicht werden:

1. Spezifische Unterstützung (specific support)²⁹: im Wesentlichen handelt es sich bei der

²⁹ Easton 1975.

spezifischen Unterstützung um eine Unterstützung gegenüber der Ebene der politischen HerrschaftsträgerInnen: „The uniqueness of specific support lies in its relationship to the satisfaction that members of a system feel they obtain from the perceived outputs and performance of the political authorities“ (Easton 1975, 437). Spezifische Unterstützung gilt dem zufolge als leistungsabhängige Form politischen Inputs.

2. Diffuse Unterstützung (diffuse support)³⁰: die diffuse Unterstützung ist im Gegensatz zu der spezifischen Unterstützung nicht leistungsabhängig und bezieht sich auf alle drei Ebenen (politische Gemeinschaft; politische Ordnung; politische HerrschaftsträgerInnen) des Modells: „Diffuse Unterstützung könne vor allem durch drei Maßnahmen gefördert, aufrechterhalten beziehungsweise überhaupt erst initialisiert werden: durch Erzeugung eines Legitimitätsgefühls der Mitglieder für das politische System und die, welche in ihm agieren; durch Symbole von gemeinsamen Interesse; und durch die Förderung der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft“ (vgl. Easton 1979, 277; In: Völker / Völker 1998, 18). Das Vertrauen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen und die Demokratiezufriedenheit sind als zentrale Elemente diffuser Unterstützung zu nennen.

Eastons Modell ermöglicht uns eine Überprüfung der unterschiedlichen Unterstützungsgrade der WählerInnen und NichtwählerInnen und deren Auswirkungen auf das politische System der repräsentativen Demokratie. Ausgehend davon, dass eine sinkende Unterstützungsbereitschaft in Form von Wahlenthaltung und geringer Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen „sich zuerst auf der Ebene der spezifischen Unterstützung der politischen Herrschaftsträger beobachten lassen“ wird, nimmt die Krisengefahr zu, je „mehr sich der Entzug in der Hierarchie nach oben bewegt und damit die Stabilität des politischen Systems bedroht“, umso größer ist die Gefahr (Völker / Völker 1998, 20). Eine Annahme ist, dass der Grad an Unterstützung auf der obersten Ebene (politische Ordnung) am größten ist. Die Gründe liegen einerseits darin, dass die Unterstützung der politischen Ordnung leistungsunabhängig ist und andererseits ein relativ konstant hoher Anteil demokratiezufriedener BürgerInnen vermutet wird.³¹

Wenn NichtwählerInnen seltener als WählerInnen zu konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation tendieren, dann kommt es auch zu keiner anderen Form politischer Unterstützung. Für die Stabilität eines politischen Systems, im Speziellen der repräsentativen

30 Ebd., 444ff.

31 Die Untersuchung der Variable Demokratiezufriedenheit wird an späterer Stelle erfolgen. Es ist nur wichtig dies bereits hier zu erwähnen, um das Modell der politischen Unterstützung zu vervollständigen (Siehe Kapitel 3.4.2).

Demokratie, ist auch ein hoher Unterstützungsgrad durch die Bevölkerung gegenüber dem politischen System eine unabdingbare Grundvoraussetzung. Die politische Einstellung der BürgerInnen, zum Beispiel das Vertrauen in die Parlamente oder die Demokratiezufriedenheit, gibt Aufschluss über den Unterstützungsgrad: „Die Unterstützung der *politischen Gemeinschaft* wird [...] in Form affektiv besetzter Einstellungen gemessen (Gemeinschaftssinn). Die Unterstützung der *politischen Ordnung* wird als leistungsunabhängige Bewertung der *Demokratie* „an sich“ sowie deren Normen und Werten (Grundgesetz) und deren Institutionen verstanden. Diese Einstellungen werden als grundsätzliche Haltung [...] gegenüber der demokratischen Ordnung gemessen. Die Unterstützung der *politischen Herrschaftsträger* wird als leistungsabhängige Bewertung der Parteien sowie deren Rolleninhaber gemessen“ (ebd., 154). David Easton bezieht sich unter anderem auf eine bereits in mehreren empirischen Untersuchungen nachgewiesene Beobachtung: die spezifische Unterstützung ist eine direkte Reaktion auf Handlungen der politischen HerrschaftsträgerInnen (vgl. Easton 1967, 268).

3. NichtwählerInnen

3.1 Einführung

Nach den einführenden Überlegungen über die Bedeutung von politischer Partizipation für die repräsentative Demokratie und nach dem ausführlichen Überblick über die Wahl als politische Partizipationsform, erfolgt nun der analytische Teil. Es ist dabei nicht zielführend, eine ganzheitliche Untersuchung der NichtwählerInnen und ihrer sozialstrukturellen Merkmale beziehungsweise politischen Einstellungen durchzuführen. Es soll gezielt auf bereits bestehende Forschungserkenntnisse zurückgegriffen werden, um die beiden Forschungsfragen nach Möglichkeit zu beantworten. Welche Erklärungsfaktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen und welchen Einfluss Prekarisierung auf das politische Partizipationsverhalten, insbesondere auf das Wahlverhalten, der BürgerInnen hat, soll durch die Betrachtung bestimmter Faktoren im Zeitverlauf untersucht werden. Die vier in Kapitel 3.2 vorgestellten Werke zum Thema der politischen Partizipation und insbesondere der Wahlenthaltung ermöglichen eine gezielte Untersuchung ausgewählter Erklärungsfaktoren. So ergibt sich die Möglichkeit, Prekarisierung in die gesamte Betrachtung der Ursachen von Wahlenthaltung einzubetten.

Aufgrund einer zunehmenden Anzahl an NichtwählerInnen ist eine Repräsentation der Mehrheit nicht mehr gegeben. Das ist ein aktuelles Phänomen der europäischen Demokratien und wirft Fragen über die zukünftige Entwicklung des politischen Modells der repräsentativen Demokratie auf. Zu Beginn ist festzuhalten, dass ein gesellschaftlicher Wandel, wie in diesem Fall, durch eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen bei einem gleichzeitigen Vertrauensverlust in die Politik, noch keinen eindeutigen positiven oder negativen Wandel implizieren muss. So kann beispielsweise eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen einerseits eine große Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem politischen System, der Parteienlandschaft und Vielem mehr bedeuten, andererseits kann sie ebenso ein Anzeichen für eine zunehmende Politikverdrossenheit (Kap. 3.2.3.1) sein.

Sozialstrukturelle Merkmale wie Alter, Bildung und Familienstand sowie die politische Einstellung der NichtwählerInnen, insbesondere die Demokratiezufriedenheit, beschreiben allesamt einzelne Segmente der NichtwählerInnenschaft. Eine eindeutige Charakterisierung der NichtwählerInnen ist selbst durch eine Untersuchung zahlreicher Theorien über das Partizipationsverhalten der BürgerInnen nicht möglich. Eine zunehmende Wahlenthaltung und die empirisch nachweisbare

Heterogenität der NichtwählerInnen stellt nämlich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen dar. Die Heterogenität der NichtwählerInnen wird sich als roter Faden durch die Untersuchungen dieser Arbeit ziehen. Mit gesamtgesellschaftlichem Phänomen ist gemeint, dass sich die Zusammensetzung der Gruppe von NichtwählerInnen im Verlauf der Zeit immer stärker an die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung annähert. Empirische Untersuchungen sollen diese Annahme im empirisch-analytischen Teil dieser Arbeit untermauern.³²

In diesem Sinn scheint es zunächst sinnvoll, Zusammenhänge zu berücksichtigen, die bisher oftmals vernachlässigt wurden, um Ursachen und Motive von NichtwählerInnen beziehungsweise deren Wahlenthaltung erklären zu können. Die Theorie des Wertewandels schafft in Kombination mit der Betrachtung politischer Entfremdung eine Grundlage, von der aus ein ebenfalls gesamtgesellschaftliches Phänomen im Kontext steigender Wahlenthaltung untersucht werden wird: die Prekarisierung.³³ Die in diesem Kontext relevante Annahme dieser Arbeit lautet, dass eine prekäre Lebenslage den sozioökonomischen Status der Betroffenen beeinflusst und somit auch von erheblichem Einfluss auf deren Wahlverhalten ist.

3.1.1 Methodische Vorgehensweise

Die Untersuchung der sozialstrukturellen Merkmale der NichtwählerInnen und ihre politischen Einstellungen bildet den ersten Teil der folgenden Analyse. In einem zweiten Schritt werden relevante sozioökonomische Merkmale und die Prekarisierung untersucht. Die sozioökonomischen Merkmale Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen zählen zu den sozialstrukturellen Merkmalen. Aufgrund des engen Zusammenhangs der sozioökonomischen Merkmale mit der Prekarisierung, werden sie getrennt von den sozialstrukturellen Merkmalen untersucht. Ausgewählte Variablen werden analysiert, um die möglichen Unterschiedlichkeiten zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen in Form von Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung zu veranschaulichen. Die Untersuchung der Prekarisierung erfolgt nach der Untersuchung des sozioökonomischen Status, da eine prekäre Beschäftigungsform oder prekäre Lebenslage als möglicher Erklärungsfaktor der Wahlenthaltung ausschließlich in Bezug auf den sozioökonomischen Status behandelt werden kann. Eine Auswahl an Theorien und Erklärungsansätzen aus der Wahlforschung bildet die theoretische

32 Siehe Kapitel 3.3, 3.4, 3.5 und 3.5.

33 Das Thema der Prekarisierung soll an dieser Stelle vernachlässigt werden. Eine eigene Betrachtung dieser Thematik erfolgt in Kapitel 3.5 und 3.6.

Grundlage, anhand welcher die empirischen Befunde interpretiert werden sollen. Das sozialpsychologische Modell der Michigan-School und die Theorie des Wertewandels werden skizziert. Vor allem werden Variablen und Erklärungsansätze untersucht, die für die Beantwortung der Forschungsfragen grundlegend sind und zum Teil auch den Inhalt der Theorien und Erklärungsmodellen dieser Arbeit bilden. Ein bedeutender Erklärungsansatz ist die Theorie der politischen Entfremdung. Der Begriff der Politikverdrossenheit wird, differenziert in Parteien- und Politikerverdrossenheit, erläutert. Der Erklärungsschwerpunkt und die Forschungsfragen dieser Arbeit bestimmen die Auswahl der angewandten Theorien und Erklärungsansätze von Wahlverhalten.

Um die Auswahl der zur Untersuchung stehenden Variablen nachvollziehen zu können, wird nun der Ablauf der Analyse skizziert: die Untersuchung der Variable Alter ist unablässig, da bereits früheste Untersuchungen auf einen signifikanten Unterschied beim Wahlverhalten zwischen den jüngsten BürgerInnen und der restlichen Wahlbevölkerung aufmerksam machten (vgl. Radtke 1972). Dieser Befund hat bis heute Gültigkeit und ist daher ein wichtiger Aspekt in dieser Untersuchung. Die Variablen Familienstand, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Parteimitgliedschaft ergänzen das Feld sozialstruktureller Merkmale. Darüber hinaus sind letztgenannte Merkmale Aspekte der sozialen Integration der BürgerInnen. Soziale Integration ist deshalb von großer Bedeutung, da sie die Bereitschaft politischer Partizipation erhöht.³⁴ Anhand der Untersuchung der sozialstrukturellen Variablen können die Theorie des Wertewandels, das sozialpsychologische Modell der Michigan-School und die Theorie der politischen Entfremdung überprüft werden.

Die Variablen Politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die politischen Institutionen und politische Kompetenz, werden zum Erklärungsfaktor der politischen Einstellung der BürgerInnen gezählt und können wie die zuvor erwähnten sozialstrukturellen Merkmale, unter Anwendung des sozialpsychologischen Modells der Michigan-School und der Theorie politischer Entfremdung angewandt werden. Die daran anknüpfende Untersuchung des sozioökonomischen Status setzt sich aus der Betrachtung sozioökonomischer Merkmale der NichtwählerInnen zusammen. Die Variablen Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen bilden den sozioökonomischen Status, welcher in weiterer Folge die Grundlage für die Analyse des letzten Erklärungsansatzes dieser Arbeit bildet: die Prekarisierung.

³⁴ Vgl. Radtke 1972; Lavies 1973; Völker/Völker 1998.

Diese Analyse zielt weniger darauf ab, NichtwählerInnen zu charakterisieren, sondern viel mehr auf die Sichtbarmachung von möglichen Unterschieden zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen, um einerseits beteiligungsfördernde und beteiligungshemmende Faktoren herauszufiltern und um andererseits der Frage nach einem vorhandenen Demokratiedefizit nachzugehen. Die Untersuchung möglicher Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten der BürgerInnen europäischer Demokratien greift auf abgeschlossene Analysen der Wahlenthaltung zurück und betrachtet die Entwicklung der in dieser Arbeit herangezogenen Variablen im Zeitverlauf. Es wurden Erklärungsfaktoren für die Untersuchung ausgewählt, die anhand des Literaturvergleichs auch im Zeitverlauf betrachtet werden können. Die Verinnerlichung der Wahlnorm stellt eine Ausnahme dar und kann nicht im Zeitverlauf betrachtet werden. Nichtsdestotrotz stellt die Verinnerlichung der Wahlnorm innerhalb der herangezogenen Theorien einen bedeutenden Erklärungsansatz dar und kann in der Betrachtung nicht vernachlässigt werden. Dabei bilden die vier in Kapitel 1.3 vorgestellten Werke über Wahlenthaltung und NichtwählerInnen die für diese Arbeit empirische Grundlage

3.2 Theorien und Erklärungsmodelle der Wahlforschung

Das sozialpsychologische Modell der Michigan-School, die Theorie des Wertewandels und das Erklärungsmodell der Politischen Entfremdung sollen dabei helfen, die Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung in ein theoretisches Fundament einordnen zu können. Die eben genannten Ansätze berücksichtigen alle Aspekte und Variablen, die für die Untersuchung der Forschungsfragen von Bedeutung sind.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist, wie bereits zuvor angeführt, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Da sich lediglich die Geschwindigkeiten der politischen Entfremdung³⁵, der Auflösung von Bindungen und sonstiger Prozesse innerhalb bestimmter sozialer Gruppen unterscheiden, müssen eben diese Unterschiede in den Geschwindigkeiten einzelner Prozesse hervorgehoben werden. Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung können durch eine Betrachtung im Zeitverlauf, das Ausmaß des NichtwählerInnenanstieges innerhalb einer sozialen Gruppe veranschaulichen. Demnach dienen Untersuchungen der politischen Einstellung oder der sozialstrukturellen Merkmale weniger der Charakterisierung eines möglichen NichtwählerInnenprofils, sondern vielmehr dem

35 Der hier verwendete Begriff der Geschwindigkeiten beschreibt die jeweils unterschiedlichen Ausmaße ein und desselben Phänomens.

Aufzeigen von politischer Partizipation begünstigenden oder hemmenden Faktoren.

Die theoretischen Modelle und Untersuchungen der späten 1980er Jahre und der Jahre zuvor waren fast ausschließlich auf das Profil der WählerInnen fokussiert. Erst nach und nach wurden NichtwählerInnen nicht mehr nur am Rande einer Untersuchung erwähnt, sondern gerieten immer stärker ins Blickfeld vieler ForscherInnen. Die drei sich bereits in den 1960er Jahren herauskristallisierenden Wählerverhaltenstheorien sind der Rational-Choice-Ansatz, der sozialpsychologische und der soziologische Ansatz.³⁶ Auch wenn der Rational-Choice-Ansatz über einzelne Segmente der NichtwählerInnenschaft Auskunft geben kann, soll dieser aus zwei zentralen Gründen außen vorgelassen werden: erstens erscheint es sinnvoll, sich im Zuge dieser Arbeit auf eine bestimmte Anzahl an Theorien zu beschränken, die gemeinsam mit den verwendeten Variablen den Bogen zur Betrachtung sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation spannen können. Zweitens greifen die „Rational-Choice-Theoretiker“ größtenteils auf die gleichen Indikatoren zurück wie die soziologischen und sozialpsychologischen Ansätze“ (Kleinhenz 1995, 34). Ebenso sollen Modifizierungen dieses Erklärungsansatzes³⁷ vernachlässigt werden, denn die Logik des Kosten-Nutzen-Modells muss nach genauer Betrachtung kritisiert werden, da die Fokussierung auf die rationale „Kosten-Nutzen-Überlegung“ der BürgerInnen die Frage aufwirft, in welchem Szenario denn überhaupt die subjektive Wahrscheinlichkeit, dass die abgegebene Stimme entscheidet, größer als Null ist (vgl. Kleinhenz 1995, 33f.). Der soziologische Ansatz hingegen wird in die Arbeit miteinbezogen, da dieser eine Grundlage des sozialpsychologischen Ansatzes darstellt. Von dieser Theorie ausgehend, erfolgt die politische Sozialisation durch die individuelle Sozialisation (vgl. ebd., 23-26). Die individuelle Sozialisation wird durch soziale Merkmale und den Grad an sozialer Integration beschrieben. Sowohl Bildung, Erwerbsstruktur als auch Einkommen fallen unter den Bereich sozioökonomischer Merkmale, welche Teil des soziologischen Ansatzes sind und den sozialstrukturellen Merkmalen angehören.

Als NichtwählerInnen gelten im Folgenden alle BürgerInnen, die trotz Wahlberechtigung auf die Teilnahme an der Wahl verzichtet haben und/oder diese auch bei zukünftigen Wahlen verweigern. Umfragedaten stellen in diesem Kontext neben behördlichen Statistiken die zentrale Quellenform dar.

36 Für „Rational-Choice-Theorie“ siehe Downs 1968; Für „soziologischen Ansatz“ siehe Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944; Für „sozial-psychologisches Modell der Michigan-School“ siehe Campbell/Converse/Miller/Stokes 1960.

37 Siehe hierfür z.B. Riker/Ordeshook 1968 und Enelow/Hinich 1984.

3.2.1 Der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School

Der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School bietet einerseits eine Kritik und andererseits eine Erweiterung des soziologischen Ansatzes. Man habe sich den Prozess der Wahlbeteiligung als einen Trichter vorzustellen, an dessen Spitze kurzfristige Einflussfaktoren wie zum Beispiel die zur Wahl stehenden SpitzenkandidatInnen stehen. Diese in den 1960er Jahren entwickelte Theorie wurde im Speziellen für die USA entwickelt, lässt sich jedoch ebenfalls auf andere Länder anwenden (Campbell / Converse / Miller / Stokes 1960).

In der Unterscheidung zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen ist die Frage nach dem Grad an politischem Interesse, der Stärke der Parteiidentifikation, der Knappheit des Wahlausganges, der Einstellung gegenüber der Wahlnorm, der Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz und der Beurteilung beziehungsweise Wahrnehmung der zur Wahl stehenden Parteien sowie den MandatsträgerInnen entscheidend (vgl. Kleinhenz 1995, 32): „The stronger the individual's psychological involvement the more likely he is to participate in politics by voting“ (Campbell et al. 1960, 102).

Für Campbell et al.³⁸ ist die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz (political efficacy), also die Einschätzung durch das Partizipieren an einer Wahl etwas verändern beziehungsweise beeinflussen zu können, eng an das tatsächliche Wahlverhalten gebunden. Der Begriff der politischen Kompetenz wurde von Campbell, Gurin und Miller im Jahr 1954 als Indikator eingeführt, der die subjektive Wahrnehmung der BürgerInnen ihrer eigenen politischen Kompetenz und des politischen Einflusses messbar macht (vgl. Campbell / Gurin / Miller 1954). Dem sozialpsychologischen Ansatz der Michigan-School zufolge, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung umso höher die eigene politische Kompetenz wahrgenommen wird. Die so genannte unorthodoxe Rationalität beschreibt die politische Kompetenz auf anderem Wege: engagierte, also politisch partizipierende BürgerInnen die ihre eigenen politischen Kompetenzen hoch einschätzen, bleiben der Wahl fern, um ein Umdenken innerhalb der politischen Öffentlichkeit zu erzeugen und mehr Einfluss durch zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten zu generieren.

Politisches Interesse, Parteimitgliedschaft und politische Kompetenz bilden die innerhalb des sozialpsychologischen Modell der Michigan-School relevanten Variablen für die Untersuchungen dieser Arbeit.

38 Campbell/Converse/Miller/Stokes 1960.

3.2.2 Die Theorie des Wertewandels

Die Theorie des Wertewandels beschreibt unter anderem aufgrund des Rückgangs bisher etablierter Organisationsnetzwerke, wie zum Beispiel der Gewerkschaften, die „negative Auswirkung auf die traditionelle Partizipationsform des Wahlaktes“ durch den Wandel bestimmter sozialer Gruppen innerhalb einer postmaterialistischen Phase (Hoffmann 2007, 94). Dieser kulturelle Umbruch vollzieht sich vor allem bei den in Wohlstand aufgewachsenen Generationen und äußert sich bezüglich der Wahlbeteiligung insofern, dass eine Abkehr von sich an Eliten orientierenden Partizipationsformen hin zu „elite-herausfordernden“ Partizipationsformen zu beobachten ist (vgl. Inglehart 1989). Somit vollzieht sich eine Abkehr von konventionellen hin zu unkonventionellen Partizipationsformen. Es verwundert nicht, dass vor allem der Anteil politisch interessierter BürgerInnen in der Gruppe der NichtwählerInnen signifikant zugenommen hat, da unkonventionelle Partizipationsformen nachweislich eine größere Ressourcenverfügbarkeit der Beteiligten erfordern.

Postmaterialistische Wertvorstellungen können einen „fundamentalen Konflikt zwischen den politischen Wertvorstellungen des Einzelnen und dessen Wahrnehmung, wie er Werte in der politischen Gemeinschaft verwirklicht sieht“ erzeugen oder verstärken (Schwartz 1973, 14). David Schwartz sieht darin eine zentrale Ursache für die politische Entfremdung von BürgerInnen. BürgerInnen gelten als politisch entfremdet, wenn sie sich keine politischen Kompetenzen zuschreiben und einem inneren Wertekonflikt unterliegen. Eine Veränderung gesellschaftlicher Wertorientierungen, vor allem der politischen Kultur³⁹, ist durch eine Abkehr von traditionellen Wertvorstellungen gekennzeichnet. Diese Veränderung ist innerhalb der Arbeitswelt am Bedeutungsverlust der Gewerkschaften als auch im Bereich der Politik aufgrund einer steigenden Wahlenthaltung und einer stärkeren Neigung zu unkonventionellen Partizipationsformen zu erkennen. Der postmaterialistische Wertewandel wird darüber hinaus von einer abnehmenden Akzeptanz der Wahlnorm begleitet (vgl. Inglehart 1989). Ein allgemeiner Rückgang der Pflichtwerte führt jedoch gemeinsam mit der Abkehr von sich an Eliten orientierenden Partizipationsformen hin zu „elite-herausfordernden“ Partizipationsformen oftmals zu der irrtümlichen Annahme, dass es zu einer stärkeren Inanspruchnahme unkonventioneller (alternativer) Partizipationsmöglichkeiten durch die NichtwählerInnen kommt. Dem zufolge müsste eine Ausweitung deliberativer und direkter Elemente von Demokratie eine sinkende Wahlbeteiligung kompensieren. Der empirisch nachgewiesene Befund, NichtwählerInnen partizipierten nur selten in

39 Der Begriff der politischen Kultur meint hier „die Summe der politisch relevanten Einstellungen, Meinungen und Wertorientierungen innerhalb der Bevölkerung“ (Glaab/Korte 1999, 642f.).

irgend einer anderen Form politisch, lässt jedoch darauf schließen, dass es für große Teile der NichtwählerInnenenschaft zu einer Entkoppelung kommt, die in einer politischen Entfremdung münden kann (vgl. Kleinhenz 1995; Völker / Völker 1998; de Nève 2009).⁴⁰

Der aus der Betrachtung der PostmaterialistInnen hervortretende Widerspruch liegt in der Annahme, dass sie aufgrund ihrer höheren Bildung und den „ausgeprägten politischen Fähigkeiten“ zu einer höheren Wahlbeteiligung beitragen müssten, andererseits aber ihr „geringes Alter und ihre noch bescheidene soziale Stellung“ für einen Verzicht auf die Wahlbeteiligung sprechen (zit. nach Borg 1993, 7f.; In: Kleinhenz 1995, 44).

Des Weiteren ist der Wertewandel von einem Rückgang an Bindungen gekennzeichnet. Innerhalb der politischen Kultur sind davon vor allem die Parteien betroffen, da viele BürgerInnen politikverdrossen oder sogar zu einem bestimmten Grad bereits politisch entfremdet sind. Neben dem Vertrauensverlust in politiknahe Institutionen ist der Loyalitätsverlust vor allem gegenüber den Parteien „Kennzeichen einer solchen kulturellen Erosionskrise“ (Negt 2009, 155f.). In weiterer Folge scheint sich der Pflichtcharakter in Form von gesellschaftlichem Druck, der Verinnerlichung der Wahlnorm oder durch eine vorhandene Wahlpflicht positiv auf die Wahlbeteiligung auszuwirken. Der gesellschaftliche Druck hängt von dem Ausmaß an sozialen Kontakten und Mitgliedschaften der BürgerInnen ab. Jegliche Form sozialer Integration, sei es durch Vereinszugehörigkeit oder durch den Familienstand, erhöht durch die damit verbundene soziale Kontrolle die Bereitschaft politischer Partizipation (vgl. Kleinhenz 1995). Im Kontext einer abnehmenden Parteibindung und einer marginalisierten Wahlnorm, gewinnen kurzfristige Motive immer mehr an Bedeutung (vgl. Kleinhenz 1995, 149).

Die Erklärungsfaktoren der folgenden Analyse, welche auch in der Theorie des Wertewandels behandelt werden, sind: Familienstand, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Parteimitgliedschaft, Vertrauen in die politischen Institutionen und politische Kompetenz.

3.2.3 Politische Entfremdung

Die Charakterisierung der NichtwählerInnen als eine Gruppe von BürgerInnen, welche an ihren politischen Kompetenzen zweifelt, bekräftigt den Zusammenhang zwischen politischer

⁴⁰ Siehe Kapitel 2.2.5.

Entfremdung und Wahlenthaltung. Entspricht der Ist-Zustand nicht den Wünschen der jeweiligen Person, entsteht oftmals ein innerer Wertekonflikt. Um die Auswirkungen und Folgen einer zunehmenden Wahlenthaltung festzustellen, sind diesbezüglich Fragen nach der Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System entscheidend.

Nach Cedric Herring lautet ein erster Befund, dass eine politisch entfremdete Person „in erster Linie zum Rückzug und nur eine kleine Minderheit zu Protestverhalten“ neigt (vgl. Herring 1989; In: Kleinhenz 1995, 65). Unterliegen zum Beispiel Personen, die ihre eigenen politischen Kompetenzen gering einschätzen, keinem Wertekonflikt, sind sie eher ProtestwählerInnen und nur selten NichtwählerInnen. Diese gelten nicht als politisch entfremdet. Jedoch neigen Personen mit geringer politischer Kompetenz ohnehin stärker zur Wahlenthaltung (vgl. Kleinhenz 1995).⁴¹

Die Variable der Demokratiezufriedenheit ist für die Untersuchung der NichtwählerInnen von zentraler Bedeutung. Die Demokratiezufriedenheit hängt stark mit dem wirtschaftlichen beziehungsweise wohlfahrtsstaatlichen Output des politischen Systems zusammen (vgl. Kleinhenz 1995, 160). Die Untersuchungen des Wahlverhaltens der BürgerInnen durch de Nève, Völker / Völker und Kleinhenz ergab, dass vor allem die Systemzufriedenheit Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Eine mangelnde Identifikation mit dem politischen System ist eng mit dem Zustand politischer Entfremdung verbunden. Wie Marion und Bernd Völker nachgewiesen haben, korreliert die Selbstwahrnehmung der individuellen wirtschaftlichen Lage mit der Demokratiezufriedenheit, welche verstärkt anhand politischer Outputs und weniger an etablierten Werten und Normen gemessen wird (Völker / Völker 1998).

Die unter anderem zur Theorie der politischen Entfremdung gehörende Randständigkeitshypothese besagt, dass ein „sozial isoliertes Segment der Gesamtbevölkerung [...] ein geringes politisches Interesse und eine größere Distanz zu der bestehenden politischen Ordnung“ hat (Kleinhenz 1995, 29). Dies führt dazu, dass BürgerInnen aus dieser sozialen Gruppe der Wahl zunehmend fernbleiben, vor allem aufgrund des Gefühls nicht repräsentiert zu werden (vgl. ebd.). Demnach lauten die von diesem Erklärungsmodell behandelten Variablen: Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in politische Institutionen und politische Kompetenz.

41 Für den Zusammenhang von politischer Kompetenz und Wahlbeteiligung siehe Kapitel 3.4.4.

3.2.3.1 Politikverdrossenheit

Der Begriff der Politikverdrossenheit wird mittlerweile symbolträchtig für jegliche Form politischer Entfremdung der BürgerInnen in Anspruch genommen. Welch breites Spektrum an politischer Entfremdung unter diesen Begriff fällt, wird dadurch verschleiert. Politikverdrossenheit beinhaltet nicht nur den Verweis auf ein steigendes Desinteresse der BürgerInnen an Politik im Generellen, sondern beschreibt auch das schwindende Vertrauen der Politikverdrossenen in die politischen HerrschaftsträgerInnen: PolitikerInnen und Parteien.

Politikverdrossenheit meint im Zuge dieser Arbeit ein fehlendes Vertrauen in die Politik, eine gefühlte soziale Ungleichheit und eine wahrgenommene Kluft zwischen BürgerInnen und politischer Elite. Die Tatsache, dass NichtwählerInnen nicht populismusanfälliger sind als WählerInnen und dass sie genau so häufig zu extremen Positionen neigen⁴², führt zu folgendem Schluss: unzufriedene, politikverdrossene NichtwählerInnen pendeln „weiterhin zwischen der „Partei des geringsten Übels“ und der Nichtwahl“ hin und her (Kleinhenz 1995, 179). Dem zufolge stellt das Vertrauen in die politischen Institutionen je nach Ausmaß einen beteiligungsfördernden oder beteiligungshemmenden Erklärungsfaktor dar.

3.2.3.2 Parteien- und Politikerverdrossenheit

Der Begriff der Politikverdrossenheit wird durch die Begriffe „Parteien- und Politikerverdrossenheit“ ergänzt. Grund dafür ist, dass einige BürgerInnen zwar Interesse an Politik haben, jedoch eine Distanz gegenüber Parteien und/oder PolitikerInnen verspüren. Beide Begriffe eignen sich für die folgenden Untersuchungen, da sie auf den primären Vertrauensverlust der BürgerInnen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen verweisen.

Eine verstärkte „kulturelle Suchbewegung“, entstanden durch den Rückgang an Bindungen, macht sich auch in der Parteienlandschaft bemerkbar (Negt 2009, 155f.). Neben dem Vertrauensverlust der WählerInnen und NichtwählerInnen findet zeitgleich ein Loyalitätsverlust gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen (Parteien, Gesamtheit der PolitikerInnen) statt. Vor allem die „Unzufriedenheit mit dem Spektrum etablierter Parteien“, führt zu einer voranschreitenden

42 Vgl. de Nève 2009, 186ff.

Auflösung der „Partei-Wähler-Bindungen“ (Kleinhenz 1995, 51, 56). BürgerInnen geben im Idealfall denjenigen RepräsentantInnen ihre Stimme, die auch ihre Interessen vertreten. Fühlt man sich trotz Wahlbeteiligung (Stimmabgabe) kaum oder gar nicht vertreten, führt dies zu einem Misstrauen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen.

Insbesondere junge BürgerInnen distanzieren sich nachweislich von konventionellen Partizipationsformen bei gleichzeitig steigendem politischem Interesse. Die Theorie des Wertewandels hat somit auch im Erklärungsansatz der politischen Entfremdung Gültigkeit, da NichtwählerInnen nur selten in anderer Form (unkonventionelle Partizipationsformen) politisch partizipieren und ihre Interessen dadurch im schlimmsten Fall keine Berücksichtigung bei politischen Entscheidungen durch die RepräsentantInnen finden. Eine fehlende oder mangelhafte Anerkennung der Jugendlichen durch die HerrschaftsträgerInnen kann ihnen ein Gefühl des Fremd-Seins im politischen System vermitteln. Dieses Gefühl bekräftigt junge BürgerInnen darin, sich nicht in der traditionellen Politik und in den Parteien zu engagieren, sondern sich eher den unkonventionellen Partizipationsformen zu widmen (vgl. Bauer 2004, 14). Die Distanz zu den MandatsträgerInnen erzeugt bei den jungen Menschen eine Parteien- und Politikerverdrossenheit (vgl. Burdewick 2003, 20, 208).

3.3 Erklärungsfaktoren I: Sozialstrukturelle Merkmale

Nachdem ausgewählte Theorien und Erklärungsansätze erläutert wurden, folgen nun die Untersuchungen der NichtwählerInnen. Der Schwerpunkt liegt in der Betrachtung jener Erklärungsfaktoren, welche die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen. Es sollen vor allem mögliche Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen aufgezeigt werden, um die Forschungsfrage, welche Erklärungsfaktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen, beantworten zu können. Die sozialstrukturellen und sozioökonomischen Merkmale sowie die politische Einstellung der NichtwählerInnen bilden die Grundlage für die Untersuchung der ersten Forschungsfrage. Die sozioökonomischen Merkmale als Teil des sozioökonomischen Status sowie die Prekarisierung bilden die Grundlage für die Untersuchung der zweiten Forschungsfrage.

Die Untersuchung sozialstruktureller Merkmale bildet oftmals den Dreh- und Angelpunkt in der NichtwählerInnenforschung. Anhand einer Vielzahl von Variablen lässt sich untersuchen, welche

Teile der Bevölkerung der Wahl mit größerer Wahrscheinlichkeit fernbleiben werden und von etwaigen Exklusionsmechanismen am stärksten betroffen sind. Die Bedeutung sozialstruktureller Merkmale unterliegt ebenso einem ständigen Wandel wie die Gesellschaft. Variablen können im Zeitverlauf betrachtet einem Bedeutungsverlust unterliegen und verlieren somit an Erklärungskraft. Anhand der Variable Konfessionszugehörigkeit kann dies am besten veranschaulicht werden: spielte Konfessionszugehörigkeit in den 1980er und frühen 1990er Jahren noch eine signifikante Rolle, so hat sie diese in Folge des Wertewandels eingebüßt und kann heute im Großen und Ganzen vernachlässigt werden. Der sozioökonomische Status der BürgerInnen hingegen spielt heute eine wesentlich bedeutendere Rolle als noch vor 30 Jahren.

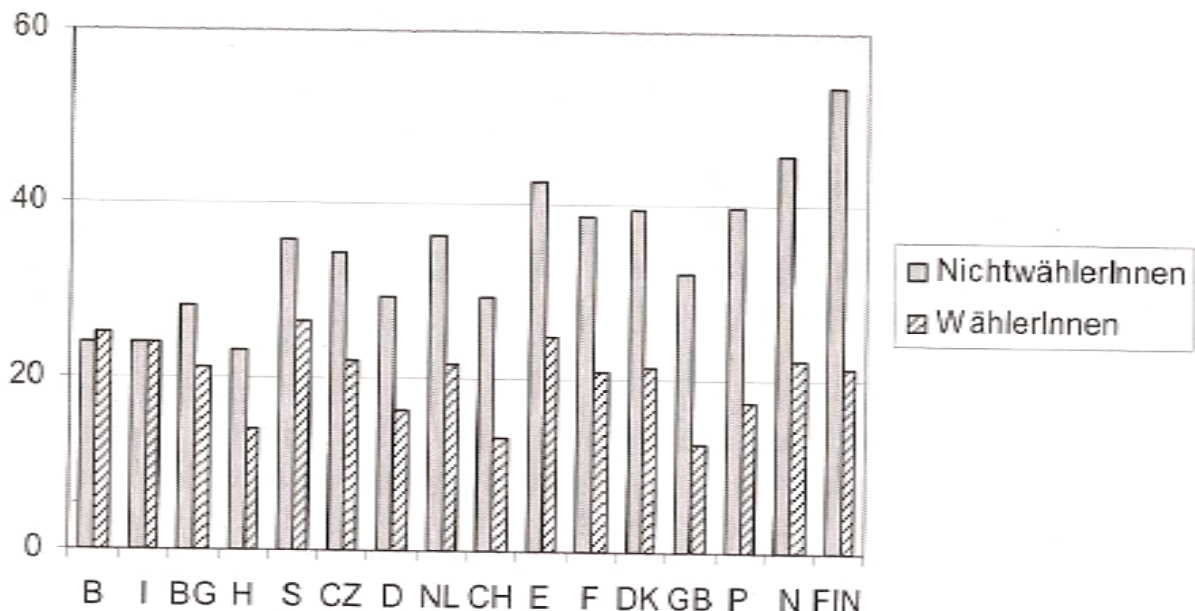
Der Anstieg des NichtwählerInnenanteils ist in fast allen Bevölkerungsteilen nachzuweisen. Dieser Wandel vollzieht sich innerhalb bestimmter sozialer Gruppen schneller als in anderen.⁴³ Diese unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb verschiedener sozialer Gruppen gilt es zu untersuchen, da sie möglicherweise Aufschluss über vorhandene Exklusionsmechanismen geben und die Gewichtung einzelner sozialstruktureller Merkmale verdeutlichen können.

3.3.1 Alter

Die Untersuchungen zur Wahlbeteiligung unterschiedlicher Alterskohorten ergeben signifikante Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den jungen BürgerInnen und der restlichen Wahlbevölkerung. Sowohl Thomas Kleinhenz als auch Marion und Bernd Völker wiesen für Deutschland im Zeitraum von 1980 bis Anfang der 1990er Jahre den größten NichtwählerInnenanteil bei den unter 34 jährigen nach (Völker / Völker 1998, 102f.; Kleinhenz 1995, 101f.). Knapp 15 Jahre danach wird dieser Befund bestätigt und kann auf eine Vielzahl europäischer Demokratien ausgeweitet werden (Abb. 2).

⁴³ Wo und Wann sich dieser Wandel schneller vollzieht, wird nach erfolgter Analyse in der Zwischenbilanz in zusammengefasster Form veranschaulicht werden (siehe Kapitel 3.7).

Abb. 2: Wahlbeteiligung junger BürgerInnen (Alle Angaben in Prozent)⁴⁴



Quelle: De Nève 2009, 92.⁴⁵

Der linke Balken jedes Landes zeigt den Anteil ≤ 30 jähriger NichtwählerInnen. Der rechte Balken zeigt den Anteil der ≤ 30 jährigen WählerInnen. Mit Ausnahme von Belgien und Italien besteht in allen hier untersuchten europäischen Staaten ein signifikanter Unterschied zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen dieser Altersgruppe. Der Anteil der ≤ 30 jährigen, die nicht wählen beträgt in allen Ländern jedoch mindestens 20 Prozent.

Mittlere Alterskohorten, welche die größte Gruppe der WählerInnen darstellen, sind vor allem durch ihren Familienstand, durch ein steigendes Einkommen und aufgrund der sozialen Integration durch den Beruf innerhalb der Gruppe von NichtwählerInnen stark unterrepräsentiert (vgl. Kleinhenz 1995; Völker / Völker 1998). Obwohl alle Alterskohorten einen NichtwählerInnenzuwachs aufweisen, fällt dieser in Deutschland, im Zeitverlauf betrachtet, am stärksten innerhalb der Gruppe der unter 35 jährigen und bei den über 65 jährigen auf (vgl. Kleinhenz 1995, 100f.). Das gestiegene Bildungsniveau führt, nachweisbar am Beispiel der jungen NichtwählerInnen, zu einer steigenden Anzahl höher gebildeter BürgerInnen innerhalb der Gruppe der NichtwählerInnen. Ein weiterer

⁴⁴ Die Bezeichnung junge BürgerInnen umfasst die Gruppe der ≤ 30 jährigen BürgerInnen (de Nève 2009, 89ff.).

⁴⁵ Die in Abbildung 2 dargestellten Länder sind in alphabetischer Reihenfolge: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechien, Ungarn.

interdependenter Zusammenhang zwischen dem Alter und anderen Variablen findet sich in der Beobachtung, dass vor allem junge BürgerInnen im Generellen eine gewisse Distanz gegenüber konventionellen Werten wie zum Beispiel der Wahlnorm haben (ebd., 126). Diese Ergebnisse werden auch bei Marion und Bernd Völker und de Nève nachgewiesen.

Das junge BürgerInnen vermehrt der konventionellen Politik den Rücken kehren, kann auch anhand einer Ausweitung der Alterskohorten bestätigt werden (vgl. Burdewick 2003). Eine qualitative Untersuchung Ingrid Burdewicks, die sich mit der politischen Partizipation Jugendlicher an einem Jugendparlament in Deutschland auseinandersetzt, ergibt, dass die 11-18 jährigen Jugendlichen zwar Interesse an politischen Themen und an Politik haben, jedoch eine „deutliche Distanz gegenüber den Institutionen, Repräsentanten der etablierten Politik“, also gegenüber der konventionellen Politik, aufweisen (Burdewick 2003, 94-97). Des Weiteren besteht Misstrauen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen und Frust über „politische Dominanzverhältnisse, die oftmals im Zusammenhang mit dem Eindruck der Distanz zwischen „Normalbürgern“ und Politiker“ bestehen (ebd.). Die im Zuge der Parteien- und Politikerverdrossenheit beschriebene Kluft zwischen den BürgerInnen und den politischen HerrschaftsträgerInnen ist demzufolge auch bei den aller jüngsten BürgerInnen nachweisbar und somit eine weitere Erklärung für die niedrige Wahlbeteiligung dieser Gruppe.

3.3.2 Familienstand

Die Variable des Familienstandes gewinnt vor allem im Kontext politischer Entfremdung an Bedeutung. Die Familie kann als die primäre Kategorie sozialer Integration bezeichnet werden und unterliegt aufgrund des Wertewandels und schwindender Bindungen bei einer gleichzeitig zunehmenden Individualisierung innerhalb westlicher Gesellschaften einer Transformation. Die Tatsache, dass soziale Integration bereits seit längerer Zeit als beteiligungsfördernder Mechanismus gilt, wird anhand unterschiedlicher Studien und Datenmaterialien für Deutschland bestätigt. Bei verheirateten Personen wurde zwischen 1980 und den frühen 1990er Jahren ein geringer Anstieg des NichtwählerInnenanteils nachgewiesen, wobei hingegen ledige Personen überdurchschnittlich oft der Wahl fernblieben (Kleinhenz 1995, 103f.; Völker / Völker 1998, 109f.). Spätere Untersuchungen bestätigten diesen Befund (vgl. de Nève 2009, 104ff.). Ledige Personen sind in der Gruppe der NichtwählerInnen überrepräsentiert. Hingegen sind verheiratete Personen vermehrt in

der Gruppe der WählerInnen vertreten. Ebenfalls wird im Sammelband von DeBardeleben und Pammet eine deutlich höhere Bereitschaft politischer Partizipation unter den verheirateten BürgerInnen als bei den ledigen Personen nachgewiesen (Paul Whiteley 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 135f.). Mit wenigen Ausnahmen (Italien, Bulgarien, Ungarn) zeigt sich für ledige Personen in allen von de Nève untersuchten europäischen Ländern ein identisches Bild. Die Bedeutung sozialer Integration für die Bereitschaft politischer Partizipation ist aufgrund der signifikanten Unterschiede von ledigen und verheirateten BürgerInnen gegeben. In den skandinavischen Ländern zum Beispiel beträgt die Differenz zwischen den ledigen NichtwählerInnen und WählerInnen mindestens 15 Prozent (de Nève 2009, 105). Dies scheint auch in Hinblick auf die Theorie des Wertewandels von Bedeutung zu sein, denn soziale Integration ist eng an Bindungen gekoppelt. Schwinden diese, wie es die Theorie des Wertewandels besagt, wird die soziale Integration erschwert. Somit bietet uns diese Theorie einen partiell zutreffenden Erklärungsansatz.

3.3.3 Gewerkschaftsmitgliedschaft

Ebenso wie die Variable des Familienstandes gehört Vereinszugehörigkeit, unter anderem die Variable der Gewerkschaftsmitgliedschaft, zu den zentralen Faktoren sozialer Integration. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft stellt auch eine „indirekte und zugleich konventionelle Form der politischen Partizipation“ dar und lässt im Zeitverlauf betrachtet, nicht nur Schlussfolgerungen über den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Gewerkschaftsmitgliedschaft, sondern auch über die Entwicklung politischer Partizipation zu (de Nève 2009, 160f.). Wie bereits eingangs erwähnt, müssen mögliche Formen der Kompensation einer schwindenden Wahlbeteiligung analysiert werden, da es nicht nur gilt die zum Beispiel sozialstrukturellen Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen hinsichtlich der Divergenz zwischen Beteiligten und Betroffenen zu betrachten, sondern auch ob die sinkende Bereitschaft einer Wahlbeteiligung durch andere Formen politischer Partizipation (unkonventionell oder konventionell) kompensiert wird.

Kleinhenz stellt anhand von ALLBUS⁴⁶ Daten für den Zeitraum zwischen 1980 und 1992 einen gestiegenen Anteil von NichtwählerInnen unter den gewerkschaftslosen BürgerInnen fest (vgl. Kleinhenz 1995, 106f.). Dieser Befund muss insofern relativiert werden, da es zeitweise einen

46 ALLBUS 1992.

ebenso hohen NichtwählerInnenanteil unter den Gewerkschaftsmitglieder gab (ebd.). Dass jedoch unter BürgerInnen ohne Gewerkschaftsmitgliedschaft der Anteil an NichtwählerInnen zunimmt, wird auch von Völker und Völker und de Nève bestätigt (vgl. Völker / Völker 1998, 106f.; de Nève 2009, 160f.). Der Anteil jener ArbeitnehmerInnen, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, ist heute gering.⁴⁷ Die Wertigkeit der Variable Gewerkschaftsmitgliedschaft muss daher mit Vorbehalt betrachtet werden und hat aus diesem Grund nur eine geringe Erklärungskraft für unsere Forschungsfrage, welche Erklärungsfaktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen.

3.3.4 Parteimitgliedschaft

Die Variable der Parteimitgliedschaft gibt unter anderem Aufschluss über einen möglichen Rückgang an Bindungen. Des Weiteren soll mit dieser Variable der Grad an politischer Unterstützung der BürgerInnen gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen untersucht werden. Unter den Begriff der politischen HerrschaftsträgerInnen fallen die Parteien, die Gesamtheit aller MandatsträgerInnen sowie einzelne RepräsentantInnen. Der Grad der politischen Unterstützung durch die Identifikation mit einer Partei oder durch die Mitgliedschaft in einer Partei wird unter Anwendung des Modells der politischen Unterstützung von David Easton (Kap. 4.1) untersucht.

Dem Begriff der Parteibindung als übergeordnete Bezeichnung für die Variable der Parteimitgliedschaft muss die Variable der Parteiidentifikation beigelegt werden. Die Mitgliedschaft in einer Partei sowie die bloße Identifikation mit einer Partei sind Formen politischer Unterstützung der politischen HerrschaftsträgerInnen. Die Untersuchung der Parteimitgliedschaften in einzelnen Ländern (Tab. 3) ergibt, dass die Anzahl an Parteimitglieder unter der wahlberechtigten Bevölkerung in europäischen Staaten signifikant abgenommen hat. Lediglich Island, Malta und Österreich stellen eine Ausnahme mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Parteimitgliedern dar. NichtwählerInnen sind in der Gruppe derjenigen ohne Parteimitgliedschaft und in der Gruppe ohne Parteiidentifikation stärker vertreten als WählerInnen. Ein großer Anteil der NichtwählerInnen ist ohne jegliche Parteibindung. Ein Großteil der WählerInnen ist ebenfalls ohne Parteibindung (vgl. de Nève 2009, 157). Die Mehrheit der WählerInnen identifiziert sich jedoch im Gegensatz zu den

⁴⁷ Der EU-Durchschnittswert liegt bei 23 Prozent (ETUI 2010: online unter: <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Quer-durch-Europa/Gewerkschaften>, letzte Abfrage am 15. Dezember 2011).

NichtwählerInnen mit einer Partei und weist dadurch eine Bindung mit einer Partei auf.

Die Parteiidentifikation erweist sich in dieser Untersuchung als beteiligungsfördernder Faktor und bestätigt die diesbezügliche Annahme der Michigan-School. Konnte Thomas Kleinhenz noch einen mäßigen Anstieg des NichtwählerInnenanteils der BürgerInnen ohne Parteibindung für den Zeitraum von 1980 bis 1993 nachweisen, so sprechen aktuelle empirische Befunde eine deutlichere Sprache: in Deutschland sind mit über 95 Prozent fast alle NichtwählerInnen ohne Parteimitgliedschaft und mit über 60 Prozent mehr als die Hälfte aller NichtwählerInnen ohne jegliche Parteiidentifikation (vgl. Kleinhenz 1995, 141f.; de Nève 2009, 157f.). Im Sammelband von DeBardeleben und Pammet wird darüber hinaus eine geringere Bereitschaft politischer Partizipation durch die Mitgliedschaft in einer Partei für unter 35 jährige und ledige BürgerInnen nachgewiesen (vgl. Whiteley 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 135ff.).

Tab. 3: Parteimitgliedschaft der Wahlbevölkerung europäischer Demokratien (Alle Angaben in Prozent)⁴⁸

	1977-1980	1988-1991	1997-2001
Belgien	9	9.2	6.6
Bulgarien	----	----	6.5
Dänemark	7.3	5.9	5.1
Deutschland (West)	4.5	3.9	2.9
Estland	----	----	1.2
Finnland	15.7	13.5	9.7
Frankreich	5.1	3	1.6
Griechenland	3.2	6.3	6.5
Großbritannien	4.1	2.6	1.9
Irland	5	4.9	3
Italien	9.7	9.1	4
Island	----	----	16.9
Lettland	----	----	1.5
Litauen	----	----	1.9
Luxemburg	----	----	8.6
Malta	----	----	23.8
Niederlande	4.3	3.2	2.5
Norwegen	15.4	13.1	7.2
Österreich	28.5	23.7	17.7
Polen	----	----	1.1
Portugal	4.3	5.1	3.9
Schweden	8.4	8	5.5
Schweiz	10.7	8	5.9
Slowakei	----	----	4.1
Slowenien	----	----	6.7
Spanien	1.2	2.1	3.3
Tschechische Republik	----	----	3.9
Ungarn	----	2.1	2.3

Quelle: Siaroff 2009; In: DeBardeleben/Pammet 2009, 52. Die angegebenen Zahlen sind im Gegensatz zum Original ab der zweiten Stelle hinter dem Komma aufgerundet. Eigene Darstellung.

⁴⁸ Entscheidend für diese Untersuchung und für weitere Aussagen sind hier die Befunde von 1997 bis 2001, da diese für alle Länder vorhanden sind.

An dieser Stelle ist ein eindeutiger Trend einer rückläufigen Anzahl an Parteimitgliedern in nahezu allen untersuchten Ländern feststellbar, der durch eine zunehmende Aufweichung der Partei-Wähler Bindung gekennzeichnet ist. Dieser Befund wird durch die Tatsache ergänzt, dass die Mitgliederzahlen in den meisten Ländern ohnehin sehr gering sind.

3.3.4.1 Partei-Wähler Bindung

BürgerInnen wählen Parteien, ohne sich mit ihren MandatsträgerInnen oder ihrer politischen Agenda identifizieren zu müssen. Ein Beispiel bietet die Gruppe der ProtestwählerInnen.⁴⁹

Neben der sozialen Mobilisation, etwa durch Gewerkschaften, spielt vor allem die politische Mobilisation eine große Rolle für die Wahlbeteiligung. Soziale und politische Mobilisation haben einen positiven Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft der BürgerInnen (Grewe 1981). Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist neben der schrumpfenden Anzahl an Parteimitgliedern auf fehlende Mobilisierungsbemühungen der Parteien und MandatsträgerInnen zurückzuführen. Hinzu kommt ein gesellschaftlicher Wandel, der ein sinkendes Vertrauen in PolitikerInnen, Parlamente und politiknahe Institutionen zur Folge hat. Es wurde nachgewiesen, dass BürgerInnen mit einem höheren Vertrauen in die politischen Institutionen vermehrt zur Wahl gehen (vgl. Dalton 2004). Der Rückgang der Parteimitglieder wird einerseits von den „supply-side factors“ verursacht, die den sozialen Wandel der Gesellschaft beschreiben. BürgerInnen wollen immer seltener Mitglied einer Partei werden oder sich für eine Partei engagieren. Andererseits wird dieser Rückgang durch die „demand-side factors“ erklärt, welche veränderte Mobilisierungsstrategien der Parteien beschreiben. Der zentrale Wandel liegt in der Entwicklung von der Aktivität hin zur Passivität (vgl. Bardi / Calossi 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 160; Webb 2002).

Bei rückgängigen Mitgliederzahlen ist eine sinkende Bereitschaft politischer Partizipation zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist auch die stetig abnehmende Anzahl an StammwählerInnen zu nennen, welche auf eine schwindende Parteiidentifikation unter den BürgerInnen hin deutet. Eine Aufweichung der Partei-Wähler Bindung wird darüber hinaus durch die bereits erwähnte Tatsache bekräftigt, dass NichtwählerInnen mehrheitlich angeben, keine Parteipräferenz zu haben (vgl.

⁴⁹ Eine Protestwahl ist ein Wahlverhalten, dass die Unzufriedenheit mit der bisher bevorzugten Partei zum Ausdruck bringt indem eine andere Partei gewählt wird. Die Identifikation mit der aus Protest gewählten Partei ist keine Voraussetzung.

Völker / Völker 1998, 120). In der Untersuchung von Thomas Kleinhenz ergibt sich folgender Befund: die Parteibindung der BürgerInnen erweist sich als bedeutenderer Inklusionsmechanismus als das politische Interesse. Demnach gehen politisch desinteressierte BürgerInnen mit Parteibindung eher wählen als politisch interessierte parteilose BürgerInnen. Die Parteiidentifikation stellt somit einen starken Inklusionsmechanismus im Sinne der sozialen Integration dar (vgl. Kleinhenz 1995, 143f.). Die Entkoppelung von Parteien erfolgt zwischen denjenigen ohne und denjenigen mit Bindung lediglich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. BürgerInnen, die bereits einmal eine Entkoppelung erfahren haben, fällt es leichter „sich auch von anderen Bindungen frei zu machen“ (ebd., 192). Die Mitgliedschaft in einer Partei wirkt sich positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Das gilt vor allem für Parteimitglieder, die sich aktiv in einer Partei engagieren. Sie werden als Parteiaktivisten bezeichnet (vgl. Völker / Völker 1998,).

Parteiidentifikation nimmt in allen für diese Arbeit herangezogenen Theorien und Erklärungsmodellen des Wahlverhaltens der BürgerInnen eine wichtige Rolle ein. Dass eine stärkere Identifikation mit einer Partei, die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung erhöht und hingegen schwindende Bindungen beteiligungshemmend wirken, kann nach der Untersuchung der Partei-Wähler Bindung bestätigt werden.

3.4 Erklärungsfaktoren II: Politische Einstellung

Nach der Auseinandersetzung mit den sozialstrukturellen und den sozioökonomischen Merkmalen der NichtwählerInnen, werden ihre politischen Einstellungen analysiert. Die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist bei einer schwindenden Kongruenz zwischen Beteiligten und Betroffenen gefährdet. Gleichfalls stellen mögliche Unterschiede zwischen den WählerInnen und NichtwählerInnen hinsichtlich ihres politischen Interesses, ihrem Vertrauen gegenüber öffentlichen Institutionen und ihrer Demokratiezufriedenheit, eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie dar. Über die politische Einstellung erfahren wir darüber hinaus mehr über den Grad an politischer Unterstützung der Demokratie durch WählerInnen und NichtwählerInnen.

Ein weit verbreitetes Vorurteil lautet, NichtwählerInnen seien populismusanfälliger als WählerInnen und leichter für rechtsradikale Politik zu mobilisieren. Diese Befürchtung ist nicht neu: „Yet the

present situation perpetuates a standing danger that the half of the American electorate which is now more or less entirely outside the universe of active politics may someday be mobilized in substantial degree by totalitarian or quasi-totalitarian appeals“ (Burnham 1965). Anhand der (politisch) ideologischen Selbsteinschätzung der NichtwählerInnen jedoch, können sie als „Bürger der Mitte“ bezeichnet werden.⁵⁰ NichtwählerInnen befürworten totalitäre Systeme nicht häufiger als WählerInnen. Sie positionieren sich aufgrund ihrer oftmals fehlenden politischen Orientierung viel seltener an den Rändern des politischen Spektrums als WählerInnen. Sie stellen daher keine Gefahr durch eine systemfeindliche Gesinnung dar. Ganz im Gegenteil: NichtwählerInnen weisen eine durchwegs hohe Zustimmung gegenüber der Demokratie als politisches System auf.⁵¹

3.4.1 Politisches Interesse

Ein Paradigma innerhalb der NichtwählerInnenforschung lautet, dass BürgerInnen vor allem dann leicht zu mobilisieren sind, wenn sie über ein gewisses Maß an politischem Interesse verfügen.⁵² Politisches Interesse als Form politischen Engagements bildet die Grundlage für die Auseinandersetzung mit allen notwendigen politischen Informationen, die den BürgerInnen erlaubt ihre Interessen durch politische Partizipation zu artikulieren. Politisches Interesse ist also ein grundlegender Aspekt für die Teilhabe an politischen Prozessen.

Die Untersuchung des politischen Interesses in einzelnen europäischen Ländern (Abb. 3) zeigt, dass es einen signifikanten Unterschied zwischen einzelnen Staaten sowie zwischen west- und osteuropäischen Ländern gibt. Der durchschnittliche Wert für die in Abbildung 3 dargestellten westeuropäischen Staaten ist mit 47 Prozent politisch interessierter BürgerInnen (2002/2003) relativ niedrig. Der Sammelband von DeBardeleben und Pammet weist mit 55,3 Prozent ein ähnliches Ergebnis auf.⁵³

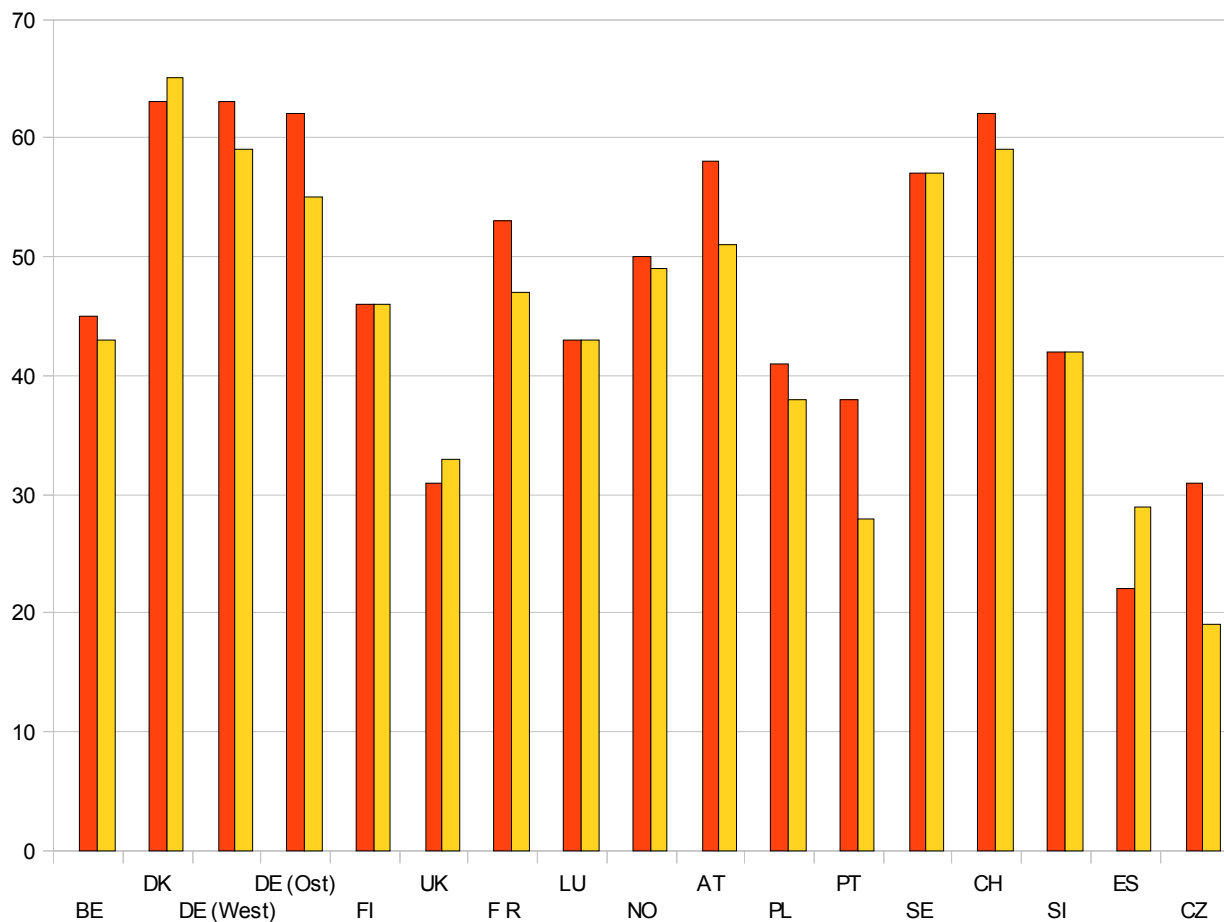
50 Vgl. Kleinhenz 1995, 116f.; Völker/Völker 1998; de Nève 2009.

51 In Kapitel. 3.4.2 wird das hierfür zentrale Thema der Demokratiezufriedenheit näher betrachtet.

52 Diese Annahme findet sich ebenso in den Theorien und Erklärungsmodellen dieser Arbeit wieder.

53 Es wurde das politische Interesse (großes und mittleres) der folgenden acht westlichen Demokratien für den Zeitraum von 2000-2001 auf Datengrundlage des CID Projektes („Citizens, Involvement, Democracy“) ermittelt: Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.

Abb. 3: Politisches Interesse in Europa (Alle Angaben in Prozent)



Quelle: APuZ 30-31/2006, 32. Diese Abbildung stellt das politische Interesse der BürgerInnen ausgewählter europäischer Staaten im Zeitraum von 2002 bis 2004 dar. Der jeweils erste Balken (orange) bezieht sich auf die Jahre 2002/2003. Der zweite Balken (gelb) bezieht sich auf das Jahr 2004. Die hier abgebildeten Werte basieren auf dem Datensatz des European Social Survey (ESS) und geben lediglich die Antworten „sehr interessiert“ und „ziemlich interessiert“ wieder. Eigene Darstellung.

Das politische Interesse der BürgerInnen im Zeitverlauf verzeichnet in den Untersuchungen Kleinhenz in Deutschland einen Anstieg bis in die frühen 1990er Jahre. Daraus folgt, dass sich bei der gleichzeitig steigenden Wahlenthaltung ein zunehmender Anteil politisch interessierter BürgerInnen unter den NichtwählerInnen befindet. Dies lässt wiederum vermuten, dass politisch interessierte BürgerInnen vor allem dann nicht wählen gehen, wenn „andere beteiligungshemmende Faktoren hinzukommen“ (Kleinhenz 1995, 138). Denn das politische Interesse gilt in allen für diese Arbeit herangezogenen Untersuchungen als ein Merkmal, dass die politische Partizipationsbereitschaft des Individuums erhöht. Eine plausible Erklärung für dieses Phänomen lautet, dass nicht vorhandenes politisches Interesse der BürgerInnen in Kombination mit gering eingeschätzter politischer Kompetenz zur Wahlenthaltung führt.

Anhand des Beispiels Deutschland zeigt sich ein Phänomen, das es auch in vielen anderen europäischen Staaten gibt: der Anteil der NichtwählerInnen unter denjenigen mit kaum oder gar nicht vorhandenem politischem Interesse ist weitaus höher als bei denjenigen der WählerInnen (de Nève 2009, 145f.). NichtwählerInnen zeigen seltener ein intensives Interesse an Politik als WählerInnen. Es besteht ein signifikanter Unterschied zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen, der die eingangs erwähnte Vermutung bestätigt, dass das politische Interesse einen bedeutenden Indikator für die Wahlbeteiligung darstellt.

Die Verinnerlichung der Wahl als staatsbürgerliche Pflicht soll ebenfalls im Kontext des politischen Interesses berücksichtigt werden. Die Verinnerlichung der Wahlnorm ist zwar in vielen Teilen der Bevölkerung vorhanden und zählt zu den beteiligungsfördernden Faktoren. Viele NichtwählerInnen geben ebenfalls an, die Wahlnorm verinnerlicht zu haben (vgl. ebd.). Diese widersprüchliche Beobachtung ergibt sich vermutlich aus der Tatsache, dass es sich weniger um einen Verstoß „gegen ihre eigenen normativen Vorstellungen“⁵⁵ handelt, sondern eher um die Folgen eines wachsenden Wohlstandes und eines höheren Bildungsniveaus.⁵⁵ Wie bereits in der Theorie des Wertewandels beschrieben, können solche gesellschaftlichen Veränderungen trotz vorhandener Wahlnorm Ursachen sein, die „Politik nicht mehr als notwendige[n] Teil sozialer Konflikte“ erscheinen lässt (Neller / van Deth 2006, 31.). Die normative Erwartung der BürgerInnen, wählen als staatsbürgerliche Pflicht zu betrachten, kann in die Untersuchung der politischen Unterstützung miteinbezogen werden.⁵⁶ Im Sammelband von DeBardeleben und Pammet ergibt sich darüber hinaus, dass vor allem die unter 30 jährigen BürgerInnen in allen untersuchten westeuropäischen Ländern⁵⁷ weitaus seltener die Wahl als staatsbürgerliche Pflicht verinnerlicht haben als der Rest der BürgerInnen.

3.4.2 Demokratiezufriedenheit

Die Variable der Demokratiezufriedenheit soll zuerst im Zeitverlauf betrachtet werden, um in einem zweiten Schritt auf ihre Auswirkungen auf die Bereitschaft politischer Partizipation näher

55 De Nève 2009, 150.

55 Diese beiden zentralen gesellschaftlichen Entwicklungen sind vor allem seit den 1980er Jahre nachweisbar.

56 Es erfolgt eine Untersuchung politischer Unterstützung durch das Modell David Eastons in Kapitel 4.1.

57 Untersucht wurden hier in alphabetischer Reihenfolge die Länder Dänemark, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und in getrennter Form, West- und Ostdeutschland (Elklit/Togeby 2009; In: Debardeleben/Pammet 2009, 95f.).

einzuweisen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie als politisches System beziehungsweise mit dem Funktionieren der Demokratie gilt als Form politischer Unterstützung und wird auch in Kapitel 4.1 behandelt werden.

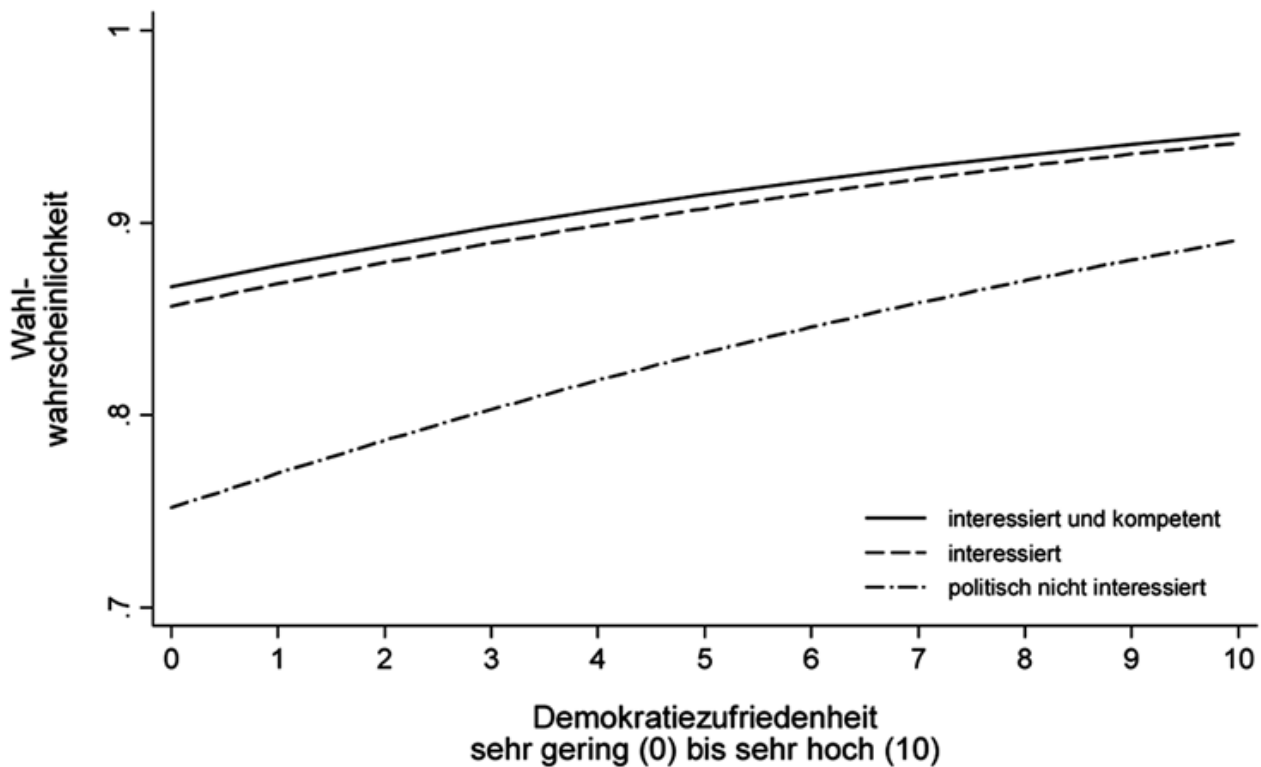
Die Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System ist in den Untersuchungen Thomas Kleinhenz' im Zeitraum von 1983 bis 1993 rückläufig. Für den selben Zeitraum stieg der Anteil der NichtwählerInnen unter demokratieunzufriedenen BürgerInnen schneller als bei den BürgerInnen, die mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden waren (vgl. Kleinhenz 1995, 160f.). Die Untersuchung von Völker und Völker ergab ebenfalls eine steigende Unzufriedenheit mit der Demokratie. Der Anteil der unzufriedenen NichtwählerInnen liegt weit über dem der WählerInnen.⁵⁸ Die aktuelleren Befunde von Dorothée de Nève ergänzen das Bild eines höheren NichtwählerInnenanteils unter den demokratieunzufriedenen BürgerInnen durch eine - bis auf wenige Ausnahmen - internationale Gültigkeit.⁵⁹

Wird, wie in Abbildung 4, die Demokratiezufriedenheit der BürgerInnen anhand einer Skala von 0 (sehr gering) bis 10 (sehr hoch) gemessen, dann zeigt sich dass je höher die Demokratiezufriedenheit ist, dass auch die Wahlwahrscheinlichkeit steigt. Politisch interessierte Personen weisen auch mit geringer Demokratiezufriedenheit eine relativ große Wahlwahrscheinlichkeit auf. Bei politisch nicht interessierten Personen hingegen erreicht die Wahlwahrscheinlichkeit auch bei hoher Demokratiezufriedenheit nicht annähernd die Werte wie bei politisch interessierten Personen.

58 Auch wenn Marion und Bernd Völker die Wahlbeteiligungsabsicht untersuchen, so werden in ihrer Arbeit dennoch die Anteile der NichtwählerInnen ermittelt (vgl. Völker/Völker 1998, 164f.).

59 Diese Befunde beziehen sich einerseits auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und andererseits auf die Aussage, dass die Demokratie die beste aller denkbaren Staatsformen ist (vgl. de Nève 2009, 172ff.).

Abb. 4: Demokratiezufriedenheit und Wahlwahrscheinlichkeit in Deutschland⁶⁰



Quelle: Schäfer 2010, 4, 141.

3.4.3 Vertrauen in politische Institutionen

Im Kontext der politischen Einstellungen der NichtwählerInnen wird das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Institutionen untersucht. Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für die „Effektivität des Regierungshandelns“, da das Vertrauen in die politischen Institutionen für die BürgerInnen die Basis schafft, „politische Entscheidungen freiwillig zu befolgen und auch solche Entscheidungen zu akzeptieren, die kurzfristig den eigenen Interessen zuwiderlaufen“.⁶¹ Ein Vertrauensverlust ist besonders dann problematisch, „wenn er sich zu einem grundsätzlichen Misstrauen gegen das politische System und die politischen Institutionen entwickelt“ (de Nève 2009, 178). Häufig werden Indikatoren wie zum Beispiel das Vertrauen in die Bundesregierung, Gewerkschaften oder Parteien gleichermaßen zu den gesellschaftlichen und politischen

⁶⁰ Armin Schäfer stellt in dieser Abbildung die Wahlwahrscheinlichkeit eines Mannes dar, „dessen Alter, Einkommen, Bildung, Religiosität, links-rechts Verortung und Partizipationsverhalten dem Durchschnitt entsprechen, wenn die Demokratiezufriedenheit, das politische Interesse und die politische Kompetenz variiert werden“. Als Datengrundlage dienen ihm hier Erhebungen des *European Social Survey* (Schäfer 2010, 141).

⁶¹ Vgl. Gabriel/Zmerli 2006; In: APuZ 30-31/2006, 10.

Institutionen gezählt.

Thomas Kleinhenz konnte für den Zeitraum von 1979 bis 1993, vor allem ab den 1990er Jahren, einen Vertrauensverlust der BürgerInnen in politische Institutionen nachweisen. Hiervon waren vor allem die Bundesregierung, die Parteien und der Bundestag betroffen (vgl. Kleinhenz 1995, 163f.). Des Weiteren ergab sich für die Gruppe der NichtwählerInnen ein im Verhältnis zu den WählerInnen schnelleren Vertrauensverlust in die genannten Institutionen (vgl. ebd., 165). Kleinhenz sieht jedoch aufgrund fehlender Indizien für eine politische Entfremdung der NichtwählerInnen keinen tatsächlichen Trend steigender Unzufriedenheit mit der Demokratie als politisches System, sondern viel eher einen Nachweis für das Aufkommen einer Parteien- und Politikerverdrossenheit (Kap. 3.2.3.2). Hinsichtlich der in Kapitel 4.2 erfolgenden Untersuchung des Verhältnisses von sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation muss folgendem Befund für den Zeitraum von 1979 bis 1993 besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: wirtschaftliche Unzufriedenheit der BürgerInnen führt zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung und vergrößert im Allgemeinen die politische Unzufriedenheit der Betroffenen (vgl. ebd., 180f.). Kleinhenz bezieht die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage gleichermaßen mit ein. Davon ausgehend, dass vor allem BürgerInnen mit einem geringen sozioökonomischen Status eine erhöhte wirtschaftliche Unzufriedenheit aufweisen, scheint sich die eingangs erwähnte These eines Bedeutungszuwachses der sozioökonomischen Merkmale zu bewahrheiten.

Um nun wieder an das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Institutionen anzuschließen, kann zumindest für Deutschland in aktuellen Untersuchungen keine Fortsetzung des Vertrauensverlustes gegenüber politischen Institutionen nachgewiesen werden.⁶² Doch kann der erste Befund, dass in Deutschland NichtwählerInnen weniger Vertrauen als WählerInnen gegenüber den politischen Institutionen aufweisen bestätigt werden. Dieser Befund bestätigt sich ebenfalls für viele andere europäische Staaten. In Belgien haben in etwa die Hälfte aller NichtwählerInnen kein Vertrauen gegenüber den politischen Institutionen. In den Niederlanden hingegen sind nur knapp über 10 Prozent der NichtwählerInnen ohne jeglichem Vertrauen (vgl. de Nève 2009, Abb. 91, 179). Für alle von de Nève untersuchten Länder gilt dennoch, dass NichtwählerInnen diejenigen BürgerInnen sind, die das geringste Vertrauen in die politischen Institutionen aufweisen.

62 Vgl. de Nève 2009, 178f.

3.4.4 Politische Kompetenz

Der Begriff „political efficacy“ soll, den Ausführungen in Kapitel 3.2.1 folgend, als die subjektive Wahrnehmung der eigenen politischen Kompetenz und des eigenen politischen Einflusses betrachtet werden. Die individuelle Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz gibt Aufschluss über das mögliche Wahlverhalten der befragten BürgerInnen. Grob gesagt, ist die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung bei Personen, die ihre eigenen politischen Fähigkeiten gering einschätzen, größer als bei Personen, die ihre eigene politische Kompetenz hoch einschätzen. Der Einfluss der politischen Kompetenz auf die Wahlbeteiligung ist größer, wenn zum Beispiel das politische Interesse der BürgerInnen oder der Grad an Demokratiezufriedenheit größer ist.

Aufgrund der beschränkten Datenlage für eine Betrachtung der politischen Kompetenz der BürgerInnen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Politik und die Regierung im Zeitverlauf können lediglich die Untersuchungen de Nèves herangezogen werden. Die Anteile der BürgerInnen, vor allem der NichtwählerInnen, welche ihre eigenen politischen Kompetenzen gering einschätzen, unterliegen zwischen den einzelnen untersuchten Ländern enormen Schwankungen. Es sind jedoch bis auf wenige Ausnahmen⁶³ überwiegend NichtwählerInnen, die ihre politischen Kompetenzen im Vergleich zu den WählerInnen geringer einschätzen. Für Deutschland ergab sich beispielsweise der Befund, dass die Differenz zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen hinsichtlich ihres selbst eingeschätzten Einflusses auf die nationale Politik knapp 15 Prozent beträgt (vgl. de Nève 2009, 166f). In Bezug auf den Einfluss auf die Regierung fällt diese Divergenz noch gravierender aus. In Deutschland geben knapp 80 Prozent aller NichtwählerInnen an, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben (ebd., 168). Dies lässt vermuten, dass hierin eine zentrale Ursache für die Wahlenthaltung der BürgerInnen liegt. Die Wahlbeteiligung erscheint vor dem Hintergrund einer gering bis gar nicht vorhanden eingeschätzten politischen Kompetenz wenig sinnvoll. Dieses Szenario bietet auch bezüglich der geringen Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen einen Erklärungsfaktor.

63 Zu nennen sind hier die skandinavischen Länder Finnland, Schweden und Norwegen (de Nève 2009, 166f).

3.5 Erklärungsfaktoren III: Sozioökonomischer Status

3.5.1 Sozioökonomische Merkmale

Die Untersuchung sozioökonomischer Merkmale ist für die Beantwortung der zentralen Forschungsfragen vor allem deshalb von besonderem Interesse, da die politische Partizipation der BürgerInnen ein gewisses Maß an kognitiven und materiellen Ressourcen erfordert. Ressourcentheoretische Ansätze gehen davon aus, dass bei einer höheren Ressourcenverfügbarkeit (Bildung, Einkommen) auch die Bereitschaft politisch zu partizipieren erhöht ist. Folglich wird die Bereitschaft politischer Partizipation vermindert, desto geringer die Ressourcenverfügbarkeit ist. Sozioökonomische Merkmale sind Teil des sozioökonomischen Status. Der sozioökonomische Status setzt sich in dieser Arbeit aus drei Variablen zusammen: Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen. Die folgende Untersuchung wird getrennt von den sozialstrukturellen Merkmalen vorgenommen, da somit die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage ermöglicht wird, da die Schwerpunktsetzung auf die Betrachtung der Prekarisierung eine ständige Bezugnahme auf den Erklärungsfaktor des sozioökonomischen Status erfordert.

Aus dem Werk von Marion und Bernd Völker geht hervor, dass bei der Betrachtung der sozioökonomischen Variablen vor allem die Selbsteinschätzung der BürgerInnen eine besondere Rolle spielt. So ist vor allem die Wahlbeteiligungsabsicht bei den befragten Personen gering, die „sich hinsichtlich ihrer beruflichen Stellung weiter 'unten' verorten“ (Völker / Völker 1998, 108). Untersuchungen ergaben, dass stärker entwickelte Länder, vor allem die Industrienationen, eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen. Dies liegt vor allem daran, dass der Bevölkerung mehr Ressourcen zur Verfügung stehen (vgl. DeBardleben / Pammet 2009).

Die Analyse sozioökonomischer Merkmale ist des Weiteren von großer Wichtigkeit, da die Kosten einer Wahlbeteiligung zwar sehr gering sind, aber eine Vielzahl der BürgerInnen nicht wählen geht. Der sozioökonomische Status der NichtwählerInnen kann einen Erklärungsfaktor für die Wahlenthaltung eines Großteils der BürgerInnen trotz geringem Ressourcenaufwands bei „first-order“ Wahlen darstellen. Die ausgewählten Variablen, Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen geben eventuell Auskunft über den Zusammenhang zwischen individueller Ressourcenverfügbarkeit und der Wahlbeteiligung. Darüber hinaus sind diese Variablen auch im

3.5.1.1 Bildung

Bildung gilt im Kontext sozioökonomischer Merkmale als eine der wichtigsten Variablen. Für die Untersuchung ist sie deshalb von großem Interesse, da empirische Untersuchungen der letzten beiden Jahrzehnte eine starke Überrepräsentation der bildungsfernen gesellschaftlichen Gruppen in der Gruppe der NichtwählerInnen nachweisen konnten (Kleinhenz 1995). Für die meisten der bei de Nève untersuchten Länder bestätigt sich dieser Befund (vgl. de Nève 2009, 115). Jedoch lassen bestehende Untersuchungen keine allgemeingültigen Aussagen zu, vor allem nicht da sich eindeutige Befunde nur bei den niedrigsten und höchsten Bildungsstufen nachweisen lassen. GrundschulabsolventInnen sind unter den NichtwählerInnen stark überrepräsentiert. HochschulabsolventInnen hingegen sind in der Gruppe der NichtwählerInnen stark unterrepräsentiert (ebd., 119).

Thomas Kleinhenz stellte in Deutschland für den Zeitraum von 1980 bis 1992 den höchsten NichtwählerInnenanteil bei Personen ohne Schulabschluss fest. Mehr als ein Drittel aller Personen ohne Schulabschluss sind NichtwählerInnen. Über 20 Prozent der HauptschulabsolventInnen blieben Anfang der 90er Jahre der Wahl fern. Knapp 10 Prozent der höher gebildeten Personen (AbiturientInnen und HochschulabsolventInnen) sind nicht wählen gegangen (vgl. Kleinhenz 1995, 105; Völker / Völker 1998, 107). Diese ersten Befunde zeigen, dass eine geringe Bildung ein Erklärungsfaktor für eine größere Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung ist. Im Zeitverlauf betrachtet zeigt sich, dass die Differenz zwischen den NichtwählerInnen mit Hochschulabschluss und denjenigen mit Sekundärschulabschluss größer wird. Diese Differenz wird ebenfalls durch die Befunde von de Nève bestätigt (vgl. de Nève 2009, 117ff.). Eine geringere Bildung kann nach diesen Ausführungen als ein beteiligungshemmender Faktor bezeichnet werden.

3.5.1.2 Erwerbsstruktur und Einkommen

Die beiden Variablen Erwerbsstruktur und Einkommen werden in die Untersuchungen der Prekarisierung miteinbezogen und sollen in ausführlicherer Form dargestellt werden. Wie sich

64 Eine präzise Auseinandersetzung mit dieser Thematik erfolgt in Kapitel 4.2.

zeigen wird, nimmt die Analyse des Einkommens im Zusammenhang mit der Bereitschaft politischer Partizipation eine elementare Rolle ein. Das Einkommen als Erklärungsfaktor für das Wahlverhalten der BürgerInnen wird in weiterer Folge als Teilaspekt des sozioökonomischen Status, der für die Untersuchung der Prekarisierung relevant ist, betrachtet.

Die Untersuchung von Thomas Kleinhenz ergab keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung. Lediglich BeamtInnen partizipieren überdurchschnittlich häufig an Wahlen (vgl. Kleinhenz 1995 106ff.; Völker / Völker 1998, 108). Das weit verbreitete Vorurteil, dass arbeitslose BürgerInnen kaum an Politik interessiert seien und sich auch nicht durch politische Partizipation am öffentlichen Leben beteiligen würden, kann anhand dieser ersten frühen Untersuchungen von NichtwählerInnen nicht bestätigt werden. Einen ähnlichen Befund erhalten wir bei de Nève. BürgerInnen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, weisen in allen untersuchten Ländern einen geringen NichtwählerInnenanteil auf. Ein gegenteiliger Befund ergibt sich bei den arbeitslosen NichtwählerInnen und WählerInnen. Die Anteile arbeitsloser NichtwählerInnen liegen in allen untersuchten Ländern über den der arbeitslosen WählerInnen (vgl. de Nève 2009, 125ff.). Im Zeitverlauf betrachtet, hat der Anteil der NichtwählerInnen bei Personen ohne Beschäftigung zugenommen. Arbeitslosigkeit ist somit ein beteiligungshemmender Faktor. Je höher die eigene Arbeitsposition eingeschätzt wird, umso höher ist auch die Bereitschaft sich an Wahlen zu beteiligen.

Das persönliche Einkommen und das Haushaltseinkommen geben in den Untersuchungen von Thomas Kleinhenz und Marion und Bernd Völker keinen Aufschluss über Ursachen der Wahlenthaltung. Eine etwas stärkere Überrepräsentation bei NichtwählerInnen ist nur für die BürgerInnen mit der geringsten Bildung und einem unterdurchschnittlichen Einkommen nachweisbar (vgl. Kleinhenz 1995, 108f.). Da für die Betrachtung des Einkommens und der Bereitschaft politischer Partizipation das persönliche Einkommen zwar eine Rolle spielt, jedoch eine zu eindimensionale Herangehensweise bedeuten würde, soll der Fokus auf das Haushaltseinkommen gerichtet werden. Die Begründung für dieses Vorgehen liegt in der Überlegung, dass das persönliche Einkommen Teil des Haushaltseinkommens ist. Ein niedriges persönliches Einkommen kann durch das Haushaltseinkommen kompensiert werden.

Bezieht man nun diesem Schema folgend aktuellere Untersuchungen mit ein, ergibt sich ein signifikanter Unterschied zwischen den WählerInnen und NichtwählerInnen in den Bevölkerungsteilen mit niedrigem Haushaltseinkommen. Mit einer einzigen Ausnahme (Finnland)

liegt der Anteil der NichtwählerInnen in der Gruppe mit geringem Haushaltseinkommen über dem der WählerInnen (vgl. de Nève 2009, 131). In der Gruppe mit hohem Haushaltseinkommen gibt es mehr WählerInnen als NichtwählerInnen (vgl. ebd., 132). Für Deutschland ergibt sich diesbezüglich ein gravierender Befund: 41,9 Prozent der NichtwählerInnen verfügen über ein geringes Haushaltseinkommen. Bei den WählerInnen haben nur 23,9 Prozent ein geringes Haushaltseinkommen. Noch gravierender ist die Situation von NichtwählerInnen mit einem niedrigem Haushaltseinkommen in Portugal und Dänemark mit über 50 Prozent (ebd., 131). Die Untersuchung des persönlichen Einkommens zeigt ähnliche Befunde wie die Untersuchung des Haushaltseinkommens. Der Zusammenhang von (Haushalts-)Einkommen und politischer Partizipation wird dadurch verdeutlicht. Ein niedriges Einkommen stellt somit einen beteiligungshemmenden Faktor dar. Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung der BürgerInnen steigt bei geringem Einkommen.

3.6 Erklärungsfaktoren IV: Prekarisierung

Nach der Auseinandersetzung mit der Thematik der NichtwählerInnen, ihren sozialstrukturellen sowie sozioökonomischen Merkmalen und ihren politischen Einstellungen, folgt die Analyse des zweiten Schwerpunktes dieser Arbeit. Wie bereits in der Einleitung (Kap 1.2) erwähnt wurde, kann Prekarisierung die Ressourcenverfügbarkeit der Betroffenen einschränken. Wenn also BürgerInnen aufgrund einer prekären Lebenslage einen geringen sozioökonomischen Status aufweisen, hat dies unter anderem Auswirkungen auf deren politisches Partizipationsverhalten. Die Untersuchung der NichtwählerInnen, insbesondere im vorhergehenden Kapitel 3.5, bestätigte die Annahme, dass ein geringer sozioökonomischer Status die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöht und zu einer geringen Unterstützung des politischen Systems führt. Prekarisierung kann demnach zu dem bereits erwähnten Krisenszenario der repräsentativen Demokratie beitragen.⁶⁵ Es ist daher besonders wichtig, die unterschiedlichen Formen von Prekarität und vor allem deren Ausmaß zu untersuchen.

Das Normalarbeitsverhältnis, die Erwerbsarbeit, ist die zentrale Arbeitsform in den Industriegesellschaften. Phänomene wie Massenarbeitslosigkeit und Flexibilisierung weiten Formen atypischer Beschäftigungsverhältnisse immer stärker aus und machen das soziale „Sicherheitsnetz“

⁶⁵ Siehe Kapitel 2.3.1.

durchlässiger. Der Wohlfahrtsstaat erfasst nicht alle Personen, die staatliche Hilfe benötigen. Die Anzahl an Teilzeit- und so genannten „Minijobs“ ist gestiegen (vgl. König / Schmidt / Sicking 2009, 131, 151, 167). Das Schlagwort „Prekarität“ nimmt immer mehr eine dominante Rolle ein. Dieses unter anderem das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft titulierende Schlagwort bedeutet in seiner lateinischen Ursprungsform „unischer“ beziehungsweise „aus Gnade gewährt“ (vgl. Altenhain / Roscher 2008, 122). Bei der Begrifflichkeit des Prekären ist jedoch seine Bedeutung für diejenigen, die davon betroffen sind, entscheidend. Auch wenn die Prekarität vielmehr als ein Prozess und weniger als ein Zustand begriffen werden muss, weist diese oftmals auf Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne existenzsicherndes Einkommen hin. Die hiervon betroffenen gesellschaftlichen Bereiche wie Haushalt, Handel, Gastronomie, Transport, Pflege, Werbeagenturen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und viele mehr lassen die Prekarisierung als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess erscheinen. Dies ähnelt dem Phänomen eines steigenden NichtwählerInnenanteils. Es ist nicht festgeschrieben, dass eine prekäre Erwerbslage zu einer prekären Lebenslage führen muss. Die Haushaltssituation kann die prekäre Lebenslage eines Individuums abfedern. Dies ist mitunter ein Grund, weshalb in Kapitel 3.5.2 die Betrachtung des Haushaltseinkommens im Gegensatz zum persönlichen Einkommen vordergründig war.

Da der Begriff der Prekarisierung eine Vielzahl an Bedeutungen hat, ist es wichtig eine möglichst präzise Definition für die Untersuchung der Forschungsfragen zu erarbeiten. Nach einer einführenden Betrachtung der Prekarisierung wird daher die Vielfalt an Bedeutungen und Begrifflichkeiten erläutert. Unter dem Titel des sozioökonomischen Wandels (Kap 3.6.3) wird eine Auseinandersetzung mit dem Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses erfolgen, um das Ausmaß prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu veranschaulichen. Diese Vorgehensweise schafft die theoretische Basis für die in Kapitel 4.2 unternommene Untersuchung des Zusammenhangs von sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation. Dabei wird vor allem den möglichen Auswirkungen einer voranschreitenden Prekarisierung auf die Wahlbeteiligung der BürgerInnen der in dieser Arbeit behandelten europäischen Demokratien besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Begriff der Prekarität verweist in erster Linie auf den Verlust „sozialer Sicherheiten und der Zunahme von Exklusionstendenzen“ (König / Schmidt / Sicking 2009, 131). Die Zunahme „unsicherer und nicht existenzsichernder Beschäftigungsformen“ erzeugt in weiterer Folge eine „Zone der Prekarität“ (König / Schmidt / Sicking 2009, 132). Diese „Zone der Prekarität“ wird in dieser Arbeit näher erläutert und gemeinsam mit den beiden Wissenschaftlern, Pierre Bourdieu und Robert Castel, die theoretische Ausgangslage für die folgende Untersuchung bilden. Das 3-Zonen-

Modell von Robert Castel wird ebenfalls in die Betrachtung mit einfließen.

Eine zunehmende Prekarisierung der Gesellschaft wird vor allem vor dem Hintergrund betrachtet, dass politische Partizipation auch von sozialstrukturellen und sozioökonomischen Merkmalen der BürgerInnen abhängt. Eine Hypothese dieser Arbeit lautet, dass Personen in prekären Lebenslagen seltener unkonventionelle Partizipationsformen wahrnehmen als Personen mit einem höheren sozioökonomischen Status. Diese Hypothese ergibt sich aus folgender Überlegung: der Anteil an BürgerInnen, die sich an unkonventionellen Partizipationsformen beteiligen, ist sehr gering (Kap. 2.2.5). Da die Inanspruchnahme dieser Beteiligungsformen ein weitaus höheres Maß an kognitiven und materiellen Ressourcen als die Wahlbeteiligung voraussetzt, sind BürgerInnen mit einem geringen sozioökonomischen Status benachteiligt. Wie sich dies konkret auf das Wahlverhalten auswirkt, soll in Kapitel 4.2.1 untersucht werden.

Eine große Herausforderung bei der Untersuchung des Problems der Prekarisierung ist, dass sich die „Ausbreitung informeller Aktivitäten ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis und die Realität jenseits vereinbarter Verträge“ aus der Sicht empirischer Forschung den „herkömmlichen statistischen Methoden“ entziehen (Altenhain / Roscher 2008, 122). Der Fokus liegt daher auf statistisch erfassten, ausgewählten Beschäftigungsverhältnissen, die mit einem prekärem Potential einhergehen.

3.6.1 Bedeutung und Begrifflichkeit

Um sich dem Begriff der Prekarität nähern zu können, muss zunächst der Begriff des Normalarbeitsverhältnisses näher erläutert werden. Das Normalarbeitsverhältnis wird im Zuge dieser Arbeit als eine „unbefristete Vollzeitarbeit mit stabiler Entlohnung, beruflichen Status und familiärer Stellung im Rahmen betriebsförmiger Arbeitsorganisation und generöser Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung“ verstanden (König / Schmidt / Sicking 2009, 11). Die häufig im Kontext der Prekarisierung genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse bilden einen Schwerpunkt der Analyse. Diese nicht standardisierten Beschäftigungsformen setzen voraus, dass das Normalarbeitsverhältnis der Ausgangspunkt jeglicher Annäherung an die Thematik der Prekarisierung ist. Unter atypische Beschäftigungsformen fallen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit,

Zeitarbeit, die sogenannten „Ich-AGs“, „1-Euro-Jobs“ und so genannte „Mini-Jobs“.⁶⁶ Diese Formen nicht-standardisierter Beschäftigung weisen ein erhöhtes prekäres Potenzial auf.

Prekäre Arbeit wird im Folgenden durch drei zentrale Strukturmerkmale beschrieben: erstens reicht das Einkommen oftmals nicht für die Existenzsicherung der Betroffenen aus. Zweitens herrscht eine eingeschränkte Repräsentanz vor, indem zum Beispiel Gewerkschaften nicht vorhanden sind und eine Desintegration am Arbeitsplatz die Folge sein kann. Drittens ist eine prekäre Beschäftigungsform oftmals mit der Unterschreitung arbeits- und sozialrechtlicher Standards einhergehend (vgl. Dörre / Kraemer / Speidel 2004). Welche gesellschaftlichen Segmente besonders stark von einer zunehmenden Prekarisierung betroffen sind, ist schwer zu sagen. Folgende Herangehensweise soll mehr Klarheit verschaffen: „Dauerhafte Prekarität ist armutsnah und häufiger in unterprivilegierten Arbeitsmarktlagen anzutreffen. Hingegen ist temporäre, transitorische Prekarität wohlstandsnah und besonders in Mittelklassenlagen verbreitet“ (Giesecke / Groß 2002; Groh-Samberg 2004). Wenn für den weiteren Verlauf dieser Arbeit der Begriff der Prekarisierung als eine Form „defizitärer Inklusion“ verstanden wird, dann muss der damit einhergehenden massiven „Verunsicherung der individuellen und damit auch kollektiven Handlungsfähigkeit“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden (Altenhain / Roscher 2008, 70, 122).

Robert Castel bezeichnet die Prekarität als einen Prozess, als ein dynamisches Hin und Her zwischen „drinnen“ und „draußen“, zwischen „oben“ und „unten“ (vgl. Castel 2000). Dieser Prozess findet in einem Raum statt, innerhalb welchem Integration und Entkoppelung, Inklusion und Exklusion nahe bei einander liegen (vgl. Bourdieu 1998). Dieser Raum soll in die drei Castel'schen Zonen unterteilt werden. Für diese Untersuchung wird die „Zone der Fürsorge“ ausgespart, da sie in den meisten Studien und Debatten zu dieser Thematik nicht berücksichtigt wird (vgl. Dörre et al. 2006):

1. **Zone der Integration:** Der Teil der arbeitenden Bevölkerung, der sich in der „Zone der Integration“ befindet, ist im Regelfall durch ein geschütztes Normalarbeitsverhältnis sozial integriert.
2. **Zone der Prekarität:** Die „Zone der Prekarität“ liegt zwischen der Zone der Integration (Normalarbeitsverhältnis) und der Zone der Entkoppelung (von regulärer Erwerbsarbeit

⁶⁶ „Mini-Jobs“ und „1-Euro-Jobs“ sind vor allem für Deutschland charakteristische Formen prekärer Beschäftigung (vgl. Dörre et al. 2006, 22-34).

ausgeschlossene) (vgl. Castel 2000). Personen, die dieser Zone angehören, erleben aufgrund der sozialen Unsicherheit gleichzeitig die Gewissheit eines kaum möglichen Aufstiegs und die Ungewissheit eines möglichen Abstiegs.

3. **Zone der Entkoppelung:** Innerhalb der „Zone der Entkoppelung“ erschweren beziehungsweise verhindern Exklusionsmechanismen die soziale Integration der Betroffenen.

Diese drei Castel'schen Zonen sollen dabei helfen, einen groben Überblick über die Größe der Gruppe von Personen zu erhalten, die sich in einer prekären Lebenslage befinden und dadurch der Gefahr politischer Entfremdung stärker ausgesetzt sind als andere BürgerInnen. Denn die Prekarität kann als „negative Inklusion“ bezeichnet werden und erfüllt somit nicht die Merkmale struktureller Korrektheit, die für die Inklusion der Betroffenen nötig wären (Altenhain / Roscher 2008, 70). Der Fokus wird dabei auf der „Zone der Prekarität“ und der „Zone der Entkoppelung“ liegen, da diese beiden Zonen eine größere Wahrscheinlichkeit eines geringen sozioökonomischen Status der Betroffenen realistisch erscheinen lassen. Dies ermöglicht in weiterer Folge die Untersuchung des Zusammenhangs von Prekarisierung und politischer Partizipation und schafft die notwendigen Voraussetzungen, die Frage nach einem vorhandenen Krisenphänomen der Demokratie nach Möglichkeit zu beantworten.

An dieser Stelle muss noch einmal betont werden: ein prekäres Arbeitsverhältnis muss nicht gleichbedeutend mit einer prekären Lebenslage sein. Auch wenn beide Bereiche im Kontext dieser Untersuchung unter den Begriff der sozialen Unsicherheit fallen, sei darauf hingewiesen, dass bei der Betrachtung der Prekarität die bloße Beschränkung auf Beschäftigungsformen nicht ausreichend ist, da die Haushaltssituation zum Beispiel die Auswirkungen einer prekären Beschäftigung kompensieren kann. Des Weiteren können kurze Pausen zwischen den Berufswechseln in den Augen der Betroffenen erwünscht sein und müssen nicht gleich mit dem bereits erwähnten „Schwebezustand“ einhergehen. Eine „faktisch erzwungene regelmäßige Ableistung unbezahlter Überstunden“ als Teil der Unternehmenspolitik hingegen weist, obwohl ein unbefristetes und reguläres Arbeitsverhältnis vorliegt, viele Merkmale von Prekarität auf (Kraemer / Speidel 2004, 141). Es ist daher wichtig, den Begriff und die Bedeutung der Prekarität klar einzuordnen, da sonst Widersprüche entstehen.

3.6.2 Sozioökonomischer Status

An dieser Stelle soll die Untersuchung aus Kapitel 3.5 für den weiteren Verlauf der Arbeit und hinsichtlich der Forschungsfrage, welche Rolle die Prekarisierung als Erklärungsfaktor im Kontext steigender Wahlenthaltung innehat, noch einmal zusammengefasst und konkretisiert werden.

Der sozioökonomische Status bezeichnet ein Bündel an sozioökonomischen Merkmalen. Im Fall dieser Arbeit handelt es sich um die Bildung, die Erwerbsstruktur und das Einkommen der BürgerInnen. Alle Faktoren stellen einen Erklärungsfaktor für das Wahlverhalten der BürgerInnen dar und können auch einzeln, unabhängig voneinander betrachtet werden. Eine Bündelung dieser drei Variablen scheint jedoch sinnvoll, da die Untersuchung aller drei Variablen Unterschiede zwischen NichtwählerInnen und WählerInnen nachweisen konnte. Ein jeweils geringerer sozioökonomischer Status war vor allem ein Erklärungsfaktor für eine Wahlenthaltung der BürgerInnen. Dies bestätigt somit die bereits erwähnte Annahme, dass ein geringer sozioökonomischer Status die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöht.

Wann und wodurch ein geringer sozioökonomischer Status vorliegt, wird in den folgenden Abschnitten genauer untersucht. Dies ist für die Beantwortung der beiden Forschungsfragen unerlässlich, da so einerseits auf bisher vernachlässigte Faktoren der Wahlenthaltung eingegangen werden kann und gleichzeitig die Rolle der Prekarisierung innerhalb dieses Kontextes veranschaulicht wird.

3.6.3 Sozioökonomischer Wandel

Nachdem die Bedeutung des sozioökonomischen Status erläutert wurde, wird unter dem Titel des sozioökonomischen Wandels die Entwicklung am Arbeitsmarkt der letzten Jahre betrachtet. Dadurch sollen die Rahmenbedingungen für einen möglichen geringen sozioökonomischen Status der BürgerInnen sichtbar gemacht werden.

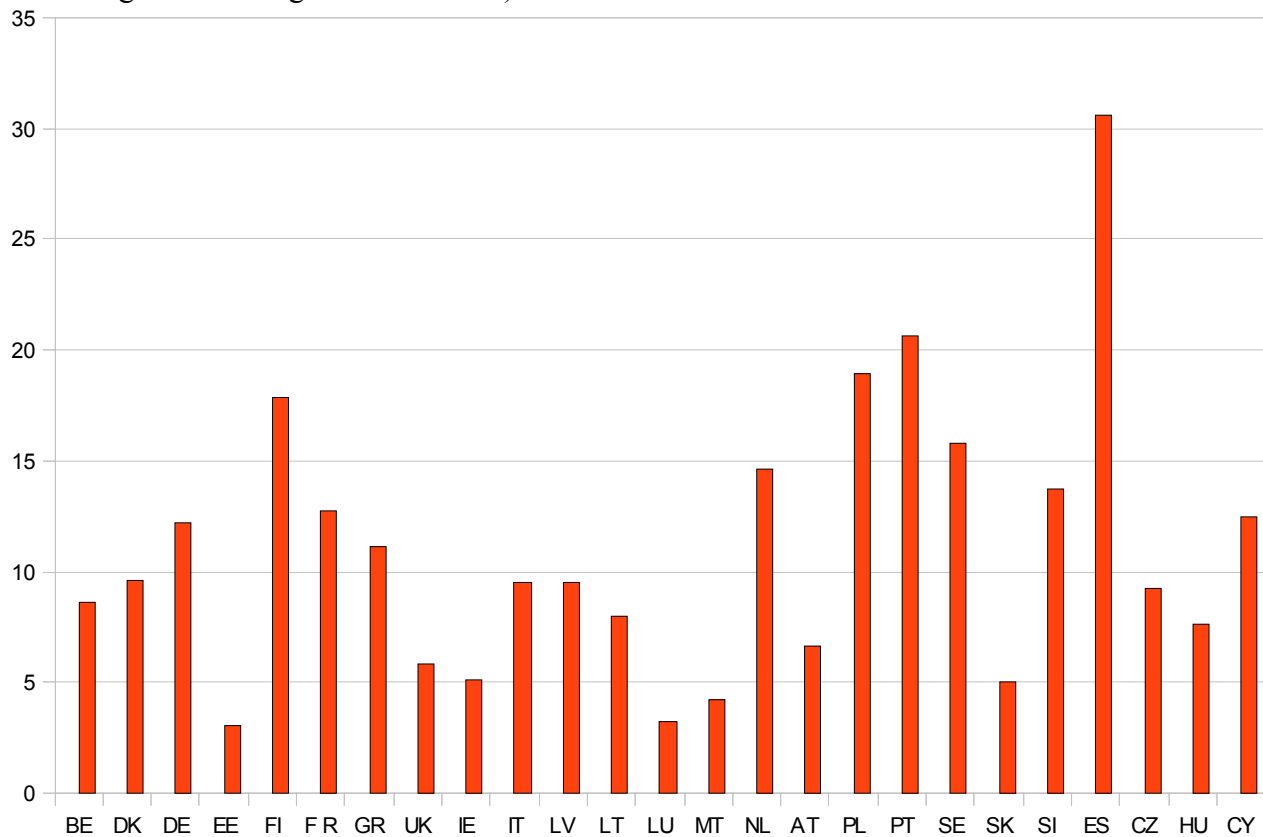
Soziale Unsicherheit ist nicht mehr ausschließlich ein Problem der Unterschicht, sondern auch vermehrt der Mittelschicht. Hoffnungen des Aufstiegs liegen eng zusammen mit der Furcht vor dem Abstieg. Die „Unterschreitung materieller, rechtlicher und sozialer Standards“ und die Unmöglichkeit einer kurz- wie langfristigen Existenzsicherung sind weitere, vor allem für die

Betrachtung des sozioökonomischen Wandels, Merkmale prekärer Beschäftigungsformen (vgl. König / Schmidt / Sicking 2009, 133). Die Ausweitung der Prekarisierung scheint in erster Konsequenz auf Kosten der „Hegemonie“ des unbefristeten Vertrages zu erfolgen (Castel 2000, 349). Erwerbsarbeit ist die zentrale Arbeitsform in den Industriegesellschaften. Auch heute gilt, was bereits seit Jahrzehnten gegolten hat: die Erwerbsarbeit hat eine enorme Integrationskraft. Sie ist identitätsstiftendes Objekt und subjektive Sinngebung zu gleich (vgl. König / Schmidt / Sicking 2009, 10). Sie ist somit bedeutungsvoll für die soziale Integration der erwerbstätigen BürgerInnen und beeinflusst das politische Partizipationsverhalten. Dass soziale Integration einen beteiligungsfördernden Faktor darstellt, wurde bereits anhand des Familienstandes, der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Parteimitgliedschaft in Kapitel 3.3 veranschaulicht.

Das Normalarbeitsverhältnis, welches für die Untersuchung eines sozioökonomischen Wandels nicht zu vernachlässigen ist, trifft auf einen dauerhaft vollzeitbeschäftigten, mit umfangreichen sozialen Rechten ausgestatteten Arbeitnehmer zu (vgl. Altenhain / Roscher 2008, 125). Ein nachweisbarer Anstieg an Teilzeitbeschäftigungen, so genannten „Mini-Jobs“ und eine vielerorts geforderte Flexibilisierung haben dazu beigetragen, dass die Arbeitssituation seit dem Ende des 20. Jahrhunderts immer prekärer geworden ist. Umso wichtiger ist es, sich das Ausmaß einer voranschreitenden Prekarisierung anhand von empirischen Befunden näher anzusehen. Eine große Palette an auswählbaren Datensätzen und statistischen Erhebungen auf nationaler als auch internationaler Ebene bieten die Grundlage für die Analyse.

Wie bereits in Kapitel 3.6.1 veranschaulicht wurde, fallen unter die Bezeichnung prekärer Arbeitsverhältnisse alle Beschäftigungsformen, die als atypische oder nicht-standardisierte Beschäftigungsverhältnisse bezeichnet werden. Im Folgenden werden das Ausmaß atypischer Beschäftigungsformen und deren Entwicklung unter anderem auch im Zeitverlauf betrachtet.

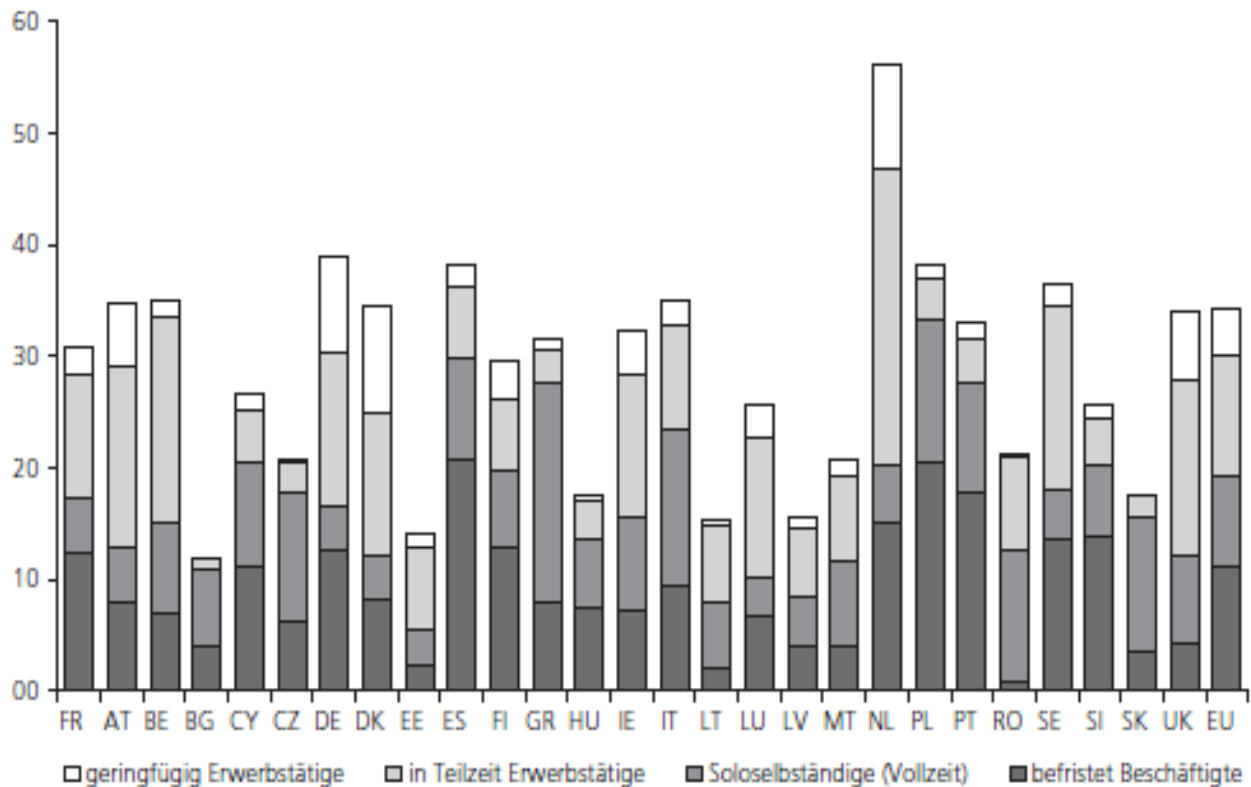
Abb. 5: Anteil Beschäftigter mit einem befristeten Arbeitsverhältnis (Gemessen an allen Beschäftigten. Alle Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt; In: FEB-Stiftung 2006. Die hier dargestellten Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung stammen aus dem Jahr 2003. Eigene Darstellung.

Der Anteil befristeter Arbeitsverträge (Abb. 5) lag 2003 im EU-Durchschnitt bei 12,8 Prozent. Der durchschnittliche Anteil befristeter Arbeitsverträge für die in dieser Arbeit herangezogenen europäischen Demokratien liegt bei 12,9 Prozent. In Deutschland sind 12,2 Prozent aller Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Die Werte erreichen mit Estland mit dem geringsten Anteil von 3,0 Prozent und Spanien mit dem höchsten Anteil von 30,6 Prozent eine erhebliche Diskrepanz. Jedoch weisen diese ersten Befunde bereits auf eine weit verbreitete Realität von prekären Beschäftigungsformen hin.

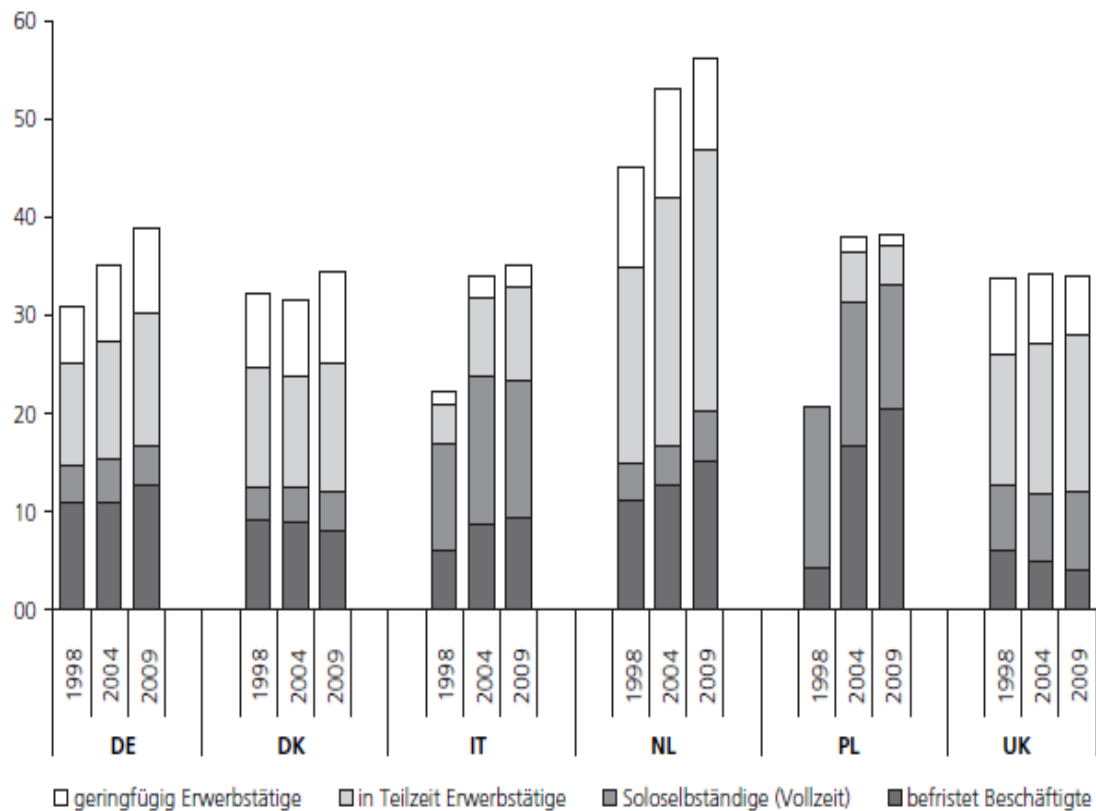
Abb. 6: Ausmaß atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Alle Angaben in Prozent)



Quelle: EUROSTAT, Labour Force Survey; In: Schulze Buschoff 2011, 10. Alle hier angegebenen Werte beziehen sich auf das Jahr 2009 (Friedrich-Ebert-Stiftung 2011).

Obwohl befristete Beschäftigungsverhältnisse nur eine der zahlreichen Facetten prekärer Beschäftigung darstellen, verweist diese erste Betrachtung bereits auf ein signifikantes Ausmaß prekären Potenzials innerhalb der Arbeitswelt. Es werden daher nun die Anteile ausgewählter atypischer Beschäftigungen unter allen Beschäftigten (Abb. 6) gemessen. Geringfügig Erwerbstätige, in Teilzeit Erwerbstätige und befristet Beschäftigte zählen zu denjenigen Personen, die einem Beschäftigungsverhältnis mit erhöhtem prekärem Potenzial nachgehen. Die Anteile an atypischen Beschäftigten unter allen Beschäftigten liegen in den untersuchten Ländern über 10 Prozent. Vor allem Personen zwischen 15 und 29 Jahren sind überdurchschnittlich oft in atypischen Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt und bilden die größte Gruppe unter allen atypisch Beschäftigten (vgl. Schulze Buschoff 2011, 10). Länder wie Deutschland, Österreich und Belgien weisen Werte über 30 Prozent atypisch Beschäftigter unter den 15 bis 29 jährigen auf. In den Niederlanden liegt der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse sogar über 50 Prozent aller Erwerbstätigen (vgl. ebd.).

Abb. 7: Atypische Beschäftigungsverhältnisse im Zeitverlauf (Alle Angaben in Prozent)



Quelle: EUROSTAT, Labour Force Survey; In: Schulze Buschoff 2011, 9.⁶⁷

Betrachtet man das Ausmaß atypischer Beschäftigungsverhältnisse im Zeitverlauf, bestätigt sich für die sechs in Abbildung 7 dargestellten Länder, Deutschland, Dänemark, Italien, Niederlande, Polen, Großbritannien, mit einer einzigen Ausnahme (UK) die eingangs erwähnte Vermutung einer voranschreitenden Prekarisierung. Dies bedeutet gleichzeitig, dass sich das Normalarbeitsverhältnis im Rückzug befindet. Die Zuwächse atypischer Beschäftigter unter allen Beschäftigten sind dabei für Deutschland, Italien, Niederlande und Polen signifikant und stiegen von 1998 bis 2009 um mindestens 8 Prozent an.

Personen in prekären Arbeitsverhältnissen weisen im „Vergleich zu Standardbeschäftigten spezifische Nachteile hinsichtlich der sozialen Absicherung“ auf (Schulze Buschoff 2011, 11). Dass „atypische Beschäftigungen vergleichsweise häufig Bestandteil von brüchigen, unsteten Erwerbskarrieren sind“, wird anhand der Betrachtung von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig

⁶⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung 2011.

Beschäftigten in Deutschland besonders deutlich (ebd.). In einer Studie von Bryzinsky-Fay et al.⁶⁸ wurde nachgewiesen, dass diese beiden atypischen Beschäftigungsformen eine relative Instabilität aufweisen und somit mit einem erhöhten prekären Potenzial einhergehen. Von der Gesamtheit aller Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2000 waren fünf Jahre danach mit 21 Prozent gut ein Fünftel nicht mehr erwerbstätig. Für die geringfügig Beschäftigten zeigt sich mit 29 Prozent für den gleichen Zeitraum eine noch größere Instabilität (Bryzinsky-Fay et al. 2007; In: Schulze Buschoff 2011, 11f.). Es kann somit, von der Logik des Normalarbeitsverhältnisses ausgehend, ein Wandel des sozioökonomischen Status dahingehend bestätigt werden, als dass ein wachsendes Ausmaß prekärer Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Risiko einer prekären Lebenslage für einen nicht geringen Anteil der Beschäftigten einhergeht.

3.6.4 Erwerbsarmut

Für die Analyse des sozioökonomischen Wandels muss ebenfalls das prekäre Phänomen der Erwerbsarmut („Working Poor“) mit einbezogen werden. Die Logik, dass Erwerbsarbeit, vor allem das Normalarbeitsverhältnis, die Absicherung der eigenen Existenz und die der Familie im Regelfall garantiert, wird durch „Working Poor“ in Frage gestellt. Armut trotz Erwerbstätigkeit ist „nicht mehr ausschließlich ein Problem am unteren Rand der Gesellschaft“, sondern vielmehr ein gesamtgesellschaftliches Phänomen (vgl. Groh-Samberg, Olaf / Hertel, Florian R. 2010; In: Verwiebe, Roland / Fritsch, Nina-Sophie 2011, 6). Eine Vielzahl an BürgerInnen bezieht trotz unbefristeter Vollzeitbeschäftigung einen Bruttolohn unterhalb der offiziellen Armutsgefährdungsgrenze. Diese liegt bei unter 60 Prozent des Medianäquivalenzeinkommens.⁶⁹ Wie Tabelle 4 verdeutlicht, kann ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis ebenfalls prekäre Züge aufweisen und im schlimmsten Fall sogar zur Verarmung der Betroffenen führen.

68 Bryzinsky-Fay, Christian/Protsch, Paula/Schulze Buschoff, Karin (2007): Atypische Beschäftigung – Umfang, Dynamik und soziale Sicherung im europäischen Vergleich. (Unveröffentlichtes Konferenzpapier zur 5. Internationalen ISSA-Forschungskonferenz über soziale Sicherheit vom 5. bis 7. März in Warschau.

69 Für nähere Erläuterungen siehe Gesis 2010.

Tab. 4: Armutsquoten von Erwerbstätigen im Zeitverlauf (Alle Angaben in Prozent)

	2004	2006	2009
Belgien	4.0	4.1	4.6
Dänemark	4.8	4.5	----
Deutschland	----	5.5	6.8
Finnland	4.4	4.5	3.7
Frankreich	5.4	6.0	6.7
Griechenland	13.1	13.8	----
Großbritannien	----	7.8	----
Italien	9.4	9.6	----
Irland	6.7	6.2	----
Niederlande	----	4.4	5.0
Norwegen	4.4	6.1	5.7
Österreich	7.4	6.4	6.0
Portugal	12.4	11.2	10.3
Schweden	6.1	7.4	6.9
Spanien	10.8	9.9	11.4

Quelle: Eurostat 2010; In: Verwiebe, Roland/Fritsch, Nina-Sophie 2011, 9.⁷⁰ Eigene Darstellung.

Bis auf eine einzige Ausnahme (Finnland) liegen die Armutsquoten von Erwerbstätigen in allen Ländern (Tab. 4) beim aktuellsten Stand (2006 bzw. 2009) bei mindestens 5 Prozent. Im Zeitverlauf betrachtet, verzeichnen neun Länder einen Anstieg zwischen 2004 und 2009 und fünf Länder einen Rückgang des Ausmaßes von „Working Poor“. Die Entwicklung der Erwerbsarmut kann für Großbritannien aufgrund fehlender Daten nicht im Zeitverlauf betrachtet werden. Für Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien und Irland fehlen die Daten für das Jahr 2009. Es muss berücksichtigt werden, dass sich die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise aufgrund des Zeitpunktes der Erhebung dieser Daten noch nicht in der Tabelle niederschlagen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die hier dargestellten Armutsquoten in fast allen Ländern seit 2009 zumindest nicht verringert haben. Hier seien die Stichworte Kurzarbeit und sinkende Löhne aufgrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise genannt (vgl. Verwiebe, Roland / Fritsch,

⁷⁰ SWS-Rundschau Heft 1/2011, 51. Jahrgang.

Nina-Sophie 2011).

Im Kontext des „Working Poor“ kann vor allem die Untersuchung institutioneller Rahmenbedingungen (soziales Sicherungssystem, der Wohlfahrtsstaat) die Grundlage für eine Ursachenforschung des Phänomens „Trotz Einkommen kein Auskommen“ liefern. Eine nachvollziehbare, von Roland Verwiebe und Nina-Sophie Fritsch⁷¹ formulierte These lautet, dass je umfangreicher ein Wohlfahrtsstaat ist, desto weniger laufen prekär Beschäftigte Gefahr, in eine prekäre Lebenslage abzurutschen. Aus diesem Grund scheint es eine interessante Aufgabe für zukünftige Arbeiten zu sein, Sozialversicherungssysteme und die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates im Kontext einer voranschreitenden Prekarisierung näher zu betrachten.⁷² Für die Untersuchung der Forschungsfragen dieser Arbeit ist eine intensive Auseinandersetzung mit dieser Thematik jedoch nicht zielführend.

3.7 Zwischenbilanz

Die Untersuchung ausgewählter Erklärungsfaktoren einer möglichen Wahlenthaltung anhand der Betrachtung sozialstruktureller und sozioökonomischer Merkmale, der politischen Einstellung der NichtwählerInnen und der Prekarisierung ergab eine Vielzahl interessanter Befunde. Um in einem letzten Schritt in Kapitel 4 die Einbettung der Erklärungsfaktoren in das eingangs dieser Arbeit dargestellte theoretische Modell David Eastons⁷³ vornehmen zu können und um die Auswirkungen einer voranschreitenden Prekarisierung auf das Wahlverhalten der BürgerInnen zu konkretisieren, wird eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse in Form einer Zwischenbilanz vorgenommen. Zuvor wird ein erstes allgemeines Resümee der bisherigen Untersuchung erfolgen.

BürgerInnen, die unkonventionelle Partizipationsformen nutzen, nehmen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit an Wahlen teil. Bei unkonventionellen Partizipationsformen werden vor allem ressourcenarme BürgerInnen benachteiligt, da diese mangels Zeit, Geld oder fehlender politischer Kompetenzen nicht in dieser Form partizipieren können beziehungsweise sich dafür nur schwer oder gar nicht mobilisieren lassen. Da sich eindeutige Unterschiede zwischen WählerInnen und

⁷¹ Verwiebe, Roland/Fritsch, Nina-Sophie 2011.

⁷² Für eine ausführliche Typologisierung und Differenzierung der einzelnen Wohlfahrtsregimes siehe Cøsta Esping-Andersen 1990 und 1999.

⁷³ Siehe Kapitel 2.3.

NichtwählerInnen in ihren sozialstrukturellen und sozioökonomischen Merkmalen sowie der politischen Einstellung ergaben, kann ein steigender Anteil an NichtwählerInnen und die dadurch fehlende Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen durch eine Ausweitung alternativer Beteiligungsformen nicht kompensiert werden. Bleiben BürgerInnen der Wahl aufgrund bestimmter sozialstruktureller und sozioökonomischer Merkmale fern, so werden diese auch höchstwahrscheinlich allen anderen Formen politischer Partizipation entsagen. Exklusionsmechanismen auf Ebene der „first-order“ Wahlen wirken im Bereich unkonventioneller Beteiligungsformen verstärkt oder zumindest gleich stark wie bei konventionellen Partizipationsformen. Diese Schlussfolgerung begründet sich dadurch, dass die Wahl den geringsten individuellen Aufwand aufweist (vgl. Schäfer 2010, 151).

Die Charakterisierung der NichtwählerInnen als eine an ihren politischen Kompetenzen zweifelnde Gruppe von BürgerInnen bekräftigt den Zusammenhang zwischen politischer Entfremdung und Wahlenthaltung. Entspricht der „Ist-Zustand“ nicht dem subjektiv Erwünschten, entsteht oftmals ein innerer Wertekonflikt. Die Fragen nach der Zufriedenheit mit der Demokratie und der Zufriedenheit mit dem politischen System sind entscheidend, will man die Auswirkungen und Folgen einer zunehmenden Wahlenthaltung untersuchen. Ein interessanter Befund lautet nach Cedric Herring, dass politisch entfremdete Personen „in erster Linie zum Rückzug und nur eine kleine Minderheit zu Protestverhalten“ neigen (vgl. Herring 1989, 145-150; In: Kleinhenz 1995, 65). Unterliegen zum Beispiel Personen, die ihre eigenen politischen Kompetenzen gering einschätzen, keinem Wertekonflikt, sind sie eher ProtestwählerInnen und nur selten NichtwählerInnen. Diese gelten nicht als politisch entfremdet. Jedoch neigen Personen mit geringer politischer Kompetenz ohnehin stärker zur Wahlenthaltung (vgl. Kleinhenz 1995).

Ein geeignetes Resümee der gesamten bisherigen Untersuchung der NichtwählerInnen unter Bezugnahme auf die vier zentralen Werke lautet wie folgt: „Sozialstrukturell läßt sich die Wahlenthaltung vor allem durch solche Merkmalausprägungen erklären, die einen sozial „niedrigen“ Status beschreiben“ (Völker / Völker 1998, 179). Die bei NichtwählerInnen am häufigsten auftretenden Merkmale sind Demokratieunzufriedenheit, fehlendes Vertrauen in die Parteien und eine wirtschaftliche Unzufriedenheit (vgl. Völker / Völker 1998, 181f.). Es sind besonders junge und wenig sozial integrierte BürgerInnen, die der konventionellen Beteiligungsform vermehrt den Rücken kehren.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass alle untersuchten Theorien,

Erklärungsansätze und Variablen jeweils unterschiedliche Aspekte der NichtwählerInnen erklären und keine ganzheitlichen oder repräsentativen Aussagen über den oder die NichtwählerIn zulassen. Erst die Untersuchung des Zusammenhangs aller Erklärungsfaktoren führt zu spezifischeren Erkenntnissen. Die Erklärungskraft für mögliche Ursachen der Wahlenthaltung steigt, wenn man die zum Beispiel die Variable der Parteiidentifikationen in Kombination mit der Variable des politischen Interesses betrachtet. Eine Untersuchung der Zusammenhänge der Variablen müsste jedoch in einer eigenständigen Arbeit erfolgen, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Auch wenn methodische Probleme wie das Overreporting oder unvermeidbare Widersprüche zwischen Untersuchungen der Aggregat- und Individualdaten repräsentative Aussagen über die Gruppe der NichtwählerInnen erschweren, konnten dennoch Tendenzen festgestellt werden und einen Beitrag für weitere Untersuchungen darstellen. Tatsächlich ähneln sich WählerInnen und NichtwählerInnen immer mehr in ihren sozialstrukturellen Merkmalen. Dadurch „nähert sich die Zusammensetzung der Nichtwählerschaft mehr und mehr der Gesamtbevölkerung an“ (Kleinhenz 1995, 120).

3.7.1 Zusammenfassung: Die Erklärungsfaktoren

Erklärungsfaktoren I: Sozialstrukturelle Merkmale

Die aussagekräftigste Variable in allen Untersuchungen ist das Alter. Vor allem die ≤ 30 jährigen BürgerInnen sind im Vergleich zu der restlichen Bevölkerung bei den NichtwählerInnen überrepräsentiert. Zusätzlich kann die Variable des Familienstandes genannt werden. In diesem Kontext sind vor allem ledige Personen bei den NichtwählerInnen überrepräsentiert (vgl. Völker / Völker 1998, 108). Kleinhenz und de Nève wiesen einen signifikanten „Jung und Single“ Effekt nach (Kleinhenz 1995, 113; vgl. de Nève 2009). Dass diese Merkmale von enormer Signifikanz sind, zeigt eine bereits mehrere Jahrzehnte zurückliegende Untersuchung von G. Radtke, auch wenn sich diese lediglich auf die Bundesrepublik Deutschland (BRD) bezieht (vgl. Radtke 1972). Das Alter spielt auch bei der Betrachtung des Erklärungsfaktors der Prekarisierung eine wichtige Rolle. Es wurde festgestellt, dass unter 30 jährige BürgerInnen häufiger in atypischen Beschäftigungsverhältnissen sind als BürgerInnen älterer Alterskohorten.

Neben dem Familienstand zählen vor allem die Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft zu den zentralen Faktoren sozialer Integration. Wie bereits in Kapitel 3.3.3 angeführt, können beide

Variablen auch als konventionelle Form politischer Partizipation betrachtet werden. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und Parteien in den europäischen Demokratien sind, abgesehen von einigen Ausnahmen bei den Gewerkschaften, seit den 1980er Jahren rückläufig oder sehr gering. Der Anteil der NichtwählerInnen nimmt, im Zeitverlauf betrachtet, unter den mitgliedslosen BürgerInnen zu. Die soziale Integration durch den Familienstand spielt auch eine wichtige Rolle, da familiäre Verhältnisse ein Abrutschen in eine prekäre Lebenslage verhindern können.

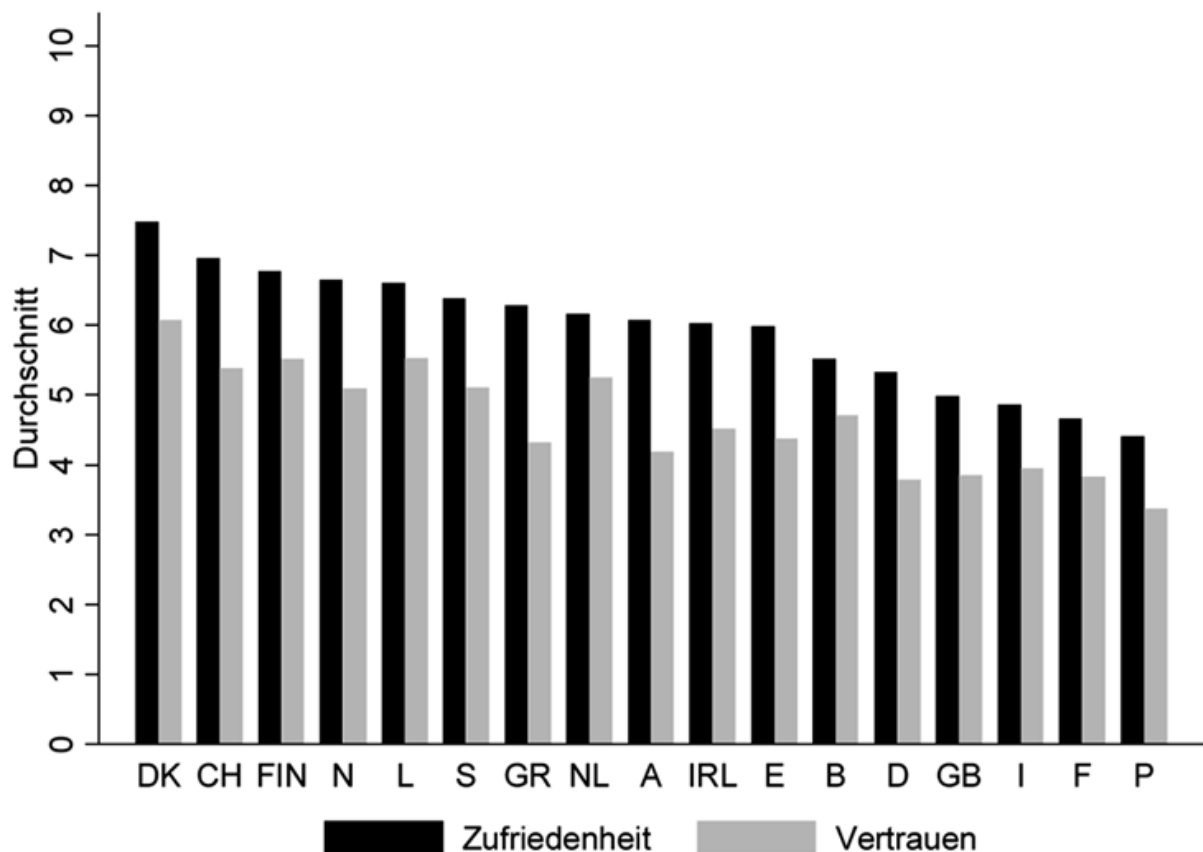
Erklärungsfaktoren II: Politische Einstellung

Das politische Interesse der BürgerInnen ist in den meisten untersuchten Ländern sehr gering. Die Bezeichnung sehr gering meint in diesem Kontext, dass weniger als die Hälfte der BürgerInnen politisches Interesse aufweist. Es konnte nachgewiesen werden, dass das politische Interesse einen beteiligungsfördernden Faktor darstellt. Die ebenfalls untersuchte Verinnerlichung der Wahl als staatsbürgerliche Pflicht ergab einen widersprüchlichen Befund: verhältnismäßig viele NichtwählerInnen geben an, die Wahl als staatsbürgerliche Pflicht verinnerlicht zu haben.

Die Demokratiezufriedenheit hängt stark mit dem wirtschaftlichen beziehungsweise wohlfahrtsstaatlichen Output des politischen Systems zusammen (vgl. Kleinhenz 1995, 160). Der Literaturvergleich⁷⁴ hat ergeben, dass vor allem die Systemzufriedenheit Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Eine mangelnde Identifikation mit dem politischen System ist eng mit dem Zustand politischer Entfremdung verbunden. Wie Marion und Bernd Völker nachweisen konnten, korreliert die Selbstwahrnehmung der individuellen wirtschaftlichen Lage mit der Demokratiezufriedenheit, die verstärkt anhand des politischen Outputs und weniger an etablierten Werten und Normen gemessen wird (vgl. Völker / Völker 1998). Die Demokratiezufriedenheit der BürgerInnen europäischer Staaten liegt mit einem Durchschnittswert von 5,4 auf einer Skala von 1 bis 10 (Abb. 8) knapp über der Hälfte und kann im Vergleich zum Institutionenvertrauen als relativ hoch eingeschätzt werden.

74 Kleinhenz 1995; Völker/Völker 1998; de Nève 2009; DeBardeleben/Pammet 2009.

Abb. 8: Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen



Quelle: Schäfer 2010, 4, 144. Schäfer entwarf diese Abbildung auf der Datengrundlage des *European Social Survey*. Anhand dieser Abbildung lässt sich die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit und das durchschnittliche Vertrauen in die politischen Institutionen ausgewählter europäischer Demokratien untersuchen.⁷⁵

Es konnte ebenfalls nachgewiesen werden, dass mit steigender Demokratiezufriedenheit die Bereitschaft der Wahlbeteiligung zunimmt. Die Demokratiezufriedenheit bezieht sich de facto auf die politischen Strukturen und Rahmenbedingungen des politischen Systems. Daher ist die Demokratiezufriedenheit der BürgerInnen dann rückläufig, wenn das Vertrauen in die politischen Institutionen rückläufig ist. Hier erweist sich vor allem das Vertrauen in die Parteien und die Bundesregierung als besonders aussagekräftig. Das Vertrauen in Institutionen weist mit einem Durchschnittswert von 4,1 (Abb. 8) einen viel geringeren Wert auf als die Demokratiezufriedenheit. Vor allem das Vertrauen in die politischen HerrschaftsträgerInnen, also in die Parteien und in die RepräsentantInnen, erweist sich als sehr gering. Die Untersuchung wies eine Überrepräsentation von BürgerInnen mit einem geringen Vertrauen in der Gruppe der NichtwählerInnen nach.

⁷⁵ Die in Abb. 8 dargestellten Länder sind in alphabetischer Reihenfolge: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Luxemburg, Schweden, Schweiz und Spanien.

Der Erklärungsfaktor der politischen Kompetenz wies signifikante Diskrepanzen zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen auf. Wenn der Großteil der NichtwählerInnen das Gefühl mangelnder politischer Kompetenz wahrnimmt, deutet dies unter anderem auch auf eine mögliche politische Entfremdung der Betroffenen hin.

Erklärungsfaktoren III: Sozioökonomischer Status

Die Variable Bildung ist hinsichtlich der sozialstrukturellen Charakterisierung der NichtwählerInnen aufschlussreich und wird in weiterer Folge in der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation eine Rolle spielen. Insgesamt kann davon berichtet werden, dass bildungsferne gesellschaftliche Gruppen, also diejenigen mit einem Hauptschulabschluss und vor allem BürgerInnen ohne jeglichen Schulabschluss, in der Gruppe der NichtwählerInnen überrepräsentiert sind. HochschulabsolventInnen hingegen sind innerhalb der Gruppe der NichtwählerInnen unterrepräsentiert.

Die Erwerbsstruktur der BürgerInnen sowie das persönliche Einkommen beziehungsweise Haushaltseinkommen erbrachten teilweise signifikante Unterschiede. In der Erwerbsstruktur erwiesen sich lediglich signifikante Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen für die Berufsgruppen der im öffentlichen Dienst beschäftigten und arbeitslosen BürgerInnen: im öffentlichen Dienst beschäftigte sind in der Gruppe der WählerInnen überrepräsentiert. Arbeitslose BürgerInnen sind in der Gruppe der NichtwählerInnen überrepräsentiert. Bezüglich des Einkommens ergaben die Untersuchungen vor allem eine Überrepräsentation der Personen mit einem niedrigen Einkommen in der Gruppe der NichtwählerInnen. Dieser Befund wird dahingehend bestärkt, dass Personen mit hohem Haushaltseinkommen mehrheitlich in der Gruppe der WählerInnen anzutreffen sind. Materielle Ressourcen haben durchaus Einfluss auf die Bereitschaft politischer Partizipation.

Erklärungsfaktoren IV: Prekarisierung

Generell gehen alle prekären Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Potenzial prekärer Lebenslagen einher. Personen in einer prekären Lebenslage erfahren aufgrund des damit oftmals einhergehenden „Schwebezustands“ und einem geringeren sozioökonomischen Status ein Gefühl sozialer Unsicherheit. Vor allem junge BürgerInnen sind, ebenso wie bei der Untersuchung sozialstruktureller Merkmale der NichtwählerInnen, die am stärksten in der Gruppe der prekär

Beschäftigten überrepräsentierte Gruppe.⁷⁶ Das Alter ist demnach die aussagekräftigste Variable in beiden Teilen der Untersuchung. Die soziale Integration, vor allem der Familienstand, nimmt hierin ebenfalls eine zentrale Rolle ein. Darüber hinaus verwies die Untersuchung des sozioökonomischen Wandels auf folgende drei zentrale Merkmale einer voranschreitenden Prekarisierung hin:

- Eine kontinuierliche Zurückdrängung des Normalarbeitsverhältnisses (Abb. 5).
- Eine Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Abb. 7).
- Eine gesamte Zunahme an nicht-standardisierten Beschäftigungsformen mit prekärem Potenzial.

Wie bereits erwähnt, kommt es im Zuge der Prekarisierung zu einer „Dreiteilung der Gesellschaft“⁷⁷: ein Drittel der BürgerInnen befindet sich in einem Normalarbeitsverhältnis und verfügt über die Möglichkeit einer Zukunftsplanung. Das zweite Drittel befindet sich in der „Zone der Prekariat“ und das letzte Drittel besteht aus einer wachsenden „Armee der dauerhaft Überflüssigen“ (vgl. Negt 2009, 160). Es sind vor allem, wie bereits in Kapitel 3.6.2 angeführt, die „Zone der Prekariat“ und die „Zone der Entkoppelung“ besonders interessant für diese Arbeit. Wie groß der Anteil der BürgerInnen ist, die dieser Zone angehören, hängt stark von der Auswahl der jeweiligen Definition ab. Ebenfalls besteht die Schwierigkeit repräsentativer Aussagen darin, dass BürgerInnen, die einer dieser beiden Zonen angehören, nicht automatisch in einer prekären Lebenslage sein müssen.

Die Untersuchung von Klaus Dörre et al.⁷⁸ im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt ein geeignetes Beispiel für das Ausmaß prekärer Arbeitsverhältnisse innerhalb der Gesellschaft dar. In dieser Untersuchungen ergab sich für Deutschland folgende Zuordnung der erwerbstätigen Bevölkerung in die drei Castel'schen Zonen: der „Zone der Integration“ werden 80,6 Prozent aller Erwerbstätigen zugeordnet. Der „Zone der Prekarität“ werden insgesamt 13,8 Prozent zugeschrieben. 1,7 Prozent gehören der „Zone der Entkoppelung“ an. Da diese Einteilung auf den ersten Blick der oben angeführten „Dreiteilung der Gesellschaft“ in der Größenordnung widerspricht, muss erwähnt werden, dass nach der Konzeption von Dörre et al. allen drei Zonen „(Des-)Integrationspotenziale“ anhaften und sich ausschließlich die Wahrscheinlichkeiten einer

⁷⁶ Siehe Seite 73.

⁷⁷ Diese „Dreiteilung der Gesellschaft“ geht auf eine Formulierung Oskar Negts zurück (Negt 2009).

⁷⁸ Friedrich-Ebert-Stiftung 2006, 57.

Entkoppelung unterscheiden.⁷⁹ So ergibt sich für die „Zone der Integration“, dass Beschäftigte, die dieser Zone einer vermeintlichen Garantie sozialer Sicherheit zugeordnet werden, ebenfalls Angst vor dem sozialen Abstieg verspüren können. Dies, so Dörre et al., stellt für Castel einen wesentlichen „Kristallisationspunkt von Prekarität“ dar (Dörre et al. 2006, 58).

79 Für eine detaillierte Typologisierung siehe Dörre et al. 2006, 55.

4. Prekarisierung und NichtwählerInnen – Eine Gefahrenquelle für die Demokratie?

4.1 Auswirkungen fehlender Unterstützung auf das politische System

Nachdem eingangs in Kapitel 2 die Bedeutung von politischer Partizipation für die Demokratie und die Folgen der Wahlenthaltung, also fehlender politischer Unterstützung, veranschaulicht wurden, soll nun eine Einbettung der gewonnenen Erkenntnisse aus der Untersuchung der Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten von BürgerInnen in das theoretische Modell David Eastons vorgenommen werden. Dies soll, hinsichtlich des in der Einleitung formulierten Teilziels dieser Arbeit, die Frage beantworten, ob und warum es aufgrund von Wahlenthaltung und Prekarisierung zu einem möglichen Krisenphänomen der Demokratie kommen kann. Aus diesem Grund wird der Zusammenhang von sozialer Unsicherheit und politischer Partizipation näher beleuchtet. Dieses Vorgehen soll ebenfalls einen Überblick über die Folgen für die repräsentative Demokratie in Europa schaffen, wenn sich diese mit einer zunehmenden Wahlenthaltung und einer voranschreitenden Prekarisierung konfrontiert sieht.

Es wird aufgrund der bisherigen Erkenntnisse angenommen, dass die in Kapitel 2.3 erläuterten Funktionen der Wahl a.) (die Herrschaftslegitimation der RepräsentantInnen) und b.) (die Egalität und Inklusion aller StaatsbürgerInnen), nicht erfüllt werden.⁸⁰ Es ist dabei durchaus legitim, bei einem geringen Unterstützungsgrad der Bevölkerung gegenüber den drei Ebenen der politischen Unterstützung von einem Krisenphänomen auszugehen, da dies, der Logik des Modells politischer Unterstützung folgend, auf eine Gefährdung der Systemstabilität verweist. Es stellt sich vor allem die Frage, ob NichtwählerInnen das politische System weniger unterstützen als WählerInnen. Dies würde nämlich bedeuten, dass ein steigender NichtwählerInnenanteil auch mit der Krisenannahme, dass ein zunehmender Anteil der Bevölkerungen europäischer Demokratien dem politischen System distanziert gegenübersteht, einhergeht (vgl. Völker / Völker 1998, 176). Für die Untersuchung der politischen Unterstützung innerhalb repräsentativer Demokratien werden Variablen aus der zuvor erfolgten Analyse herangezogen. Eine Schwierigkeit besteht in der Zuordnung einer passenden Variable auf der Ebene der politischen Gemeinschaft, da hierfür notwendige Erklärungsfaktoren,

⁸⁰ Die Herrschaftslegitimation der RepräsentantInnen ist aufgrund eines großen Misstrauens gegenüber diesen bei einer gleichzeitig hohen Wahlenthaltung nicht völlig gegeben. Die Egalität und Inklusion aller StaatsbürgerInnen wird vor allem durch Exklusionsmechanismen (sozialstrukturelle Merkmale) verhindert.

wie zum Beispiel in Form eines Gemeinschaftsgefühls oder in Form von Nationalstolz, fehlen. Die Hierarchie des Modells kann jedoch auch ohne Berücksichtigung der politischen Gemeinschaft zum Teil bestätigt werden:

- Politische HerrschaftsträgerInnen: für die Untersuchung der politischen HerrschaftsträgerInnen kann die Variable der Parteimitgliedschaft und die Variable des Vertrauens in politische Institutionen Aufschluss über den Grad an Unterstützung geben. Die Untersuchung der Parteimitgliedschaft (Kap. 3.3.4) ergab eine zunehmende Aufweichung der Partei-Wähler Bindung. Die Mitgliederzahlen sind darüber hinaus in den meisten untersuchten Ländern sehr gering. NichtwählerInnen sind häufiger als WählerInnen ohne jegliche Parteiidentifikation als WählerInnen. In Kapitel 3.4.3 wurde ein signifikanter Unterschied zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen für das Vertrauen in politische Institutionen nachgewiesen. Das Vertrauen der NichtwählerInnen ist hierbei gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen am geringsten. NichtwählerInnen haben insgesamt weniger Vertrauen in die politischen Institutionen als WählerInnen.
- Politische Ordnung: für die leistungsunabhängige Bewertung des politischen Systems, also für die Unterstützung der politischen Ordnung, werden die Variable der Demokratiezufriedenheit und ebenfalls wie zuvor bei den politischen HerrschaftsträgerInnen, das Vertrauen in die politischen Institutionen betrachtet. Nachdem bereits erwähnt wurde, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen bei den NichtwählerInnen im Generellen geringer ist als bei den WählerInnen, muss noch auf die Variable der Demokratiezufriedenheit eingegangen werden. Die Untersuchung dieser Variable ergab (Kap. 3.4.2), dass Demokratiezufriedenheit verstärkt in der Gruppe der WählerInnen nachweisbar ist. NichtwählerInnen hingegen wurden im Zeitverlauf betrachtet immer unzufriedener mit der Demokratie als politisches System. Auch wenn die Demokratiezufriedenheit in allen untersuchten Ländern größere Werte als das Vertrauen in die politischen Institutionen aufweist, so sind es im Schnitt lediglich die Hälfte aller befragten BürgerInnen, welche angeben mit der Demokratie zufrieden zu sein.

Nach dieser kurzen Betrachtung kann zumindest von einer mangelhaft ausgeprägten Unterstützung des politischen Systems gesprochen werden. Ein zusammenfassender Befund lautet dabei, dass sich die Hierarchie der Ebenen der politischen Unterstützung durchaus bestätigen. Die Unterstützung auf der Ebene der politischen HerrschaftsträgerInnen ist vor allem aufgrund eines großen Misstrauens gegenüber diesen und einer schwindenden Partei-Wähler Bindung am geringsten. Für die zweite

Ebene, die politische Ordnung, zeigt sich ein verhältnismäßig größeres Ausmaß der Unterstützung. Vor allem eine im Zeitverlauf betrachtet relativ hohe Demokratiezufriedenheit zeugt von einer etwas konstanteren Unterstützung des politischen Systems durch die Bevölkerung. Sowohl gegenüber der politischen Gemeinschaft als auch gegenüber der politischen Ordnung ist ein Vertrauensverlust nachweisbar⁸¹, jedoch in viel geringerem Ausmaß als gegenüber den politischen HerrschaftsträgerInnen. Demnach wirkt sich der Wertewandel vor allem auf das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen HerrschaftsträgerInnen wie Parteien und PolitikerInnen aus.

Um auf die am Anfang dieses Kapitels gestellte Frage einzugehen, warum eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen zu einer geringen politischen Unterstützung beiträgt, muss der in allen herangezogenen Variablen signifikante Unterschied zwischen den NichtwählerInnen und WählerInnen hervorgehoben werden. Da ein geringer Grad an politischer Unterstützung durch die Gruppe der NichtwählerInnen nachgewiesen wurde, liegt dem Modell David Eastons zu Folge, aufgrund der erhöhten Wahlenthaltung ein Demokratiedefizit vor. Somit bestätigt sich nicht nur die Annahme eines Krisenphänomens der repräsentativen Demokratie, es wird darüber hinaus auch das Problem einer mangelnden Repräsentation der NichtwählerInnen und dessen Auswirkungen auf die Funktionslogik der Demokratie verdeutlicht.

4.2 Soziale Unsicherheit und politische Partizipation

Die Forschungserkenntnisse aus Kapitel 3 sollen nun, um die Frage zu beantworten, warum Prekarisierung zu einem möglichen Krisenphänomen der Demokratie beiträgt, kritisch diskutiert werden. Da bereits eine Untersuchung der Prekarisierung und somit der sozialen Unsicherheit als Erklärungsfaktor für eine mögliche Wahlenthaltung der BürgerInnen vorgenommen wurde, soll dies hier in einem neuen Kontext betrachtet werden. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Auseinandersetzung mit der Bedeutung sozialer Unsicherheit für die politische Partizipation der BürgerInnen, insbesondere der Wahlbeteiligung, und den Folgen für die Funktionslogik der repräsentativen Demokratie. Die hierfür wichtige Frage, ob Prekarisierung zu einer Entkoppelung der BürgerInnen führt, soll gezielt auf die individuellen Folgen einer prekären Lebenslage für die politische Teilhabe der BürgerInnen aufmerksam machen.

81 Siehe Kapitel 3.4.3.

Die formelle Gleichheit (politische Gleichheit) aller BürgerInnen innerhalb der liberalen Demokratie muss vor allem aufgrund der sozioökonomischen Ungleichheit hinterfragt werden. Der Ressourcenreichtum der BürgerInnen in den europäischen Gesellschaften ist nicht gerecht verteilt.⁸² Eine aufgrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise schlechte Arbeitsmarktlage, eine voranschreitende Prekarisierung und die Zunahme von Armutsgefährdungsrisiken tragen zu einer Ausweitung dieser sozialen Ungleichheit bei. Vor allem die sozioökonomischen Faktoren wie Bildung, Einkommen und Erwerbsstruktur sind davon betroffen und befinden sich im Wandel. Diese Entwicklungen bedeuten auch, dass viele BürgerInnen Gefahr laufen, in eine prekäre Lebenslage abzurutschen und es erhöht sich dadurch auch die Wahrscheinlichkeit, dass der sozioökonomische Status vieler BürgerInnen sinkt.

Soziale Unsicherheit kann, wie bereits in Kapitel 3.6 festgestellt wurde, in alle gesellschaftlichen Schichten ausstrahlen. Wird hierfür die Politik verantwortlich gemacht, „sinken das Institutionenvertrauen und die Demokratiezufriedenheit“ der davon betroffenen BürgerInnen (vgl. Wilkinson / Pickett 2009, Kap. 13; In: Schäfer 2010, 147). Eine voranschreitende Prekarisierung und die damit einhergehende erhöhte Gefahr sozialer Unsicherheit, beeinflussen unweigerlich das politische Partizipationsverhalten der Bevölkerung. Da ein geringer sozioökonomischer Status die Wahlwahrscheinlichkeit verringert und somit auch die Bereitschaft politischer Partizipation im Allgemeinen abnimmt,⁸³ müssen die Ursachen und Auswirkungen sozialer Unsicherheit im Kontext der NichtwählerInnen näher betrachtet werden.

4.2.1 Auswirkungen auf das Wahlverhalten

Betrachtet man ein prekäres Beschäftigungsverhältnis als einen Exklusionsmechanismus, dann steht im Zuge dieser Arbeit zweifelsohne der damit einhergehende Verlust „sozialer Sicherheiten“ und die „Zunahme von Exklusionstendenzen“ im Vordergrund (König / Schmidt / Sicking 2009, 131). Es stellt sich daher im folgenden Abschnitt die Frage: erzeugt der Prozess der Prekarisierung eine voranschreitende und sich ausbreitende Entkoppelung eines zunehmenden Anteils an BürgerInnen von der politischen Landschaft?

82 Mau 2004; In: APuZ B 38/2004, 39.

83 Siehe Kapitel 3.5.

Für die Betrachtung der Auswirkungen sozialer Unsicherheit auf das politische Partizipationsverhalten der betroffenen BürgerInnen, insbesondere ihr Wahlverhalten, müssen neben der Möglichkeit einer prekären Lebenslage auch Faktoren wie das politische Interesse und die beiden zentralen sozioökonomischen Variablen Bildung und Einkommen berücksichtigt werden.

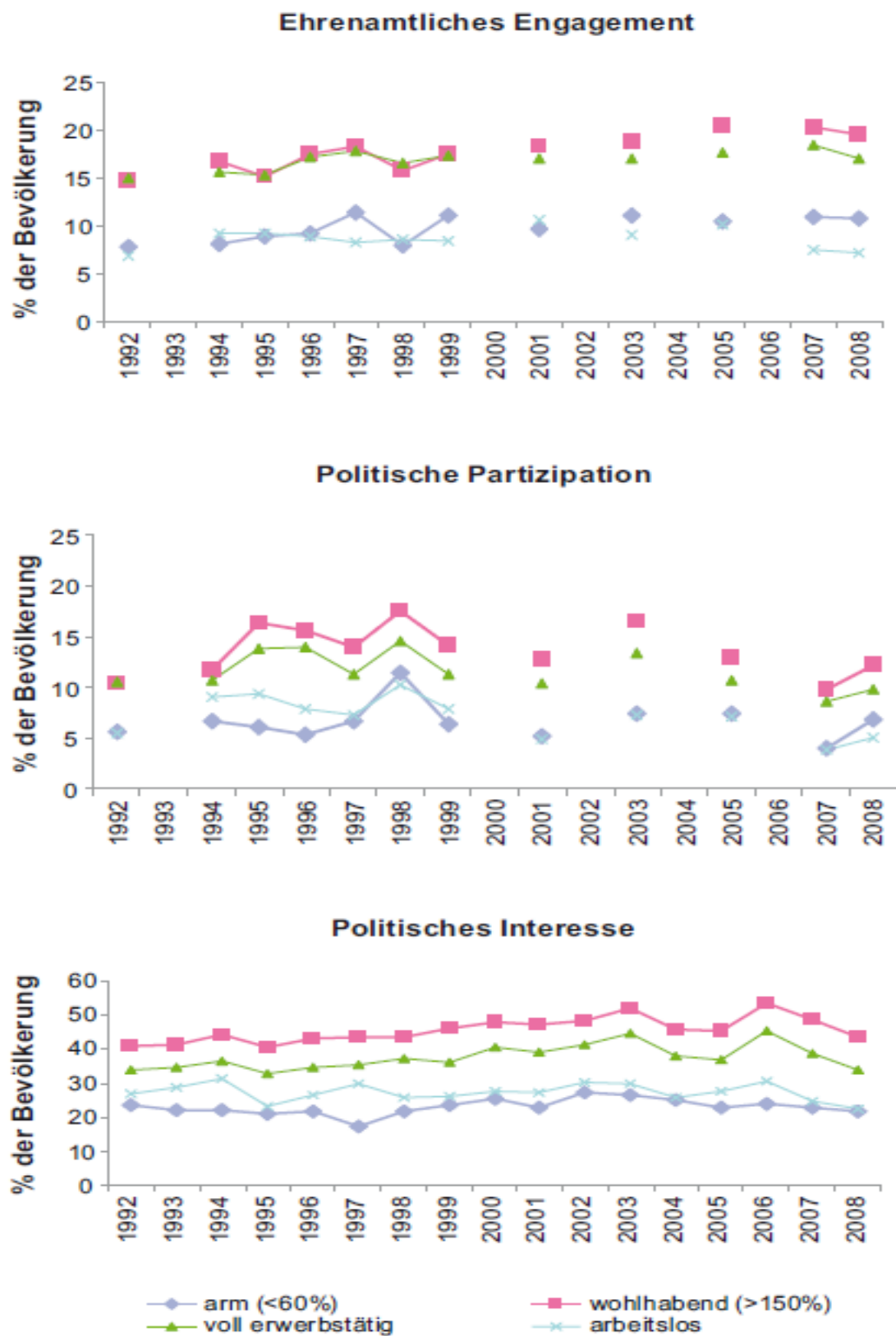
Des Weiteren ist der Zusammenhang zwischen einer voranschreitenden Prekarisierung und steigender Wahlenthaltung aufgrund folgender theoretischer Überlegung zu betrachten: die Parteibindung von BürgerInnen⁸⁴ wurde lange Zeit vor allem durch die traditionellen sozialen Milieus gestärkt beziehungsweise durch diese hervorgerufen. Es ist daher nur logisch, dass die in Kapitel 3.6.3 nachgewiesenen strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt auch zu einer Veränderung der Parteibindung führen. Da sich die Annahme des sozialpsychologischen Ansatzes der Michigan-School (Kap. 3.2.1), dass die Stärke der Parteiidentifikation großen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung hat, im Zuge der Analyse der NichtwählerInnen (Kap. 3.3.4) bestätigt hat, ist davon auszugehen dass eine voranschreitende Prekarisierung zu einer steigenden Wahlenthaltung der BürgerInnen beitragen kann.

Alle bisherigen Untersuchungen bekräftigen die Erkenntnis, dass eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen und eine zunehmende Prekarisierung gesamtgesellschaftliche Phänomene darstellen. Dies kann anhand der Untersuchung der Erklärungsfaktoren in Kapitel 3 bestätigt werden. Da die Untersuchung der sozialstrukturellen und sozioökonomischen Merkmale der NichtwählerInnen und deren politischen Einstellungen ergab, dass sich das „Nachlassen der Wahlbereitschaft [...] nur in unterschiedlicher Geschwindigkeit – bei den sozial Schwächeren etwas stärker, bei anderen Sozialgruppen etwas langsamer“ vollzieht, wird im Folgenden überprüft, wie sich Prekarisierung auf die in Kapitel 3 analysierten Erklärungsfaktoren für eine Wahlenthaltung der BürgerInnen auswirkt (Kleinhenz 1995, 110).

Das politische Interesse und die Bereitschaft politischer Partizipation, zu der ebenfalls auch ehrenamtliches Engagement gezählt wird, fallen bei Personen in prekären Lebenslagen im Vergleich zu jenen Personen, die der „Zone der Integration“ angehören, wesentlich geringer aus (Abb. 9). Arbeitslose BürgerInnen und Personen, die unter die Armutsgefährdungsgrenze fallen, weisen diesbezüglich, wie am Beispiel Deutschland veranschaulicht wird, zwar im Zeitverlauf betrachtet gleich bleibende Werte auf. Diese verharren jedoch durchwegs auf einem äußerst niedrigen Niveau.

84 Bei dem Begriff der Parteibindung sind die Variablen der Parteiidentifikation und der Parteimitgliedschaft gleichermaßen mit einzubeziehen.

Abb. 9: Ressourcenverfügbarkeit und politische Partizipation in Deutschland (Alle Angaben in Prozent)

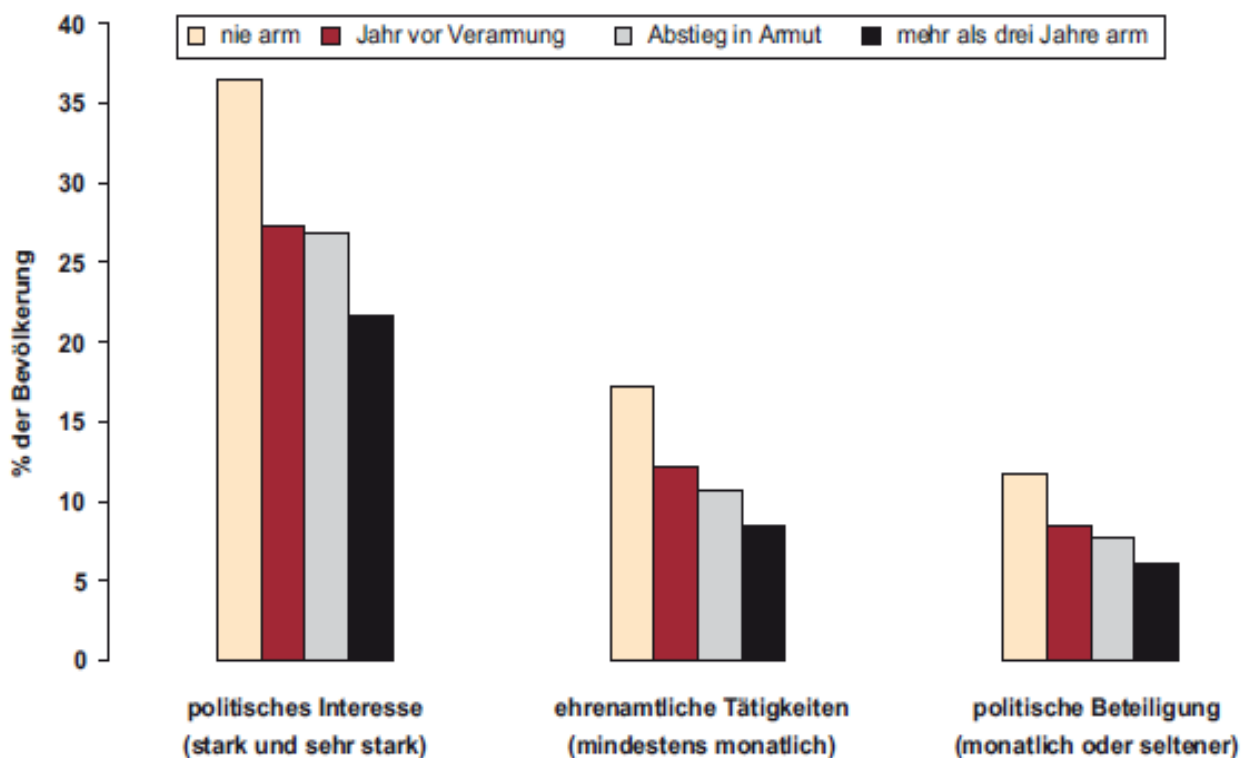


Quelle: Böhnke 2011, 21; In: APuZ 1-2/2011.⁸⁵

⁸⁵ Petra Böhnke erstellte diese Abbildung anhand von SOEP-Daten von 1992 bis 2008: „Ehrenamtliches Engagement (wöchentlich/monatlich); politische Partizipation (wöchentlich/monatlich/seltener); politisches Interesse (stark/sehr

Für Gesamtdeutschland (Abb. 10) zeigt sich, dass das politische Interesse, die Bereitschaft ehrenamtlicher Tätigkeiten und die Häufigkeit politischer Beteiligung bei jenen BürgerInnen, die nie arm waren, also sich niemals in einer prekären Lebenslage befanden, am höchsten ist. Betrachtet man das Jahr vor der Verarmung der Betroffenen, so weist diese Situation am Beginn der prekären Lebenslage signifikant geringere Werte bei der Bereitschaft politischer Partizipation als bei der vorhergehenden Gruppe (nie arm) auf. Zum Zeitpunkt des Abstiegs in die Armut verringern sich alle besagten Werte erneut. Den Tiefststand der Bereitschaft politischer Partizipation und des politischen Interesses erreichen jene Personen, die sich schon über einen längeren Zeitraum in einer prekären Lebenslage befinden.

Abb. 10: Soziale (Un-)Sicherheit und politische Partizipation in Deutschland (Alle Angaben in Prozent)



Quelle: Böhnke 2011, 23; In: APuZ 1-2/2011.⁸⁶

Bourdieu's theoretische Annahme, dass Prekarität eine Situation erschwerter

stark); arm bedeutet weniger als 60 Prozent, wohlhabend bedeutet mehr als 150 Prozent des durchschnittlichen (Median) monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens des jeweiligen Jahres“ (Böhnke 2011, 21).

⁸⁶ Petra Böhnke erstellte diese Abbildung anhand von SOEP-Daten von 1984 bis 2007.

Mobilisierungsmöglichkeiten erzeugt, indem „sie die Zukunft überhaupt im Ungewissen läßt [und] den Betroffenen gleichzeitig jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und vor allen Dingen jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist“, verwehrt, kann nach der so eben erfolgten Untersuchung dahingehend bestätigt werden, dass Personen in prekären Lebenslagen eine signifikant geringere Bereitschaft politischer Partizipation aufweisen als Personen in gesicherten Lebenslagen (Bourdieu 1997, 96f.). Auch wenn diese Bestätigung in empirischer Form lediglich für Deutschland erfolgte, so können doch ähnliche Entwicklungen in anderen europäischen Ländern vermutet werden. Am deutlichsten hebt sich hier die Gruppe der armutsgefährdeten BürgerInnen ab und erreicht in allen Belangen die niedrigsten Werte.

Menschen in prekären Lebenslagen sind „in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt“ (Bourdieu 1998, 98). Dies geht mit einem Prozess der politischen Entkoppelung einher und kann eine prekäre Lebenslage als Ursprung haben. Somit hat die „Prekarität also nicht nur direkte Auswirkungen auf die von ihr Betroffenen, die dadurch außerstande geraten, sich zu mobilisieren, sondern über die von ihr ausgelöste Furcht auch indirekte Folgen für alle anderen [...]“ (Bourdieu 1997, 99). Denn die erhöhte Wahrscheinlichkeit eines geringen sozioökonomischen Status strahlt auch wie bereits in Kapitel 3.6.3 veranschaulicht wurde, in die „Zone der Integration“ aus und kann auch Personen erfassen, die von außen betrachtet als sozial gut integriert gelten. Die Konsequenzen für die Demokratie liegen hingegen darin, dass entkoppelte BürgerInnen oftmals NichtwählerInnen sind und auch in keiner anderen Form politisch partizipieren. Auf der Input-Seite werden damit demokratietheoretisch relevante Funktionen der Wahl, wie zum Beispiel die Legitimation der politischen HerrschaftsträgerInnen durch alle BürgerInnen, gestört.

4.2.2 Entkoppelt Prekarisierung?

Da Prekarisierung Einfluss auf die sozioökonomischen Variablen Bildung, Einkommen und Erwerbsstruktur hat und die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöht, wird in diesem Kapitel der Frage nachgegangen, ob eine voranschreitende Prekarisierung auch mit einer zunehmenden Anzahl entkoppelter BürgerInnen einhergeht.

Prekarität führt nicht zur Verarmung der Betroffenen, sondern erhöht das Armutsrisiko. Es handelt

sich vielmehr um einen Prozess, eine Art Schwebestadium zwischen „Wohlstand und Armut“ wie er bereits in Kapitel 3.6 beschrieben wurde (Altenhain / Roscher 2008, 147). Eine mangelnde soziale Integration von BürgerInnen ist demnach von zunehmender Bedeutung, denn die soziale Integration und vor allem soziale Sicherheit bilden eine der primären Grundlagen für die politische Partizipation der BürgerInnen und erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. Dass soziale Integration die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung erhöht, wurde in Kapitel 3.3 nachgewiesen.

Die „Unterschreitung materieller, rechtlicher und sozialer Standards“ und die damit oftmals einhergehende Unmöglichkeit einer kurz- als auch langfristigen Existenzsicherung, sind, wie bereits erwähnt, zentrale Merkmale prekärer Beschäftigung (vgl. König / Schmidt / Sicking 2009, 133). Die unter anderem bei Robert Castel beschriebene „Zone der Prekarität“, welche als Raum zwischen Integration und Entkoppelung, zwischen Inklusion und Exklusion beschrieben wurde, weist ein großes Potenzial politischer Entfremdung auf (vgl. Castel 2000). Die Untersuchung materieller und kognitiver Ressourcen gibt Aufschluss über die genauen Ursachen für eine Wahlenthaltung der BürgerInnen. Materielle Ressourcen bilden den sozioökonomischen Status. Kognitive Ressourcen beziehen sich zum Beispiel auf das politische Interesse und die persönliche Einschätzung, durch politische Partizipation etwas bewirken zu können (politische Kompetenz). Ressourcenarme BürgerInnen, also jene mit einem geringen sozioökonomischen Status, weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, der Wahl fernzubleiben: „Sozialstrukturell lässt sich die Wahlenthaltung vor allem durch solche Merkmalausprägungen erklären, die einen sozial „niedrigen“ Status beschreiben“ (Völker / Völker 1998, 179, 181f.).

Wie in Tabelle 5 veranschaulicht wird, nehmen BürgerInnen mit einem geringeren Einkommen seltener an Wahlen teil. Dies gilt ebenfalls für Personen mit geringer Bildung. Die Unterschiede zwischen BürgerInnen mit einem geringen und jenen mit einem hohen sozioökonomischen Status sind in der Betrachtung dieser Faktoren nur gering. Doch erhält man einen signifikanten Nachweis für die Auswirkungen eines geringen sozioökonomischen Status auf die politische Partizipation der BürgerInnen, wenn man beide Faktoren, materielle und kognitive Ressourcen in Korrelation betrachtet. Für die beiden in Tabelle 5 dargestellten Bereiche „wählen“ und „wählen und mind. eine weitere Aktivität“ ergeben sich deutliche Differenzen zwischen Personen mit geringen Einkommen und geringer Bildung und jenen mit einem hohen Einkommen und einer hohen Bildung. BürgerInnen mit einem geringen Einkommen und geringer Bildung sind mit knapp 8 Prozent Differenz häufiger NichtwählerInnen als BürgerInnen mit einem hohen Einkommen und hoher

Bildung.

Tab. 5: Politische Partizipation nach sozioökonomischem Status in Deutschland (Alle Angaben in Prozent)

	Einkommen		Bildung		Einkommen und Bildung		Beteili- gungs- quotient
	A	B	C	D	E	F	E/F
	niedrig	hoch	niedrig	hoch	niedrig	hoch	
wählen	88,1	92,3	89,0	92,0	84,8	92,7	0,91
demonstrieren	9,1	6,2	5,7	12,0	6,5	9,4	0,69
Abzeichen tragen	8,4	8,1	6,8	11,4	7,7	12,3	0,63
Petition unterschreiben	24,0	31,0	22,9	42,8	19,7	46,8	0,42
Politiker kontaktieren	10,8	14,6	9,1	17,9	8,3	21,6	0,38
Mitarbeit in Partei	2,8	3,6	2,3	4,5	2,0	5,0	0,40
Produkt boykottieren	17,1	24,3	12,5	29,6	10,5	35,0	0,30
Mitarbeit in Organisation	12,1	16,2	9,1	23,7	6,9	24,6	0,28
wählen und mind. eine weitere Aktivität	16,7	25,2	13,2	33,8	10,3	39,4	0,26

Quelle: European Social Survey; In: Schäfer 2010, 140.⁸⁷

Da in Zeiten des Neoliberalismus ein Wandel des Wohlfahrtsstaates beobachtet werden kann und dieser immer häufiger auf die Anforderungen des Marktes ausgerichtet ist, können Prozesse der Prekarisierung erstens schwerer abgefedert werden und zweitens leichter zu politischer Entfremdung führen (vgl. Brown 2011, 46). Eine gefühlte politische Ohnmacht und eine geringe Einschätzung der eigenen politischen Kompetenzen (kognitive Ressourcen) können durch prekäre Lebenslagen verstärkt werden. Dies stellt in weiterer Folge einen wirksamen Exklusionsmechanismus dar.⁸⁹ Eine Entkoppelung der Betroffenen scheint eine unausweichliche Konsequenz dieser Prozesse zu sein.

87 „Anggegeben ist die vorhergesagte Beteiligungswahrscheinlichkeit (*predicted probability*) eines politisch interessierten Mannes mittleren Alters. In den Spalten A und B wird die Beteiligungswahrscheinlichkeit in *Abhängigkeit des Einkommens* bei mittlerer Bildung, in den Spalten C und D die Beteiligungswahrscheinlichkeit in *Abhängigkeit der Bildung* bei mittleren Einkommen abgetragen. Die Spalten E und F bilden den kombinierten Effekt von Bildung und Einkommen auf die politische Beteiligung ab“ (Schäfer 2010, 140).

89 Der hier erwähnte Exklusionsmechanismus ist durch einen geringen sozioökonomischen Status innerhalb prekärer Lebenslagen gekennzeichnet.

Welche Personen innerhalb der Gesellschaft Gefahr laufen, aufgrund der Prekarisierung politische Entfremdung zu erfahren, wird anhand der theoretischen Überlegungen Castels verdeutlicht. Nach Robert Castel gibt es drei wesentliche Entwicklungen und Gruppen innerhalb der Prekarisierung: so bildet sich die erste Gruppe aus jenen Personen, die „nicht allzuviel zu erwarten, aber einiges zu verlieren“ haben. Castel bezeichnet die hierfür verantwortlichen Prozesse als die „Destabilisierung der Stablen“ (Castel 2000, 357). Dies trifft vor allem auf jene Personen zu, die zwar der „Zone der Integration“ angehören, jedoch die selben Ängste vor einem möglichen Abstieg teilen wie jene innerhalb der „Zone der Prekarität“. Die zweite Gruppe lässt sich durch das Phänomen des „*Sich-Einrichten in der Prekarität*“ beschreiben. Die Prekarität scheint die von ihr Betroffenen auf Dauer zu begleiten. Jene in prekären Beschäftigungsverhältnissen entkommen dieser „Zone der Prekarität“ nur schwer und verharren in dieser (vgl. Castel 2000, 358). Castel erläutert dies anhand des Beispiels des französischen „Programme Revenu minimum d'insertion“ (RMI).⁹⁰ Generell kann die Sozialpolitik des Staates als sein Bemühen oder seine Pflicht verstanden werden, ausgegrenzte BürgerInnen wieder zu integrieren, und zwar im Sinne einer durch Lohnarbeit eigenständigen Position innerhalb der Gesellschaft. Diese soll die Versorgung der Beschäftigten und deren Familien ermöglichen. Castel beschreibt die Auswirkungen des RMI in Frankreich jedoch nicht als einen Prozess der Integration durch staatliche Hilfe, sondern als einen „Zustand“, in welchen bereits entkoppelte BürgerInnen lediglich verharren (vgl. Castel 2000, 378). Dies würde vor allem auf jene Personen innerhalb der „Zone der Prekarität“ zutreffen, die das Gefühl der Unmöglichkeit eines Aufstiegs erleben und auch auf alle BürgerInnen innerhalb der „Zone der Entkoppelung“. Die „Position von *Überzähligen*“, welche aufgrund verschiedener Exklusionsmechanismen entsteht, wie zum Beispiel einem zu hohen Alter oder geringer Qualifikation, beschreibt die dritte Gruppe innerhalb der Prekarisierung: „Diese gesellschaftliche Nutzlosigkeit dequalifiziert sie auch im öffentlichen und politischen Leben“ (Castel 2000, 359). Hierzu zählen überwiegend alle jene Personen, die der „Zone der Entkoppelung“ zugerechnet werden.

Da eine voranschreitende Prekarisierung demnach auch zu einer erhöhten Gefahr politischer Entfremdung aufgrund zunehmender Entkoppelungsprozesse führt, wird im Folgenden noch einmal die Auswirkung sozialer Unsicherheit auf die Wahlbeteiligung veranschaulicht werden: Thomas Kleinhenz unternahm 1995 den Versuch, zentrale Charakteristika der NichtwählerInnen in acht verschiedene NichtwählerInnentypen zu unterteilen. Für die Untersuchung der Frage nach den Auswirkungen sozialer Unsicherheit auf das Wahlverhalten der BürgerInnen, sind vor allem jene

⁹⁰ Diese Form der Sozialhilfe wurde 2009 durch eine Mindestsicherung ersetzt.

drei NichtwählerInnentypen von Relevanz, die der Typologisierung Thomas Kleinhenz' folgend, die meisten Charakteristika einer prekären Lebenslage aufweisen. Diese drei Typen, der „isolierte Randständige“, der „desinteressierte Randständige“ und die „enttäuschte Arbeiterschaft“, umfassen knapp die Hälfte aller NichtwählerInnen in Deutschland zwischen Ende der 80er Jahre und Mitte der 90er Jahre.⁹¹ Vor allem zwei Typen, der „isolierte Randständige“ und die „enttäuschte Arbeiterschaft“, gelten als politisch entfremdet. Sie weisen des Weiteren das im Vergleich zu allen anderen Typologien geringste Haushaltseinkommen auf und haben eine geringe Bildung. Beide Typen zählen zu den randständigen NichtwählerInnen.

Der „randständige Nichtwähler“ gilt als „Person mit hoher sozialer Anomie, geringem politischen Interesse, niedrigem sozio-ökonomischen Status und einem hohen Maß an gesellschaftlicher Desintegration“ (Kleinhenz 1995, 184f.). Diese Beschreibung trifft ebenfalls auf Personen in einer prekären Lebenslage zu. Für Personen in einer prekären Lebenslage wurden ein geringes politisches Interesse, eine geringe Bereitschaft politischer Partizipation, ein niedriger sozioökonomischer Status und eine schwach ausgeprägte soziale Integration festgestellt. Diese BürgerInnen sind bereits entkoppelt und unterliegen einer starken politischen Entfremdung. Innerhalb dieser Gruppe von NichtwählerInnen ist ein niedriges Durchschnittseinkommen und eine geringe Bildung Ursache politischer Entfremdung. Es existiert im Generellen eine verstärkte Neigung zur Wahlenthaltung. Der Einfluss sozialer Anomie ist signifikant für fehlende soziale Integrationskräfte, wie zum Beispiel den Gewerkschaften und / oder den Parteien. Dies kennzeichnet eine voranschreitende Entkoppelung von traditionellen Bindungen. In Zeiten sozialer Unsicherheit sind vor allem eben jene genannten Merkmale (materielle Ressourcen) von größerer Bedeutung.

91 Vgl. Kleinhenz 1995, 202f.

5. Resümee

Nachdem bereits in Kapitel 3.7 eine Zwischenbilanz der Erkenntnisse aus der Untersuchung der Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung erfolgte, werden in diesem abschließenden Kapitel noch einmal die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammengefasst. Ebenfalls sollen die beiden Forschungsfragen dieser Arbeit beantwortet werden.

Die beiden Phänomene, ein steigender NichtwählerInnenanteil und eine voranschreitende Prekarisierung, stehen eng in Beziehung zueinander. Die Prekarisierung hat, wenn man die damit einhergehenden Folgen, wie zum Beispiel einen geringen sozioökonomischen Status, betrachtet, erheblichen Einfluss auf das Wahlverhalten der BürgerInnen und auf deren politisches Partizipationsverhalten im Allgemeinen. Entgegen der Behauptung neoliberaler Politikkonzeptionen (vgl. dazu z.B. Mouffe 2011) weist diese gesamte Entwicklung in erster Linie auf einen neuen Konfliktherd hin. Widersprüchlich scheint jedoch, dass sich dieser Konfliktherd zwischen Prekarisierung und sinkender Wahlbeteiligung bei steigendem politischen Interesse innerhalb der Gesellschaft als eine Art entpolitisierter Raum entpuppt und gerade nicht zu größerem politischen Engagement der BürgerInnen führt. Da NichtwählerInnen nur selten in anderer Art und Weise politisch aktiv werden und die NichtwählerInnenanteile bei gleichzeitig steigendem politischem Interesse zunehmen, kann von einer voranschreitenden Entpolitisierung der Gesellschaft gesprochen werden. Wenn innerhalb einer repräsentativen Demokratie die Funktionslogik des Mehrheitsprinzips verschwimmt und die Kongruenz zwischen Beteiligten und Betroffenen aufgrund steigender Wahlenthaltung ins Wanken gerät, dann zeugt dies von einem Krisenphänomen. Die Funktionslogik des Mehrheitsprinzips verlangt, dass die Legitimation der politischen HerrschaftsträgerInnen und somit die Legitimation der politischen Entscheidungen durch möglichst alle BürgerInnen erfolgt. Nimmt eine Vielzahl an BürgerInnen nicht an dieser Legitimation (durch Wahl) teil, dann läuft, der eingangs in Kapitel 1.2 erwähnten „reelection hypothesis“ zufolge, eine große Gruppe der Bevölkerung Gefahr, nicht repräsentiert zu werden.

In Bezug auf Überlegungen über eine stärkere Gewichtung unkonventioneller Partizipationsformen, kann nach den Erkenntnissen dieser Arbeit folgendes festgehalten werden: ein weit verbreiteter Rückgang der Wahlbeteiligung kann nach jetzigem Wissensstand nicht durch eine Ausweitung unkonventioneller Partizipationsmöglichkeiten kompensiert werden, da jene BürgerInnen die sich an unkonventionellen Partizipationsformen beteiligen eine Minderheit bilden und vor allem NichtwählerInnen auch nur selten in irgend einer anderen Form politisch partizipieren. Insofern ist

zu befürchten, dass die Ausweitung unkonventioneller Partizipationsmöglichkeiten zur Exklusion der weniger gebildeten und geringer organisierten BürgerInnen führen wird. Personen mit geringeren materiellen und kognitiven Ressourcen wären bei einem stärkeren Ausbau dieser alternativen Partizipationsmöglichkeiten stark benachteiligt: „Under these circumstances, more participation can actually decrease democratic legitimacy“ (Warren 2009; In: DeBardeleben / Pammet 2009, 29).

Die Untersuchung der NichtwählerInnen ergab darüber hinaus, dass ein geringer sozioökonomischer Status, eine schwache soziale Integration und ein niedriges Alter die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen und charakteristische Merkmale von NichtwählerInnen sind. NichtwählerInnen sind viel häufiger als WählerInnen unzufrieden mit dem politischen System und der Demokratie an sich. Sie haben ein viel geringeres Vertrauen in die politischen HerrschaftsträgerInnen und unterstützen demnach das politische System in einem geringeren Ausmaß als die Gruppe der WählerInnen. Wird die Gruppe der NichtwählerInnen größer, nehmen auch die Faktoren zu, die zu einem Krisenphänomen innerhalb der Demokratie beitragen. Eine steigende Anzahl an NichtwählerInnen würde nämlich mit einer abnehmenden Unterstützung des politischen Systems einhergehen.

Weitere Gründe für den Rückgang politischer Partizipation oder für den Zustand politischer Apathie einiger BürgerInnen sind in der wahrgenommenen Distanz zwischen BürgerInnen und politischen HerrschaftsträgerInnen, wie sie durch das Erklärungsmodell der politischen Entfremdung beschrieben wurde, zu finden. Dies trifft zum Beispiel auf den NichtwählerInnentyp des „isolierten Randständigen“ oder jenen BürgerInnen, die unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze leben müssen, zu. Die Wahrnehmung der Politik als ein elitärer Spielraum, eine gefühlte Ohnmacht und damit einhergehend geringe kognitive Kompetenzen (political efficacy)⁹² gelten als Kennzeichen der „Marginalisierten“ (vgl. Reese, 196f.). Die im Erklärungsansatz der politischen Entfremdung⁹³ beschriebene Kluft zwischen BürgerInnen und politischen HerrschaftsträgerInnen ist vor allem unter den jungen BürgerInnen weit verbreitet.

Es konnte auch ein signifikanter Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Systemzufriedenheit der BürgerInnen nachgewiesen werden. Eine prekäre Lebenslage kann demnach eine Ursache für eine größere Demokratieunzufriedenheit sein, die wiederum die Wahrscheinlichkeit einer

92 Siehe Kapitel 3.4.4.

93 Hinzuzuzählen sind hier die Begriffe Politikverdrossenheit und Parteien- und Politikerdverdrossenheit.

Wahlenthaltung erhöht. Das Phänomen der Prekarisierung erzeugt soziale Unsicherheiten. Diese wirken sich ebenfalls auf die politische Partizipation der BürgerInnen aus, da die Ressourcenverfügbarkeit eng mit den Möglichkeiten politischer Partizipation zusammenhängt. Die Prekarisierung beschreibt einerseits eine bestimmte Nichterfüllung von Kriterien des Normalarbeitsverhältnisses und andererseits eine Lebenslage, welche die Handlungsfähigkeit der Betroffenen stark einschränkt. Es wurde nachgewiesen, dass atypische Beschäftigungsformen zugenommen haben und der Anteil jener BürgerInnen, die sich in einer prekären Lebenslage befinden und aufgrund dessen der Gefahr von Entkoppelung und politischer Entfremdung ausgesetzt sind, keine zu vernachlässigende Größe mehr darstellt.

In dieser Arbeit sollten zwei in der Einleitung formulierten Forschungsfragen untersucht werden:

1. Welche Erklärungsfaktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung?
2. Welchen Einfluss nimmt Prekarisierung auf das politische Partizipationsverhalten der BürgerInnen? Wie wirkt sich Prekarisierung auf das Wahlverhalten der BürgerInnen aus?

Im Hinblick auf die erste Forschungsfrage kann abschließend festgehalten werden, dass alle in dieser Arbeit untersuchten Erklärungsfaktoren (Alter, Familienstand, Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft, politisches Interesse, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in politische Institutionen, politische Kompetenz, Bildung, Prekarisierung, Erwerbsstruktur und Einkommen) Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen erkennen ließen. Es gibt also eindeutig auszumachende beteiligungsfördernde und beteiligungshemmende Faktoren, die Einfluss auf das Wahlverhalten der BürgerInnen haben. Vor allem junge ledige BürgerInnen, die einen geringen sozioökonomischen Status aufweisen, nur schwach sozial integriert sind, ein geringes politisches Interesse und ein geringes Vertrauen in die politischen Institutionen haben, neigen vermehrt zur Wahlenthaltung. Die Literaturanalyse ergab darüber hinaus eine im Zeitverlauf betrachtet gestiegene Erklärungskraft für alle untersuchten Erklärungsfaktoren der Wahlenthaltung. Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung der BürgerInnen, hat sich bei allen Erklärungsfaktoren in der Betrachtung seit Anfang der 1980er Jahre erhöht. Die Untersuchung der Forschungsfrage, welchen Einfluss Prekarisierung auf das politische Partizipationsverhalten der BürgerInnen, insbesondere auf die Wahlbeteiligung, hat, ergab, dass die Prekarisierung eine wesentliche Rolle im Wahlverhalten von BürgerInnen spielen kann. Da Prekarisierung mit einem geringen sozioökonomischen Status einhergeht, kann sich die Wahlbereitschaft der betroffenen BürgerInnen verringern. Dies stellt somit einen Erklärungsfaktor für eine mögliche Wahlenthaltung dar. Die

„Kausalkette, dass wirtschaftliche Unzufriedenheit zu politischer Entfremdung und diese zum Wahlverzicht führt“, konnte zwar nicht eindeutig nachgewiesen werden, jedoch bestätigte sich die Annahme, dass wirtschaftliche Unzufriedenheit überwiegend in schlechteren sozioökonomischen Lebenslagen anzutreffen ist und damit die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung erhöht (Kleinhenz 1995). Fest steht, dass aufgrund der Prekarisierung, Betroffene einer größeren Gefahr ausgesetzt sind, in eine prekäre Lebenslage zu rutschen, vor allem dann, wenn sie ohnehin nur schwach sozial integriert sind.

Des Weiteren wurde das Teilziel dieser Arbeit, herauszufinden ob und warum es aufgrund von Wahlenthaltung und Prekarisierung zu einem möglichen Krisenphänomen der Demokratie kommen kann, untersucht. Die zentralen Erkenntnisse dieser Analyse lauten: da sich NichtwählerInnen in ihren sozialstrukturellen als auch sozioökonomischen Merkmalen und politischen Einstellungen von den WählerInnen unterscheiden, muss das Krisenphänomen, dass Wahlen und somit die Demokratie in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt sind, bestätigt werden. Hinzu kommt dass die Divergenz zwischen Beteiligten und Betroffenen steigt und die Eingangs erwähnte „reelection hypothesis“ vor dem Hintergrund der zuvor erwähnten strukturellen Unterschiede zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen eine mangelnde Repräsentation bestimmter sozialer Gruppen realistisch erscheinen lassen. Die Prekarisierung trägt zu all dem mit einem erhöhten Risiko sozialer Unsicherheit bei, die BürgerInnen einer Entkoppelung aussetzt und ihnen dabei die Teilhabe am politischen Leben verwehrt.

Da ein geringer sozioökonomischer Status Kennzeichen einer prekären Lebenslage ist und dies ein Merkmal eines Großteils der NichtwählerInnen darstellt, besteht ein konkreter Zusammenhang zwischen den beiden Themenschwerpunkten dieser Arbeit: den NichtwählerInnen und der Prekarisierung. Es ist zu erwarten, dass mit dem Andauern der für die beiden Phänomene verantwortlichen Politik die erwähnten Zusammenhänge sich deutlicher ausbilden und in späteren Untersuchungen der Zusammenhang dieser beiden Themenschwerpunkte noch deutlicher hervortreten wird. Eine in diesen Kontext eingebettete qualitative Umfrage scheint vor allem aufgrund des komplexen Zusammenhangs zwischen der Prekarisierung und der familiären Situation besonders lohnend, um präzise Aussagen über die Auswirkung einer prekären Lebenslage auf die politische Partizipation, insbesondere der Wahlbeteiligung, der Betroffenen tätigen zu können.

6. Quellenverzeichnis

6.1 Literatur

- Altenhain, Claudio / Roscher, Tobias et al. (Hrsg.): Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch, Bielefeld 2008.
- Armingeon, Klaus (1994): Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung; In: Kölner Fachzeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46. Jg., Heft 1, S. 43-64.
- Barber, Benjamin R. (1984): Strong Democracy. Participatory for A New Age, University of California Press, Berkeley.
- Bardi, Luciano / Calossi, Enrico (2009): Models of Party Organization and Europarties; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 151-172.
- Bennet, Stephen E. / Resnick, David (1990): The Implications of Nonvoting for Democracy in the United States; In: American Journal of Political Science 34, 3, S. 771-802.
- Borg, Sami (1993): Electoral Participation, unveröffentlichtes Manuskript für die Tagung „Beliefs in Government“, Budapest 1993.
- Bourdieu, Pierre (1997): Prekarität ist überall; In: Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, UVK, Konstanz, S. 96-102.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation; In: APuZ 1-2 / 2011 – 3. Januar, S. 18-25.
- Brady, Henry E. / Verba, Sidney / Schlozman, Kay L. (1995): Beyond SES: A resource model of political participation, American Political Science Review 89 (2), S. 271-294.
- Brinkman, Ulrich / Dörre, Klaus / Röbenack, Silke (Hrsg.): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, FEB-Stiftung, Bonn 2006.
- Brown, Wendy (2011): „We are all democrats now“; In: Agamben, Georgia u.a. (Hrsg.): Democracy – In what State?, Columbia University Press, New York, S. 44-57.
- Brzinsky-Fay, Christian / Protsch, Paula, Schulze Buschoff, Karin (2007): Atypische Beschäftigung – Umfang, Dynamik und soziale Sicherung im europäischen Vergleich. (Unveröffentlichtes Konferenzpapier zur 5. Internationalen ISSA-Forschungskonferenz über soziale Sicherheit vom 5. bis 7. März in Warschau).
- Burdewick, Ingrid (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische

Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-jähriger, Leske & Budrich, Opladen.

- Burnham, W. D. (1965): The Changing Shape of the American Political Universe; In: APSR Vol. LIX 1965, S. 7-28.
- Büttner, Christian / Meyer, Berthold (Hrsg.): Integration durch Partizipation: „ausländische Mitbürger“ in demokratischen Gesellschaften, Campus-Verlag, Frankfurt a. M. 2001.
- Campbell, Angus / Gurin, Gerald / Miller, Warren E. (1954): The Voter decides, Row, Peterson and Company, Evanston.
- Campbell, Angus / Converse, Philip E. / Miller, Warren E. / Stokes, Donald E. (1960): The American Voter, John Wiley & Sons, New York.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, UVK, Konstanz.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Bonn, S. 7-45.
- Dahl, Robert A. (1971): Polyarchie. Participation and Opposition, New Haven and London: Yale Univ. Press, S. 1-16.
- Dalton, Russel J. (2004): Democratic challenges, democratic choices. The erosion of political support in advanced industrial democracies, Oxford Univ. Press, Oxford.
- DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009.
- De Nève, Dorothee (2009): NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.
- Dörre, Klaus / Kraemer, Klaus / Speidel, Frederik (2004): Prekäre Arbeit; In: Das Argument, 256, S. 378-397.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie, Mohr, Tübingen.
- Easton, David (1967): A system analysis of political life, Wiley, New York.
- Easton, David (1975): A Re- Assessment of the Concept of Political Support; In: British Journal of Political 5, S. 453-457.
- Easton, David (1979): A System Analysis of Political Life, Chicago.
- Elklit, Jørgen / Togeby, Lise (2009): Where Turnout Holds Firm: The Scandinavian Exceptions; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 83-105.
- Enelow, James M. / Hinich, Melvin J. (1984): The spatial theory of voting: an introduction, Cambridge Univ. Press, Cambridge.

- Esping-Andersen, Cøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Esping-Andersen, Cøsta (1999): *Social Foundations of Post-industrial Economies*, Oxford.
- Gabriel, Osacr W. / Zmerli, Sonja (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa; In: APuZ 30-31 / 2006 – 24. Juli, S. 8-15.
- Giesecke, Johanna / Groß, Martin (2002): Befristete Beschäftigung: Chance oder Risiko?; In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, S. 85-108.
- Glaab, Manuela / Korte, Karl-Rudolf (1999): Politische Kultur; In: Weidenfeld, W. / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Handbuch der Deutschen Einheit 1949-1989-1999*, Berlin 1999.
- Green, Phillip (1990): „A review essay of Robert A. Dahl. Democracy and its Critics“, *Social Theory and Practice*, vol. 16, No. 2.
- Grewe, I. (1981): Electoral Participation; In: Butler, D. / Renniman, H. R. / Ranney, A. (Hrsg.): *Democracy at the Polls: A Comparative Study of Competitive National Elections*, Washington, S. 216-263.
- Griffin, J. D. / Newman, B. (2005): Are Voters better represented?, *Journal of Politics* 67 (4), S. 1206-1227.
- Groh-Samberg, Olaf (2004): Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive; In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, S. 85-108.
- Groh-Samberg, Olaf / Hertel, Florian R. (2010): Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand; In: Berger, Peter A. / Burzan, Nicole (Hrsg.): *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*, Wiesbaden, S. 137-158.
- Held, D. (1996): *Models of Democracy*, Stanford Univ. Press, Stanford.
- Herring, Cedric (1989): Acquiescence or Activism? Political Behavior among the Politically Alienated; In: *Political Psychology*, 10. Jg., Heft 1, S. 135-153.
- Hoffmann, Sebastian (2007): Demokratie und Nichtwähler. Die Bedeutung der sinkenden Wahlbeteiligung für das politische System.
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt*, Campus, Frankfurt / New York.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung; In: Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*, Opladen 1997, S. 159-174.
- Kleinhenz, Thomas (1995): *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Westdeutscher Verlag, Opladen.

- König, Helmut / Schmidt, Julia / Sicking, Manfred (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa, Bielefeld 2009.
- Kraemer, K. / Speidel, F. (2004): Prekäre Leiharbeit; In: Vogel, B., a.a.O., S. 119-153.
- Lavies, Ralf-Rainer (1973): Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens, Düsseldorf.
- Lazarsfeld, Paul F. / Berelson, Bernhard R. / Gaudet, Hazel (1944): The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York.
- Mau, Steffen (2004): Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union; In: APuZ B 38/2004 – 13. September.
- Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel (2000): Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien; In: Politische Vierteljahresschrift 41, 1, S. 3-30.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel (Hrsg.): Defekte Demokratien. Bd.1, Theorien und Probleme. Vs Verlag für Sozialwissenschaften, 2003.
- Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung; In: APuZ 1-2 / 2011 – 3. Januar, S. 3-5.
- Negt, Oskar (2009): „Ist die Arbeit noch was wert?“ Die Rolle der Gewerkschaften und Arbeit in der EU; In: König, Helmut (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse, Transcript-Verlag, Bielefeld 2009, S. 151-166.
- Neller, Katja / van Deth, Jan W. (2006): Politisches Engagement in Europa; In: APuZ 30-31 / 2006 – 24. Juli, S. 30-38.
- Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, C.H. Beck, München 2005.
- Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie; In: APuZ 1-2 / 2011 – 3. Januar, S. 5-12.
- Norris, P. (2004): Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior, Cambridge University Press, Cambridge.
- Pammet, Jon H. (2009): Participation and the Good Citizen; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 197-213.
- Radtke, G. (1972): Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der BRD, Meisenheim.
- Riker, William / Ordeshook, Peter (1968): A Theory of the Calculus of Voting; In: American Political Science Review, vol. 62, S. 25-42.
- Rosenberger, Sieglinde / Seeber, Gilg (2008): Wählen, Facultas. WUV, Wien.

- Sartori, Giovanni (1997): *Demokratietheorie*, Primus-Verlag, Darmstadt.
- Saunders, Eileen (2009): *Youth Engagement, Civic Education, and New Vehicles of Political Participation*; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): *Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada*, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 257-275.
- Schäfer, Armin (2010): *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*; In: *ZfVP* 2010, 4, S. 131-156.
- Schaller, Christian (2002): *Demokratie ist nicht gleich Demokratie*; In: Dachs, Herbert / Fassmann, Heinz (Hrsg.): *Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien*, Verlag öbv & hpt, Wien 2002, S. 14-21.
- Scharpf, Fritz W. (1975): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Scriptor-Verlag, Kronberg/Ts.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien: Eine Einführung*, Leske & Budrich, Opladen.
- Schoof, P. (1980): *Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main.
- Schulze Buschoff, Karin (2011): *Atypisch beschäftigt = typisch arm im Alter? Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der staatliche Schutz vor Altersarmut – ein europäischer Vergleich*; In: FEB-Stiftung 2011.
- Schwartz, David C. (1973): *Political Alienation and Political Behavior*, Aldine Publishing, Chicago.
- Siaroff, Alan (2009): *The Decline of Political Participation: An Empirical Overview of Voter Turnout and Party Membership*; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): *Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada*, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 41-60.
- Subileau, Francois (1999): *France: crise dans la participation*; In: *Revue politique et parlementaire*. 101, (juillet-aout) 1001, S. 16-22.
- Verwiebe, Roland / Fritsch, Nina-Sophie (2011): *Working poor: Trotz Einkommen kein Auskommen – Tred- und Strukturanalysen für Österreich im europäischen Kontext*; In: *SWS-Rundschau* Heft 1/2011, 51. Jahrgang, S. 5-23.
- Verba, Sidney / Nie, Norman H. / Kim, Jae-on (1978): *Participation and Political Equality. A Seven-Nation-Comparison*, Cambridge University, Cambridge.
- Völker, Marion / Völker, Bernd (1998): *Wahlenthaltung: Normalisierung oder*

Krisensymptom?, DUV, Wiesbaden.

- Warren, Mark E. (2009): Citizen Participation and Democratic Deficits: Considerations from the Perspective of Democratic Theory; In: DeBardeleben, Joan / Pammet, Jon H. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada, Palgrave Macmillan, Great Britain 2009, S. 17-40.
- Webb, P. (2002): Political Parties in Britain: Secular Decline or Adaptive Resilience; In: Webb, P. / Farrel, D. (Hrsg.): Political Parties in Advanced Industrial Democracies, Oxford Univ. Press, Oxford 2002, S. 16-45.
- Westle, Bettina (1989): Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden Baden.
- Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009): The spirit level. Why more equal societies almost always do better, Penguin, London.
- Zeglovits, Eva (2011): NichtwählerInnen in Österreich, Diplomarbeit, Wien: Universität Wien.

6.2 Internetquellen

- Álvarez-Rivera, Manuel: Election Resources on the Internet: Federal Elections in Belgium – Elections to the Senate and the Chamber of Representatives
<http://www.electionresources.org/be/>
- Bundeszentrale für politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte
http://www.bpb.de/publikationen/BKRM30,0,0,Aus_Politik_und_Zeitgeschichte.html
- Nordsieck, Wolfram: Parties & Elections. The database about parliamentary elections and political parties in Europe
<http://www.parties-and-elections.de>
- Bauer, Werner T. (2004): Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung, OGPP, Wien, online unter:
<http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf> (letzte Abfrage 12.12.2011).
- Fulton, L. (2009): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa, Labour Resarch Department und ETUI, online unter: <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Quer->

durch-Europa/Gewerkschaften (letzte Abfrage 15.12.2011).

- Gesis (2010): Berechnung des Äquivalenzeinkommens, online unter:
<http://www.gesis.org/missy/studie/arebitshilfen/datenaufbereitunganalyse/auswertungsbeispiele/aequivalenzeinkommen> (letzte Abfrage 10.12.2010).
- Manske, Alexandra (2007): Paradoxien des arbeitgesellschaftlichen Wandels: Ist Prekarität überall?, Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter:
<http://www.gesis.org/missy/studie/arebitshilfen/datenaufbereitunganalyse/auswertungsbeispiele/aequivalenzeinkommen> (letzte Abfrage 28.10.2011).

7. Verzeichnisse

7.1 Abkürzungen

ALLBUS	Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
bzw.	beziehungsweise
ebd.	ebenda
et al.	et alteri (=und andere)
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche

7.2 Länderkürzel (ISO 3166)

BE	Belgien
BU	Bulgarien
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
FI	Finnland
FR	Frankreich
GR	Griechenland
UK	Großbritannien
IE	Irland
IS	Island
IT	Italien
LV	Lettland
LT	Litauen
LU	Luxemburg
MT	Malta
NL	Niederlande
NO	Norwegen
AT	Österreich
PT	Portugal

PL	Polen
RO	Rumänien
SE	Schweden
CH	Schweiz
SK	Slowakei
SI	Slowenien
ES	Spanien
CZ	Tschechische Republik
HU	Ungarn
CY	Zypern

7.3 Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Erosion des Mehrheitsprinzips.....	26
Abb. 2: Wahlbeteiligung junger BürgerInnen.....	47
Abb. 3: Politisches Interesse in Europa.....	56
Abb. 4: Demokratiezufriedenheit und Wahlwahrscheinlichkeit in Deutschland.....	59
Abb. 5: Anteil Beschäftigter mit einem befristeten Arbeitsverhältnis.....	72
Abb. 6: Ausmaß atypischer Beschäftigungsverhältnisse.....	73
Abb. 7: Atypische Beschäftigungsverhältnisse im Zeitverlauf.....	74
Abb. 8: Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen.....	81
Abb. 9: Ressourcenverfügbarkeit und politische Partizipation in Deutschland.....	90
Abb. 10: Soziale (Un-)Sicherheit und politische Partizipation in Deutschland.....	91

7.4 Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen.....	10
Tab. 2: Ausmaß unkonventioneller Partizipation.....	98
Tab. 3: Parteimitgliedschaft der Wahlbevölkerung europäischer Demokratien.....	52
Tab. 4: Armutsquoten von Erwerbstätigen im Zeitverlauf.....	76
Tab. 5: Politische Partizipation nach sozioökonomischen Status in Deutschland.....	94

8. Anhang

8.1 Abstract (deutsch)

Die vorliegende Diplomarbeit „Wahlenthaltung und Prekarisierung. NichtwählerInnen im Kontext sozialer Unsicherheit“ untersucht Unterschiede in den sozialstrukturellen und sozioökonomischen Merkmalen sowie in den politischen Einstellungen zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen. Ergänzend wird der Einfluss der Prekarisierung auf das politische Partizipationsverhalten, insbesondere auf das Wahlverhalten, der BürgerInnen behandelt. Die Arbeit greift dafür auf ausgewählte Theorien und Erklärungsansätze der Wahl- und Partizipationsforschung zurück.

Welche Erklärungsfaktoren die Wahrscheinlichkeit einer Wahlenthaltung erhöhen und welchen Einfluss die Prekarisierung auf das politischen Partizipationsverhalten der BürgerInnen hat wird anhand 30 europäischer Staaten im Zeitraum von 1980 bis 2009 untersucht. Es werden ausgewählte Erklärungsfaktoren wie das Alter, die Bildung sowie das politische Interesse der BürgerInnen im Zeitverlauf betrachtet, um auf eine Zu- bzw. Abnahme von Exklusionsmechanismen Aufmerksam zu machen. Ein Teilziel dieser Diplomarbeit besteht darin zu untersuchen, ob und warum Wahlenthaltung und Prekarisierung zu einem möglichen Krisenphänomen der Demokratie beitragen.

8.2 Abstract (english)

The thesis „Voting abstention and precarisation. Non-voters in the context of social insecurity“ determines differences in the social and socioeconomic attributes and in the political attitudes between voters and non-voters. Furthermore the influence of precarisation on the political participation behaviour, in particular on the voting behaviour, of citizens is analysed. The thesis uses therefore selected theories and approaches of voting and participation research

On the basis of 30 European countries from 1980 to 2009 it is analysed which factors increase or decrease the probability of voting abstention and what influence precarisation has on the political participation behaviour. A panel of factors, for example age, education and the political interest of citizens are analysed in the course of time to point out the increase or decrease of mechanisms of exclusion. A sub-goal of this thesis is to research whether and why voting abstention and precarisation leads to a possible crisis phenomenon of democracy.

8. 3 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Christoph Saiger
Geburtstag/Ort: 24.06.1987 / Leoben

Fremdsprachenkenntnisse

Englisch (fortgeschritten)
Französisch (Schulkenntnisse)
Arabisch (sprachliche Grundkenntnisse)

Schulischer Werdegang

1993-1994 Deutsche Schule Moskau (DSM)
1994-1997 Deutsche Schule Ankara (DSA)
1997-2000 Deutsche Schule Athen (DSA)
2000-2005 Deutsche Evangelische Oberschule Kairo (DEO)
Juni 2005 Abitur an der Deutschen Evangelischen Oberschule Kairo (DEO)

Weiterbildung

seit 2006 Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien.
Spezialisierungsfelder: Internationale Politik, Politik im
außereuropäischen Vergleich, Politische Theorien und Kulturstudien
seit 2009 zusätzlich Studium der Geschichte an der Universität Wien

Bisherige Tätigkeiten

2003 und 2004 Praktikum an der Bezirkshauptmannschaft Knittelfeld
2005 Praktikum im LKH Knittelfeld
2006 bis 2009 freier Mitarbeiter der Fa. CAM Security
seit 2010 freier Mitarbeiter der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft
2011 Praktikum bei „Die Presse“

2005/2006 Präsenzdienst (Flh. Zeltweg)